



www.Schuman2030.eu

Working Paper 1

Direct democracy in Switzerland



Projekt Schuman2030

Arbeitspapier 1

Direkte Demokratie in der Schweiz

Status : In Bearbeitung

Abstrakt:

Dieses Arbeitspapier untersucht die Funktionsweise der direkten Demokratie in der Schweiz und vergleicht sie mit Belgien, beides Länder mit einer konsensbasierten Demokratie. Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied. Belgien nutzt ein eher starres, kompromissbasiertes Top-Down-System mit sich überschneidenden Zuständigkeiten und einer Besteuerung, wobei die politischen Parteien die Gesetze diktieren. In der Schweiz hingegen ist die Macht zwischen den politischen Parteien geteilt, und es werden Kompromisse gefunden, die Stabilität und die Zustimmung aller Bürger gewährleisten. Das letzte Wort haben die Bürger, die neue Gesetze vorschlagen oder bestehende Gesetze per Volksabstimmung abschaffen können. Dieser Mechanismus sichert hohe Effizienz und Verantwortlichkeit, auch wenn Veränderungen langsamer umgesetzt werden.

Notiz:

Dies ist ein laufendes Projekt. Wir gehen davon aus, dass es sich weiterentwickeln wird, sobald Feedback gesammelt, Argumente vorgebracht und weitere Daten gewonnen werden. Letztendlich liegt es an den nationalen und EU-Parlamenten, einen konkreten Rahmen für 2030 zu schaffen.

Diese Publikation wird unter der Lizenz „Namensnennung – Nicht kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“ veröffentlicht.
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/>

Es steht Ihnen frei:

Teilen : Kopieren und verbreiten Sie das Material in jedem Medium oder Format.

Anpassen : das Material remixen, transformieren und darauf aufbauen.

Der Lizenzgeber kann diese Freiheiten nicht widerrufen, solange Sie die Lizenzbedingungen einhalten.

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung : Sie müssen den Urheber angemessen nennen, einen Link zur Lizenz bereitstellen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Dies kann auf jede angemessene Weise erfolgen, jedoch nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze Sie oder Ihre Nutzung.

Nicht kommerziell . Sie dürfen das Material nicht für kommerzielle Zwecke verwenden .

Weitergabe unter gleichen Bedingungen . Wenn Sie das Material remixen, verändern oder darauf aufbauen, müssen Sie Ihre Beiträge unter derselben Lizenz wie das Original verbreiten.

Es bestehen keine weiteren Einschränkungen . Sie dürfen keine rechtlichen Bestimmungen oder technischen Maßnahmen anwenden, die andere rechtlich daran hindern, etwas zu tun, was die Lizenz erlaubt.

Hinweise:

Sie müssen die Lizenzbestimmungen nicht einhalten, wenn Teile des Materials gemeinfrei sind oder Ihre Nutzung durch eine anwendbare Ausnahme oder Beschränkung erlaubt ist.

Es werden keine Gewährleistungen übernommen. Die Lizenz gewährt Ihnen möglicherweise nicht alle für Ihre beabsichtigte Nutzung erforderlichen Berechtigungen. Beispielsweise können andere Rechte wie Persönlichkeitsrechte, Datenschutzrechte oder Urheberpersönlichkeitsrechte Ihre Nutzung des Materials einschränken.

Dieses Material wurde mit Hilfe der KI-Assistenten Monica, Gemini und Euria erstellt.

1 Zusammenfassungen

1.1 Einführung

Das System der direkten Demokratie in der Schweiz ist einzigartig. Umgeben von anderen europäischen Staaten, die alle ein sogenanntes repräsentatives Demokratiemodell praktizieren, ist das Land sehr erfolgreich und genießt seit über 150 Jahren Frieden. Dennoch ist über sein **System der direkten Demokratie nur wenig bekannt**. Meist kennt man es lediglich für seine Volksabstimmungen. In diesem Arbeitspapier gehen wir der Sache etwas genauer auf den Grund. Wussten Sie beispielsweise, dass die Regierung rund 80 % der Bürgerinnen und Bürger vertritt? Die Regierung besteht aus Ministern aller großen Parteien, selbst wenn diese aus unterschiedlichen politischen Lagern stammen. Gemeinsam sind sie im Amt, weil es ihre Aufgabe ist, den besten Weg für alle Bürgerinnen und Bürger oder zumindest für eine deutliche Mehrheit von ihnen zu finden. Daher gibt es keine wirkliche politische Opposition wie in anderen Ländern. Die Volksabstimmung gibt den Bürgerinnen und Bürgern das letzte Wort. Das Land hat 26 sehr unterschiedliche Kantone, jeder mit seiner eigenen Verfassung. Es werden bis zu vier Sprachen gesprochen. Und dennoch ist der Zusammenhalt sehr stark.

Die Schweiz verfügt über eine **sogenannte Konsensdemokratie**, während andere Länder eher auf **Konfliktdemokratie basieren**. In der Schweiz herrscht ein **Subsidiaritätsprinzip**, wohingegen in anderen Ländern ein hierarchisches, oft sich überschneidendes Kompetenzsystem existiert, das von oben nach unten strukturiert ist. In diesem Arbeitspapier untersuchen wir verschiedene Aspekte und deren praktische Bedeutung.

1.2 Die Rolle der politischen Parteien in der Schweiz

In der „semidirekten“ Demokratie der Schweiz nehmen die politischen Parteien eine einzigartige und etwas paradoxe Stellung ein. Anders als in rein repräsentativen Systemen (wie den USA oder Großbritannien), wo die Parteien die primären Machtinhaber sind, teilen sich die Schweizer Parteien das „Fahrrad“ mit den Bürgern selbst.

Während das Schweizer Volk durch Volksabstimmungen das letztendliche Vetorecht besitzt, stellen die politischen Parteien die organisatorische Kraft dar, die das Funktionieren des Systems ermöglicht. Zu ihren Aufgaben gehören:

- **Initiierung von Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen** : Obwohl theoretisch jeder Bürger eine Bürgerinitiative starten kann, sind politische Parteien die häufigsten Organisatoren. Sie verfügen über die finanziellen Mittel, die Mitgliedernetzwerke und die Infrastruktur, um die erforderlichen Unterschriften zu sammeln (100.000 für eine Bürgerinitiative; 50.000 für eine Volksabstimmung).
- **Meinungsbildung** : Vor jeder nationalen Wahl (in der Regel viermal im Jahr) geben die Parteien offizielle „Wahlempfehlungen“ heraus. Dies hilft den Bürgern, sich in komplexen Gesetzen zurechtzufinden, indem sie ihre Stimme an der übergeordneten Ideologie einer Partei ausrichten.
- **Die vorparlamentarische Phase** : Um zu verhindern, dass ihre Gesetze später durch ein fakultatives Referendum angefochten werden, streben die Regierungsparteien häufig bereits in der Entwurfsphase einen Konsens an. Sie laden Interessengruppen und Oppositionsparteien ein, frühzeitig Bedenken zu äußern – ein Prozess, der als **Vernehmung bekannt ist**.
- **Rekrutierung** : Die Parteien bleiben das wichtigste Instrument zur Rekrutierung und Ausbildung derjenigen, die in der Bundesversammlung (dem Parlament) und im Bundesrat (dem Exekutivkabinett) tätig sind.

Stärken die politischen Parteien in der Schweiz die Demokratie? Die Beziehung ist ein „zweischneidiges Schwert“. Es gibt überzeugende Argumente dafür, wie sie das System stärken und wie sie es verkomplizieren könnten.

Wie sie die Demokratie stärken	Wie sie es "schwächen" könnten
Stabilität : Durch die Teilnahme an der „Zauberformel“ (einer einzigartigen, auf Konsens basierenden und von den größten Parteien getragenen Kabinettsbildung) wird sichergestellt, dass der größte Teil der Bevölkerung in der Regierung vertreten ist.	Intransparenz : Die Parteienfinanzierung in der Schweiz ist bekanntermaßen weniger transparent als in anderen europäischen Ländern, was zu Bedenken hinsichtlich des Einflusses von „dunklem Geld“ auf die Wählerstimmen führt.
Bildung : Parteien zerlegen komplexe politische Themen in verständliche Programme, wodurch es dem Durchschnittsbürger leichter fällt, an vier Wahlen pro Jahr teilzunehmen.	Polarisierung : In den letzten Jahren haben Parteien (insbesondere am rechten und linken Rand) die direkte Demokratie genutzt, um Initiativen der „Identitätspolitik“ zu starten, die gesellschaftliche Spannungen hervorrufen können.
Rechenschaftspflicht : Die Androhung eines von einer Partei initiierten Referendums hält die Regierung in Schach und stellt sicher, dass sie keine Gesetze verabschiedet, die zu weit von der öffentlichen Meinung entfernt sind.	Professionalisierung : Kritiker argumentieren, dass „Volksinitiativen“ zunehmend zu „Parteiinitiativen“ werden, wodurch sich die Macht von den Bürgern an der Basis hin zu professionellen politischen Maschinen verlagert.

Fazit: Die meisten Politikwissenschaftler argumentieren, dass Parteien die Schweizer Demokratie stärken, indem sie als Bindeglied zwischen Staat und Bevölkerung fungieren. Ohne sie wäre der logistische Aufwand direkter Demokratie – das Organisieren von Unterschriften und die Erläuterung von Gesetzen – für den Einzelnen möglicherweise zu hoch. Ihre Macht ist jedoch streng begrenzt: Eine Schweizer Partei kann zwar eine Wahl gewinnen, aber bereits in der darauffolgenden Woche eine Volksabstimmung über ihr wichtigstes politisches Vorhaben verlieren.

Referenzen :

1. Swissinfo.ch. Das schweizerische politische System.
2. Nach weiterer Recherche können zusätzliche Quellenangaben für spezifische Behauptungen hinzugefügt werden.

1.3 Konsensdemokratie vs. Konfliktdemokratie

Schweizer Politikwissenschaftler bezeichnen ihr Land als „Konsensdemokratie“ (im Original: „Konkordanzdemokratie“) und nicht als „Mehrheitsdemokratie“. In den meisten repräsentativen Systemen (wie den USA, Großbritannien oder Frankreich) geht es darum, 51 % der Stimmen zu gewinnen und die übrigen 49 % zu ignorieren. Diese 49 % bilden die „Opposition“, sind aber bis auf wenige Ausnahmen bis zur nächsten Wahl praktisch machtlos. In der Schweiz hingegen ist das Ziel, so viele Menschen wie möglich einzubeziehen, damit niemand einen Grund hat, das System durch ein Referendum zu sprengen.

Referenzen:

1. Bogaards, Matthijs. (2017). Vergleichende politische Regime: Konsens- und Mehrheitsdemokratie. Oxford Research Encyclopedia of Politics. [Link](#)
2. Lijphart, Arend. (1999). Muster der Demokratie: Regierungsformen und Leistungsfähigkeit in 36 Ländern. Yale University Press.

1.4 Zusammenfassung: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Schweiz und Belgien

Die Schweiz und Belgien, zwei kleine, aber vielfältige europäische Länder, bieten interessante Kontraste in ihren politischen und institutionellen Strukturen, insbesondere im Umgang mit sprachlicher, kultureller und regionaler Vielfalt. Obwohl beide als Konsensdemokratien auf Heterogenität ausgelegt sind, unterscheiden sich ihre Ansätze grundlegend. Die Schweiz verfolgt ein partizipatives, aggregatives Modell, während Belgien eine zentralisierte, föderale Struktur nutzt.

1. Bottom-up- vs. Top-down-Governance

Das belgische Föderalsystem ist durch häufige politische Blockaden gekennzeichnet, die auf Reformen zurückzuführen sind, welche zwar die Macht teilweise an die Regionen dezentralisierten, die Zentralregierung aber – insbesondere in Finanzfragen – weiterhin dominant hielten. In Belgien fließt die Macht von den Partieliten ins Parlament, wobei die Bürger nach Wahlen nur begrenzten Einfluss haben. Im Gegensatz dazu stärkt das Schweizer System die Bürger direkt durch Volksabstimmungen und ermöglicht ihnen, Parlamentsentscheidungen jederzeit anzufechten. Dieser basisdemokratische Ansatz bedeutet, dass die Schweizer Parteiführer keine unpopulären Abkommen durchsetzen können, da die Bürger ein Veto einlegen können.

2. Sprachliche Barrieren und politische Spaltungen

Die belgische Politik ist stark sprachlich geprägt. Flämische und wallonische Wähler sind auf ihre jeweiligen Parteien beschränkt und haben kaum gemeinsamen politischen Spielraum. In der Schweiz hingegen gibt es übergreifende Konfliktlinien: Die Bürger stimmen über Sachthemen und nicht über Identitäten ab, was zu Bündnissen führt, die die Sprache überwinden. Schweizer Referenden fördern sachbezogenes Wählen.

3. Provinzieller Föderalismus und administrative Vereinfachung

Belgiens sich überschneidende Regional- und Gemeindeverwaltungen führen zu Komplexität und Spannungen zwischen Nord und Süd. Reformbefürworter schlagen ein Modell nach Schweizer Vorbild vor, das den Provinzen (ähnlich den Kantonen) klare Souveränität über lokale Angelegenheiten einräumt und so multipolare Allianzen und basisdemokratische Experimente fördert.

4. Volksabstimmungen: Tabu vs. Sicherheitsventil

Belgiens Abneigung gegen Volksabstimmungen geht auf die „Königsfrage“ von 1950 zurück, die die sprachlichen Gräben vertiefte und beinahe zu einem Bürgerkrieg führte. Seitdem gelten Volksabstimmungen als gefährlich. Die Schweiz hingegen betrachtet sie als unerlässliches Ventil für öffentliche Frustration, da sie Unruhen verhindern, indem sie abweichende Meinungen in demokratische Prozesse lenken.

5. Sprachliche Grenzen und kommunale Selbstverwaltung

Die Sprachgrenzen Belgiens spiegeln historische und wirtschaftliche Unterschiede wider, wobei Brüssel als einzigartige, mehrsprachige Region in einem administrativen Stillstand gefangen ist. Die Schweizer Kantone, teils zwei- oder dreisprachig, überlassen die Festlegung ihrer Verwaltungssprache den lokalen Gemeinden. Die Schweizer Sprachgrenzen sind fest, und Zuwanderer passen sich lokal an, wodurch expansionistische Spannungen, wie sie in Brüssel zu beobachten sind, vermieden werden.

6. Führungskräfte und die Einbeziehung von Minderheiten

Die Schweizer Kantone garantieren die Vertretung von Minderheiten in den Exekutivorganen und gewährleisten so ein ausgewogenes Sprachverhältnis. Belgien kämpft mit Identitätspolitik in Brüssel, wo sich überschneidende Regierungsstrukturen und parteipolitisches Wahlverhalten die Spaltung verstärken. Die Übernahme eines kantonalen Modells nach Schweizer Vorbild könnte die Verwaltung vereinheitlichen und sachorientiertes Wählen fördern.

7. Warum das Schweizer Modell so erfolgreich ist

Die direkte Demokratie in der Schweiz ermöglicht es den Bürgern, ihre vielschichtigen Identitäten jenseits der Sprache auszudrücken und so sprachliche Spannungen abzubauen. Belgische Reformer schlagen vor, mit lokalen Volksabstimmungen zu beginnen, um die direkte Demokratie schrittweise einzuführen.

8. Kompetenzzuordnung: Gegensätzliche Tochtergesellschaften

Die Schweiz delegiert Macht von den Gemeinden über die Kantone bis hin zur Bundesebene (Subsidiarität von unten nach oben). Belgien hingegen dezentralisiert Macht von einem ehemals einheitlichen Staat nach unten, mit dem Ziel, durch exklusive Zuständigkeiten sprachliche Konflikte zu vermeiden, was jedoch häufig zu überlappenden Zuständigkeiten führt.

9. Struktureller Zusammenbruch

Das Schweizer Modell, das an eine russische Matroschka erinnert, vereint Bund, Kantone und Gemeinden mit jeweils eigenen Zuständigkeiten. Belgiens Flickwerkmodell kombiniert föderale, regionale und kommunale Regierungen, was die Regierungsführung oft überschneidet und verkompliziert.

10. Schweizer Referendum über die Teilung des Kantons Jura

Die Schweizer Volksabstimmung über die Teilung des Kantons Jura ist ein bemerkenswertes Beispiel für die direkte Demokratie in der Schweiz und den friedlichen Umgang mit sprachlichen und regionalen Unterschieden. In Belgien dauern die sprachlichen Nord-Süd-Konflikte, gepaart mit einer gegensätzlichen politischen Kultur, seit Jahrzehnten an.

Abschluss

Die direkte Demokratie der Schweiz, ihre klare territoriale Verwaltung und das Subsidiaritätsprinzip fördern Stabilität und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gemeinschaften. Belgiens hierarchisches Kompetenzmodell kämpft mit Blockaden und sprachlichen Spaltungen. Die Übernahme von Elementen des Schweizer Modells, wie etwa lokale Volksabstimmungen und Provinzialautonomie, könnte Belgien helfen, seine anhaltenden Herausforderungen zu bewältigen.

Referenzen:

1. **Lijphart, A. (2025):** *Demokratiemuster*. (Vergleichende Analyse schweizerischer und belgischer Konsensmodelle).
2. Schweizer Bundesverfassung (Art. 3 & 42-120): Mit detaillierter Aufteilung der Aufgaben des Bundes.
3. **Belgische Verfassung (Art. 35 & 39):** Regelung des Übergangs zu ausschließlichen regionalen Befugnissen.

1.5 Ein wirtschaftlicher Vergleich zwischen der Schweiz und Belgien

Organisation eines Landes hat direkten Einfluss auf seine Wirtschaftsleistung und damit auf das Wohlergehen seiner Bürger. Wir vergleichen die Schweiz und Belgien in einigen Aspekten, da beide kleine, vergleichbare Länder sind. Insbesondere unterscheiden sich die Schweiz und Belgien deutlich in ihren Wirtschaftsstrukturen. Die Schweiz zeichnet sich

durch einen starken Finanzsektor, niedrige Arbeitslosigkeit und ein hohes BIP pro Kopf aus. Belgien hingegen ist zwar ebenfalls ein wohlhabendes Land, kämpft aber mit einer höheren Staatsverschuldung und Arbeitslosenquote. Die dezentrale Steuerautonomie des Schweizer Systems ermöglicht den Kantonen Wettbewerb und schafft so ein unternehmensfreundliches Umfeld. Im Gegensatz dazu führt das zentralisierte Steuersystem Belgiens häufig zu Ineffizienzen und einer höheren Steuerbelastung. Auch die Korruption ist deutlich höher.

Referenzen:

1. OECD-Wirtschaftsberichte: Schweiz 2021. Abgerufen von [der OECD-Website](#).
2. Europäische Kommission. (2021). Länderbericht: Belgien. Abgerufen von ec.europa.eu

1.6 Das Risiko einer Diktatur durch eine versteckte Mehrheit

Der Begriff „Langer Marsch durch die Institutionen“ bezeichnet die schrittweise Übernahme wichtiger Institutionen durch ideologisch motivierte Gruppen. Dieses Phänomen wurde zwar in mehreren Ländern beobachtet, doch das System der direkten Demokratie in der Schweiz bietet ein einzigartiges Gegengewicht, indem es den Bürgern ein Vetorecht gegen Gesetze oder Initiativen einräumt, die sie als ideologisch extremistisch wahrnehmen.

Die Schweizer Lösung: Das Konkordanzsystem

Das Schweizer Konkordanzsystem gewährleistet die Vertretung aller großen politischen Parteien in der Regierung. Dieses System verhindert die Dominanz einer einzelnen Partei oder Ideologie und verringert somit das Risiko der institutionellen Vereinnahmung. Selbst das Amt des Präsidenten wechselt jährlich.

Referenzen:

1. Kriesi, Hanspeter. (1995). Die politische Gelegenheitsstruktur neuer sozialer Bewegungen: Ihr Einfluss auf deren Mobilisierung. In: Die Politik des sozialen Protests: Vergleichende Perspektiven auf Staaten und soziale Bewegungen.
2. Swissinfo.ch. Wie das Schweizer Konkordanzsystem funktioniert.

1.7 Historische Wurzeln der direkten Demokratie in der Schweiz

Die mittelalterlichen Wurzeln: Die "Landsgemeinde"

Die Wurzeln der direkten Demokratie in der Schweiz reichen bis ins Mittelalter zurück, insbesondere zur Landsgemeinde, den Versammlungen unter freiem Himmel. Diese Versammlungen ermöglichten es den Bürgern, direkt über lokale Angelegenheiten abzustimmen, oft durch Handheben. Diese Tradition der direkten Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen legte den Grundstein für das schweizerische System der direkten Demokratie.

Das 19. Jahrhundert: Liberale gegen Demokraten

Im 19. Jahrhundert erlebte die Schweiz tiefgreifende politische Umwälzungen. Der Konflikt zwischen Liberalen, die die repräsentative Demokratie befürworteten, und Demokraten, die sich für eine direktere Bürgerbeteiligung einsetzten, führte schließlich zur Einführung der direkten Demokratie als Kompromiss. Die daraus resultierende Bundesverfassung von 1848 etablierte die Schweiz als Bundesstaat und führte Elemente der direkten Demokratie ein, darunter Volksabstimmungen und den Schutz von Minderheiten.

Moderne Evolution

Das schweizerische System der direkten Demokratie hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt und umfasst Instrumente wie das fakultative Referendum, mit dem

Bürgerinnen und Bürger Parlamentsentscheidungen anfechten können, und die Volksinitiative, mit der sie Verfassungsänderungen vorschlagen können. Diese Mechanismen sind zu zentralen Bestandteilen der schweizerischen Regierungsführung geworden und haben zur politischen Stabilität in einer vielfältigen Gesellschaft beigetragen.

Referenzen:

1. Church, Clive H. (2004). Politik und Regierung der Schweiz. Palgrave Macmillan.
2. Linder, Wolf. (2010). Schweizer Demokratie: Mögliche Lösungen für Konflikte in multikulturellen Gesellschaften. Palgrave Macmillan.

1.8 Historische Wurzeln der Top-Down-Repräsentativdemokratie

Die etablierten repräsentativen Demokratien haben sich ganz anders entwickelt als die direkte Demokratie in der Schweiz. Die heutige Top-Down-Politik hat ihre Wurzeln in Zeiten, als ein zentraler Monarch die Macht innehatte.

Das "monarchische Syndrom" des Nationalstaats

Die repräsentative Demokratie in Europa entstand als Reaktion auf die Ineffizienz und Ungleichheit der Monarchie, die sich aus einer feudalen Vergangenheit entwickelte, in der ein mächtiger Lehnsherr rivalisierende Lehensgebiete gewaltsam vereinigte und so „Nationalstaaten“ hervorbrachte. In den darauf folgenden aristokratischen Nationalstaaten des 17. und 18. Jahrhunderts entstanden parlamentarische Systeme. Die zentrale, von oben verordnete Macht blieb jedoch bestehen.

Die schweizerische „alpine Ausnahme“

Die einzigartige Geografie und die dezentrale Regierungsstruktur der Schweiz ermöglichten eine andere Entwicklung als in anderen europäischen Staaten. Das gebirgige Terrain des Landes begünstigte kleine, selbstverwaltete Gemeinschaften, die auf Konsens und Kooperation statt auf hierarchischer Autorität beruhten.

Die Europäische Union: „Moderner Feudalismus“?

Manche Politikwissenschaftler argumentieren, die Europäische Union ähnele einer Form des modernen Feudalismus, in dem die Macht in einer zentralisierten Bürokratie konzentriert sei. Dies steht im deutlichen Gegensatz zum dezentralen, basisdemokratischen Regierungsansatz der Schweiz, der lokale Autonomie und Bürgerbeteiligung priorisiert.

Referenzen:

1. Linder, Wolf. (2010). Schweizer Demokratie: Mögliche Lösungen für Konflikte in multikulturellen Gesellschaften. Palgrave Macmillan.
2. Church, Clive H. (2004). Politik und Regierung der Schweiz. Palgrave Macmillan.

1.9 Der Einfluss von KI auf die Politik – ein Schritt in die Zukunft.

KI-Assistenten stehen kurz davor, die Politik durch mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz der Regierung grundlegend zu verändern. Richtig eingesetzt, können sie allen Bürgern in der digitalen Welt direkte Demokratie ermöglichen. Allerdings bergen sie auch Risiken wie Fehlinformationen und Manipulationsmöglichkeiten.

Wichtigste Chancen

- Verbesserte Bürgerbeteiligung: KI kann Wähler über politische Maßnahmen aufklären, Faktenchecks in Echtzeit durchführen und die Teilnahme an Petitionen sowie die Kontaktaufnahme mit Amtsträgern vereinfachen.
- Verbesserte Regierungsführung und Transparenz: KI kann staatliche Dienstleistungen optimieren, öffentliche Ausgaben analysieren, um sie verständlicher zu machen, und Feedback der Bürger zu politischen Maßnahmen einholen.
- Stärkung marginalisierter Gruppen: Durch die Bereitstellung von Übersetzungs- und Barrierefreiheitstools kann KI dazu beitragen, Barrieren abzubauen und die Stimmen unterrepräsentierter Gemeinschaften zu verstärken.

Wichtigste Risiken und Herausforderungen

- Desinformation und Propaganda: Künstliche Intelligenz kann zur Erzeugung ausgefeilter Propaganda, Deepfakes und gezielter Desinformationskampagnen eingesetzt werden.
- Voreingenommenheit und Manipulation: KI-Systeme, die mit voreingenommenen Daten trainiert wurden, können bestehende Ungleichheiten verstärken. Sie können auch dazu eingesetzt werden, Wähler mit manipulativen Botschaften gezielt anzusprechen.
- Datenschutz und Überwachung: Der Einsatz von KI in der Politik gibt Anlass zur Sorge über staatliche Überwachung und die Aushöhlung der Privatsphäre der Bürger.
- Algorithmische Echokammern: KI-Algorithmen können die bestehenden Überzeugungen der Nutzer verstärken und so zu einer zunehmenden politischen Polarisierung führen.

Referenzen

1. Chesney, R., & Citron, D. (2022). Deep Fakes: Eine drohende Herausforderung für Datenschutz, Demokratie und nationale Sicherheit. Lawfare Institute
2. Europäisches Parlament. (2023). Künstliche Intelligenz im politischen Bereich: Eine Studie für das Panel für die Zukunft von Wissenschaft und Technologie. EPRS | Europäischer Parlamentarischer Forschungsdienst.
3. Kreiss, D. (2023). Das Dual-Use-Dilemma: KI, politische Kommunikation und die Zukunft der Demokratie. Center for Information, Technology, and Public Life (CITAP), University of North Carolina at Chapel Hill.
4. Medina, A., & Tsubaki, H. (2024). KI für das Gemeinwohl: Verbesserung von Regierungsführung und Bürgertechnologie. Stanford Social Innovation Review.

1.10 Jüngste Schweizer Volksabstimmungen veranschaulichen die Funktionsweise

Das Frauenwahlrechtsreferendum von 1971

Schweizerinnen erhielten das Wahlrecht bei Bundestagswahlen erst 1971 von den männlichen Abgeordneten, womit die Schweiz zu den letzten Ländern Europas gehörte, die diesen Schritt unternahmen. Das Referendum verdeutlichte das langsame Tempo des Wandels in der schweizerischen direkten Demokratie, demonstrierte aber auch die Fähigkeit des Systems, sich gesellschaftlichen Veränderungen ohne größere Gewalt anzupassen.

Die EWR-Mitgliedschaft von 1992

1992 lehnten die Schweizer Stimmberechtigten den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit knapper Mehrheit ab. Diese Entscheidung wurde als Sieg der Schweizer Souveränität gewertet, hatte aber auch erhebliche wirtschaftliche Folgen, da sie die Schweiz in einigen Bereichen der europäischen Integration isolierte.

Das Minarettverbot von 2009

Im Jahr 2009 stimmten die Schweizer Stimmberechtigten für ein umstrittenes Verbot des Baus neuer Minarette. Kritiker argumentierten, die Volksabstimmung sei diskriminierend, während Befürworter behaupteten, sie sei notwendig, um die schweizerische kulturelle Identität zu bewahren.

Die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ von 2014

Im Jahr 2014 stimmten die Schweizer Stimmberechtigten mit knapper Mehrheit für eine Initiative zur Begrenzung der Zuwanderung aus der Europäischen Union und stellten damit die bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU in Frage. Diese Entscheidung löste eine intensive Debatte über das Gleichgewicht zwischen direkter Demokratie und internationalen Verpflichtungen aus.

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) von 2016

Die Schweizer Stimmbevölkerung lehnte einen Vorschlag zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens mit überwältigender Mehrheit ab, doch die Volksabstimmung lenkte die weltweite Aufmerksamkeit auf das Konzept und seine potenziellen Auswirkungen auf die Bekämpfung von Einkommensungleichheit und Automatisierung.

Fallstudien: Klimapolitik und Rentenreform

Schweizer Volksabstimmungen spielten eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Klimapolitik und der Rentenreformen. So konzentrierten sich die jüngsten Abstimmungen beispielsweise auf das Gleichgewicht zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum sowie auf die langfristige Sicherung des Sozialversicherungssystems.

Zusammenfassung

Diese Referenden verdeutlichen die Stärken und Herausforderungen der direkten Demokratie. Zwar ermöglicht das System den Bürgern, bei wichtigen Fragen direkt mitzubestimmen, doch kann es auch zu kontroversen Ergebnissen führen, die möglicherweise nicht mit internationalen Normen oder langfristigen politischen Zielen übereinstimmen.

Die häufige Durchführung von Volksabstimmungen in der Schweiz dient als Schutzmechanismus gegen die Vereinnahmung von Institutionen durch Interessengruppen oder politische Eliten. Indem den Bürgern das letzte Wort eingeräumt wird, stellt das System sicher, dass keine einzelne Gruppe den politischen Prozess dominieren kann.

Referenzen:

1. Swissinfo.ch. Wichtige Schweizer Volksabstimmungen.
2. The Guardian. (2016). Schweizer Wähler lehnen bedingungsloses Grundeinkommen ab. Abgerufen von theguardian.com
3. BBC News. (2009). Schweizer stimmen für ein Minarettverbot. Abgerufen von bbc.com

1.11 Wichtigste Schlussfolgerungen

Die direkte Demokratie der Schweiz bietet ein einzigartiges Regierungsmodell, das Bürgerbeteiligung, Konsensfindung und lokale Autonomie betont. Obwohl das System Herausforderungen wie langsame Entscheidungsprozesse und das Risiko kontroverser Volksabstimmungen mit sich bringt, hat es sich in den letzten 150 Jahren als bemerkenswert stabil und effektiv erwiesen. Angesichts der zunehmenden politischen Polarisierung und institutionellen Herausforderungen in der Europäischen Union und anderen Staaten liefert das Schweizer Modell wertvolle Erkenntnisse über die Bedeutung von Inklusivität, Subsidiarität von unten und Bürgerbeteiligung.

Referenzen:

1. Linder, Wolf. (2010). Schweizer Demokratie: Mögliche Lösungen für Konflikte in multikulturellen Gesellschaften. Palgrave Macmillan.
2. Church, Clive H. (2004). Politik und Regierung der Schweiz. Palgrave Macmillan.

1.12 Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassungen	4
1.1	Einführung	4
1.2	Die Rolle der politischen Parteien in der Schweiz	4
1.3	Konsensdemokratie vs. Konfliktdemokratie	5
1.4	Zusammenfassung: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Schweiz und Belgien	6
1.5	Ein wirtschaftlicher Vergleich zwischen der Schweiz und Belgien	7
1.6	Das Risiko einer Diktatur durch eine versteckte Mehrheit	8
1.7	Historische Wurzeln der direkten Demokratie in der Schweiz	8
1.8	Historische Wurzeln der Top-Down-Repräsentativdemokratie	9
1.9	Der Einfluss von KI auf die Politik – ein Schritt in die Zukunft	9
1.10	Jüngste Schweizer Volksabstimmungen veranschaulichen die Funktionsweise 10	
1.11	Wichtigste Schlussfolgerungen	11
1.12	Inhaltsverzeichnis	13
2	Demokratie und politische Parteien in der Schweiz	16
2.1	Einführung	16
2.2	Die Rolle der politischen Parteien in der Schweiz	16
2.3	Wie ist die Machtverteilung zwischen den politischen Parteien in der Schweiz geregelt?	18
2.4	Bei den Wahlen ging es mehr um Sachthemen als um Personen.	20
2.5	Die „vierte“ Abstimmungsart: Volksabstimmungen	21
2.6	Die Zauberformel	21
2.7	Die "Zauberformel" unter Stress	23
3	Konsensdemokratie vs. Konfliktdemokratie	25
3.1	Wesentliche Unterschiede	25
3.2	Charakteristische Merkmale der Schweizer Art	27
3.3	Weniger ist mehr, aber es braucht mehr Zeit und Überlegung.	28
3.4	Der Kompromiss:	30
3.5	Die doppelte Mehrheit	32
3.6	Kantonale Unterschiede in Demokratie, Wirtschaftsleistung und Steuersätzen 34	
3.7	Abschluss	36
4	Ein politischer Vergleich zwischen der Schweiz und Belgien	37
4.1	Bottom-up vs. Top-down	37
4.2	Sind Sprachgrenzen die richtige Lösung?	39

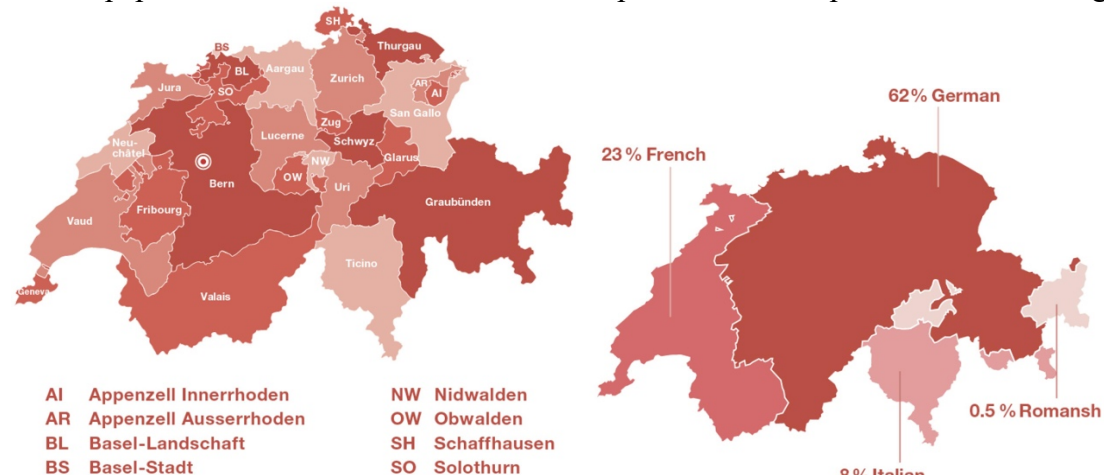
4.3	Warum das „Schweizer Modell“ dort funktioniert, wo Belgien Schwierigkeiten hat	41
4.4	Gegenteilige Subsidiarität der Kompetenzniveaus	41
4.5	Kompetenzvergleichstabelle	41
4.6	Institutionelle Logik: „Subsidiarität von unten“ vs. „Ausschließliche Befugnisse“	42
4.7	Struktureller Zusammenbruch	42
4.8	Schweizer Referendum über die Teilung des Jura-Kantons	43
4.9	Übersicht in einer Mindmap	45
5	Ein wirtschaftlicher Vergleich zwischen der Schweiz und Belgien	47
5.1	Makroökonomische Unterschiede	47
5.2	Öffentliche vs. private Beschäftigung	50
5.3	Die Inaktivitätsfalle Belgiens	52
5.4	Einkommensteuer für natürliche Personen (Persönliche Personen)	53
5.5	Körperschaftsteuer (Unternehmen)	54
5.6	Verbrauchssteuer (MwSt. / MWST)	54
5.7	Zusammenfassende Tabelle zur Steuerautonomie	55
5.8	Lohnbesteuerung	55
5.9	Die Analyse der „Mittelschicht“	57
5.10	Institutionelle Auswirkungen: Warum der Durchschnitt niedriger ist	58
5.11	Korruption	58
6	Das Risiko einer Diktatur durch eine versteckte Mehrheit	61
6.1	Das Problem: „Der lange Marsch durch die Institutionen“	61
6.2	Die Schweizer Lösung: Das Konkordanzsystem	61
6.3	Medienbalance: Die "fög"-Ergebnisse	61
6.4	Das „Volksveto“ gegen ideologische Übergriffe	62
6.5	Direkte Demokratie als „Veto“ gegen Ideologie	62
6.6	Zusammenfassung und Vergleich	63
6.7	der Schweiz weniger ein Problem darstellt	63
6.8	Wichtigste Schlussfolgerungen	64
6.9	Wichtige Referenzen	64
7	Historische Wurzeln der schweizerischen Top-Down-Direktdemokratie	66
7.1	Die mittelalterlichen Wurzeln: Die "Landsgemeinde"	66
7.2	Das 19. Jahrhundert: Liberale gegen Demokraten	66
7.3	Warum die Schweizer die direkte Demokratie der Repräsentation vorzogen	67
7.4	Warum haben andere Länder das nicht getan?	67
7.5	Wichtige Meilensteine bei der modernen Übernahme	67
7.6	Zusammenfassung:	68

8	Historische Wurzeln repräsentativer Top-Down- Demokratien.....	69
8.1	Das "monarchische Syndrom" des Nationalstaats	69
8.2	Die schweizerische „alpine Ausnahme“	69
8.3	Die Europäische Union: „Moderner Feudalismus“?	70
9	Die disruptive Rolle der Digitalisierung und der KI in der Politik – ein Schritt in die Zukunft.....	71
9.1	Verbesserung des staatsbürgerlichen Bewusstseins	71
9.2	Vereinfachung des politischen Engagements	71
9.3	Vereinfachung der Regierungsführung.....	71
9.4	Personalisierung politischer Kampagnen	72
9.5	Bekämpfung (oder Verbreitung) von Fehlinformationen.....	72
9.6	Verbesserung der Transparenz	72
9.7	Marginalisierten Stimmen Gehör verschaffen	72
9.8	Ethische und regulatorische Herausforderungen	72
9.9	Gestaltung des öffentlichen Diskurses.....	73
9.10	Vorhersageanalysen und Krisenmanagement.....	73
10	Einige Schweizer Volksabstimmungen, die veranschaulichen, wie es funktioniert	74
10.1	Das Frauenwahlrechtsreferendum von 1971	74
10.2	Die EWR-Mitgliedschaft von 1992 (Die „Milliardärsstimme“)	74
10.3	Das Minarettverbot von 2009	74
10.4	Die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ von 2014	75
10.5	Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) von 2016	75
10.6	Fallstudien: Klimapolitik und Rentenreform.....	75
10.7	Wichtigste Vergleichsübersicht	76
10.8	Wie diese Wahlen die „institutionalistische Vereinnahmung“ verhindern	77

2 Demokratie und politische Parteien in der Schweiz

2.1 Einführung

Das System der direkten Demokratie in der Schweiz ist einzigartig. Umgeben von anderen europäischen Staaten, die alle ein sogenanntes repräsentatives Demokratiemodell praktizieren, ist das Land recht erfolgreich und genießt seit über 150 Jahren Frieden. Dennoch ist über sein System der direkten Demokratie nur wenig bekannt. Meist kennt man es lediglich für seine Volksabstimmungen. In diesem Arbeitspapier gehen wir der Sache etwas genauer auf den Grund. Wussten Sie beispielsweise, dass die Regierung etwa 80 % der Bürger repräsentiert? Die Regierung besteht aus Ministern aller großen Parteien, selbst wenn diese dem entgegengesetzten politischen Spektrum angehören. Gemeinsam sind sie im Amt, weil es ihre Aufgabe ist, den besten Weg für alle Bürger oder zumindest für eine deutliche Mehrheit von ihnen zu finden. Daher gibt es keine wirkliche politische Opposition wie in anderen Ländern. Die Volksabstimmung gibt den Bürgern das letzte Wort. Das Land hat 26 sehr unterschiedliche Kantone, jeder mit seiner eigenen Verfassung. Es werden bis zu vier Sprachen gesprochen. Und dennoch ist der Zusammenhalt sehr stark. Die Schweiz verfügt über eine sogenannte Konsensdemokratie, während andere Länder eine Konfliktdemokratie aufweisen. In der Schweiz gilt ein Subsidiaritätsprinzip, wohingegen in anderen Ländern ein hierarchisches, oft sich überschneidendes Kompetenzsystem existiert, das von oben nach unten strukturiert ist. In diesem Arbeitspapier untersuchen wir verschiedene Aspekte und deren praktische Bedeutung.



2.2 Die Rolle der politischen Parteien in der Schweiz

In der „semidirekten“ Demokratie der Schweiz nehmen die politischen Parteien eine einzigartige und etwas paradoxe Stellung ein. Anders als in rein repräsentativen Systemen (wie den USA oder Großbritannien), in denen die Parteien die primären Machtinhaber sind, teilen sich die Schweizer Parteien die politische Entscheidungsgewalt mit den Bürgerinnen und Bürgern selbst.

Während das Schweizer Volk durch Volksabstimmungen das letztendliche Vetorecht besitzt, stellen die politischen Parteien die organisatorische Kraft dar, die das Funktionieren des Systems ermöglicht. Zu ihren Aufgaben gehören:

- **Initiierung von Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen** : Obwohl theoretisch jeder Bürger eine Bürgerinitiative starten kann, sind politische Parteien die häufigsten Organisatoren. Sie verfügen über die finanziellen Mittel, die Mitgliedernetzwerke und die Infrastruktur, um die erforderlichen Unterschriften zu sammeln (100.000 für eine Bürgerinitiative; 50.000 für eine Volksabstimmung).

- **Meinungsbildung** : Vor jeder nationalen Wahl (in der Regel viermal im Jahr) geben die Parteien offizielle „Wahlempfehlungen“ heraus. Dies hilft den Bürgern, sich in komplexen Gesetzen zurechtzufinden, indem sie ihre Stimme an der übergeordneten Ideologie einer Partei ausrichten.
- **Die vorparlamentarische Phase** : Um zu verhindern, dass ihre Gesetze später durch ein fakultatives Referendum angefochten werden, streben die Regierungsparteien häufig bereits in der Entwurfsphase einen Konsens an. Sie laden Interessengruppen und Oppositionsparteien ein, frühzeitig Bedenken zu äußern – ein Prozess, der als *Vernehmung bekannt ist* .
- **Rekrutierung** : Die Parteien bleiben das wichtigste Instrument zur Rekrutierung und Ausbildung derjenigen, die in der Bundesversammlung (dem Parlament) und im Bundesrat (dem Exekutivkabinett) tätig sind.

Stärken sie die Demokratie?

Die Beziehung ist ein zweiseitiges Schwert. Es gibt überzeugende Argumente dafür, wie sie das System stärkt und wie sie es verkomplizieren könnte.

Wie sie die Demokratie stärken	Wie sie es "schwächen" könnten
Stabilität : Durch die Teilnahme an der „Zauberformel“ (einem auf Konsens basierenden Kabinett) stellen die größten Parteien sicher, dass der größte Teil der Bevölkerung in der Regierung vertreten ist.	Intransparenz : Die Parteienfinanzierung in der Schweiz ist bekanntermaßen weniger transparent als in anderen europäischen Ländern, was zu Bedenken hinsichtlich des Einflusses von „dunklem Geld“ auf die Wählerstimmen führt.
Bildung : Parteien zerlegen komplexe politische Themen in verständliche Programme, wodurch es dem Durchschnittsbürger leichter fällt, an vier Wahlen pro Jahr teilzunehmen.	Polarisierung : In den letzten Jahren haben Parteien (insbesondere am rechten und linken Rand) die direkte Demokratie genutzt, um Initiativen der „Identitätspolitik“ zu starten, die gesellschaftliche Spannungen hervorrufen können.
Rechenschaftspflicht : Die Androhung eines von einer Partei initiierten Referendums hält die Regierung in Schach und stellt sicher, dass sie keine Gesetze verabschiedet, die zu weit von der öffentlichen Meinung entfernt sind.	Professionalisierung : Kritiker argumentieren, dass „Volksinitiativen“ zunehmend zu „Parteiinitiativen“ werden, wodurch sich die Macht von den Bürgern an der Basis hin zu professionellen politischen Maschinen verlagert.

Abschluss

Die meisten Politikwissenschaftler argumentieren, dass Parteien die Schweizer Demokratie stärken, indem sie als Bindeglied zwischen Staat und Bevölkerung fungieren. Ohne sie wäre der logistische Aufwand direkter Demokratie – das Sammeln von Unterschriften und die Erläuterung von Gesetzen – für den Einzelnen möglicherweise zu groß. Ihre Macht ist jedoch streng begrenzt: Eine Schweizer Partei kann zwar eine Wahl gewinnen, aber bereits in der darauffolgenden Woche eine Volksabstimmung über ihr wichtigstes politisches Vorhaben verlieren.

2.3 Wie ist die Machtverteilung zwischen den politischen Parteien in der Schweiz geregelt?

Die Schweizer Politiklandschaft ist geprägt von der „**Zauberformel**“, einer **ungeschriebenen Vereinbarung**, wonach die vier größten Parteien die Exekutive (den Bundesrat) unter sich aufteilen. Dadurch ist sichergestellt, dass fast 80 % der Wählerschaft stets in der Regierung vertreten sind, selbst wenn die Wahlen einen Wandel der Bürgerpräferenzen erkennen lassen. Die Schweizer Politik spiegelt das langfristige Ziel gemeinsamer, langfristiger Stabilität wider.

Hier folgt eine Übersicht der wichtigsten politischen Akteure ab dem Jahr 2025 und wofür sie im Kontext der direkten Demokratie typischerweise stehen:

1. SVP / UDC (Schweizerische Volkspartei)

- Ausrichtung: Nationalkonservativ, rechtspopulistisch.
- Kernpunkte: Strikte Neutralität, EU-feindliche Integration und sehr restriktive Einwanderungspolitik.
- Rolle bei Referenden: Sie sind die häufigsten Nutzer der „Volksinitiative“. Oftmals initiieren sie Abstimmungen, um ein Parlament zu umgehen, das sie als zu „liberal“ oder „internationalistisch“ betrachten.
- Aktuelle Beispiele: Bekanntlich setzten sie sich für Verbote von Minaretten, das „Burka-Verbot“ und Initiativen ein, die Schweizer Arbeitnehmer gegenüber EU-Migranten bevorzugen.

2. SP / PS (Sozialdemokratische Partei)

- Ausrichtung: Mitte-links, für den Wohlfahrtsstaat.
- Schwerpunktthemen: Soziale Sicherheit, Gleichstellung der Geschlechter, Umweltschutz und engere Beziehungen zur EU.
- Rolle bei Volksabstimmungen: Die SP nutzt häufig das obligatorische Volksentscheid, um "bürgerliche" (rechtsgerichtete) Wirtschaftsreformen wie Unternehmenssteuersenkungen oder Anhebungen des Rentenalters zu blockieren.
- Aktuelle Beispiele: Sie setzten sich kürzlich für die Initiative einer „13. Monatsrente“ ein (die 2024 vom Volk erfolgreich angenommen wurde).

3. FDP / PLR (Die Liberalen)

- Ausrichtung: Mitte-rechts, klassisch liberal.
- Schwerpunktthemen: Wirtschaftliche Freiheit, minimale staatliche Eingriffe und ein starker Schweizer Finanzsektor.
- Rolle bei Volksabstimmungen: Als „Partei der Wirtschaft“ verteidigen sie in der Regel die Regierungsgesetzgebung gegen Angriffe von links (soziale Fragen) oder von rechts (Souveränitätsfragen).
- Aktuelle Beispiele: Sie sind wichtige Befürworter bilateraler Handelsabkommen und digitaler Transformationsprojekte, wie zum Beispiel des nationalen E-ID.

4. Die Mitte / Le Centre

- Haltung: Zentristisch, christlich-demokratische Wurzeln.
- Schwerpunktthemen: Familienwerte, sozialer Zusammenhalt und kompromissorientierte Politik.
- Rolle bei Volksabstimmungen: Sie sind oft wahlentscheidend. Da die Schweizer Wählerschaft häufig zwischen dem linken (SP) und dem

rechten (SVP/FDP) Lager gespalten ist, gewinnt fast immer diejenige Seite, der sich die „Zentrumspartei“ anschließt.

- Aktuelle Beispiele: Sie haben maßgeblich zur Reform des Gesundheitssystems und zur Ausbalancierung der Rentenreformen beigetragen, um diese „wahlrechtssicher“ zu machen.

5. Die Grünen & Grünliberalen (GLP)

- Bestehend aus zwei Gruppen, einer linken und einer zentristischen.
- Haltung: Umweltschützer. Die „Grünen“ sind links orientiert, während die „Grünen Liberalen“ Ökologie mit marktfreundlichen Politiken verbinden.
- Rolle bei Volksabstimmungen: Sie konzentrieren sich stark auf klimabezogene Initiativen. Selbst wenn sie eine Abstimmung verlieren, gelingt es ihnen oft, die Regierung zu einem „Gegenvorschlag“ zu zwingen, der umweltfreundlicher ist als das ursprüngliche Gesetz.

Zusammenfassung der Parteienmacht im Jahr 2025

Party	Stimmenanteil / Sitze im Nationalrat	Ideologie	Sitze im Bundesrat (von insgesamt 7)	Hauptziel bei den Abstimmungen
Im Bundesrat vertreten: 74,6 %				
SVP	27,9 % 62 Sitzplätze	Rechts Konservativ	2	Schutz der Souveränität
SP	18,3 % 41 Sitzplätze	Links Soziale Basel	2	Ausweitung der sozialen Sicherheit
FDP	14,3 % 28 Sitzplätze	Mitte-rechts Wirtschaftsfreundlich	2	Stärkung der Wirtschaft
Die Mitte	14,1 % 29 Sitzplätze	Mitte- Christdemokraten	1	Einen Mittelweg finden
Im Bundesrat nicht vertreten				
Grüne	9,8 % 23 Sitzplätze	Links Umweltschützer		
GLP (Grüne Liberalen)	7,6 % 10 Sitzplätze	Zentrist Liberal-Grün		

Eine typisch schweizerische Besonderheit: Es ist sehr häufig, dass eine Partei einen Minister in der Regierung hat, der ein Gesetz offiziell unterstützt, während die Parteimitglieder in der Öffentlichkeit aktiv für ein Referendum zur Aufhebung eben dieses Gesetzes werben. Dieses „Doppelprinzip“ sorgt für die Trennung von Regierung und Parteien. Siehe dazu auch „Die Zauberformel“.

2.4 Bei den Wahlen ging es mehr um Sachthemen als um Personen.

Das politische System der Schweiz ist eine „ **halbdirekte Demokratie**“, die auf drei Ebenen strukturiert ist: der Bundes-, der Kantons- und der Gemeindeebene. Aufgrund dieser Struktur gehören die Schweizer Bürger zu den am häufigsten befragten Menschen weltweit und stimmen oft etwa viermal im Jahr über verschiedene Themen ab.

1. Bundesebene (National)

Auf Bundesebene finden alle vier Jahre Wahlen zur Legislative statt. Die Exekutive wird indirekt gewählt.

Gesetzgebung: Die Bundesversammlung

- **Nationalrat** (Unterhaus): Besteht aus 200 Sitzen, die auf die 26 Kantone nach Bevölkerungszahl verteilt sind.
- **Staatenrat** (Oberhaus): Besteht aus 46 Mitgliedern, die die Kantone vertreten. Die meisten Kantone haben zwei Sitze, sechs ehemalige „Halbkantone“ einen.

Exekutive: Der Bundesrat

- **Hinweis** : Die Bürger wählen weder den Präsidenten noch das Kabinett. Stattdessen wählt die Bundesversammlung die sieben Mitglieder des Bundesrates (die Regierung). Das **Präsidentenamt wechselt dann** jährlich zwischen diesen sieben Mitgliedern.

2. Kantonale Ebene (Bundesland)

Jeder der 26 Kantone ist ein **souveräner Staat** mit eigener Verfassung und eigener Regierung. Die Wahltermine variieren je nach Kanton, aber in den meisten finden alle vier bis fünf Jahre Wahlen statt.

- **Gesetzgebung: Kantonaes Parlament**
 - Die Wähler wählen Vertreter in ihre jeweiligen kantonalen Parlamente (die Bezeichnungen variieren, z. B. Grand Conseil, Kantonsrat oder Landrat).
- **Exekutive: Kantonalregierung**
 - Im Gegensatz zur Bundesebene wird der Exekutivrat (in der Regel 5 oder 7 Mitglieder) in den meisten Kantonen üblicherweise direkt vom Volk gewählt.
- **Justiz** : In einigen Kantonen wählen die Bürger auch Richter für die Kantonsgerichte.

3. Kommunale Ebene (Lokale Ebene)

In der Schweiz gibt es über 2.000 Gemeinden. Die Häufigkeit der Kommunalwahlen ist kantonal geregelt, findet aber in der Regel alle vier Jahre statt.

- **Gesetzgebung** : Gemeindeversammlung oder Parlament
 - In größeren Städten wählen die Bürger ein Kommunalparlament.
 - In kleineren Dörfern gibt es kein gewähltes Parlament; stattdessen treffen sich alle wahlberechtigten Bürger zu einer Gemeindeversammlung, um direkt über lokale Gesetze abzustimmen.
- **Exekutive** : Gemeinderat
 - Die Wähler wählen die Exekutive und oft auch den Bürgermeister (oft Syndic oder Gemeindepräsident genannt) direkt.

2.5 Die „vierte“ Abstimmungsart: Volksabstimmungen

Es ist wichtig zu beachten, dass die Schweizer Bürger häufiger über Sachthemen als über Personen abstimmen. Im Rahmen des Systems der „Direkten Demokratie“ gehen die Bürger etwa vierteljährlich zur Wahlurne, um über Folgendes abzustimmen:

- Obligatorische Volksabstimmungen: Änderungen der Verfassung.
- Optionale Volksabstimmungen: Anfechtungen von Gesetzen, die vom Parlament verabschiedet wurden.
- Volksinitiativen: Neue Gesetze, die von Bürgern vorgeschlagen werden (und 100.000 Unterschriften erfordern).

2.6 Die Zauberformel

Die Zauberformel ist eine der einzigartigsten politischen Vereinbarungen der Welt. Sie ist kein in der Verfassung verankertes Gesetz, sondern eine Gentlemen's Agreement, die die Schweiz seit 1959 regelt.

Im Wesentlichen handelt es sich um eine permanente große Koalition, in der die Gewinner und Verlierer von Wahlen vereinbaren, die Macht zu teilen, anstatt darum zu kämpfen.

1. Die Arithmetik der Potenz

Die Formel legt fest, wie die sieben Sitze des Bundesrates (des kollektiven Staatsoberhauptes) zwischen den vier größten Parteien aufgeteilt werden. Jahrzehntelang (1959–2003) war das Verhältnis unverändert 2:2:2:1.

- 2 Sitze: FDP (Liberale)
- 2 Sitze: CVP (jetzt The Centre)
- 2 Sitze: SP (Sozialdemokraten)
- 1 Sitz: SVP (Volkspartei)

Da die SVP zur größten Partei aufstieg, wurde die Formel im Jahr 2003 aktualisiert. Ab 2025 sieht die „magische“ Verteilung wie folgt aus:

(SVP): 2 (SP): 2 (FDP): 2 (Das Zentrum): 1

Es ist zu beachten, dass angesichts der gestiegenen Wahlergebnisse der Grünen in den letzten Jahren eine Diskussion darüber aufkam, ihnen ebenfalls einen Sitz im Parlament zu gewähren, dies jedoch nicht beschlossen wurde.

2. Warum ist es "Magie"?

Es wird als „magisch“ bezeichnet, weil es ein System der **Übereinstimmung schafft**. In den meisten Ländern besteht die Regierung aus einer Mehrheit (>50 %) , die über eine Minderheit (<50 %) herrscht. In der Schweiz **repräsentiert die Regierung fast 80 % der Wähler**.

Keine Oppositionspartei : Es gibt keine einheitliche „Opposition“ im herkömmlichen Sinne. Die großen Parteien sind gleichzeitig „an der Macht“ und „in der Opposition“. Ihre Positionen können sich zudem je nach Thema unterscheiden, und es gibt keine klare „Regierungsmehrheit gegen Opposition“.

Die Veto-Gefahr : Da die Schweiz eine direkte Demokratie ist, könnte jede nicht an der Regierung beteiligte Partei einfach Volksabstimmungen ansetzen, um jedes von der

Regierung verabschiedete Gesetz zu blockieren. Die „Zauberformel“ motiviert die großen Regierungsparteien, Gesetze so zu gestalten, dass sie einer Volksabstimmung standhalten.

3. Wichtigste Alleinstellungsmerkmale

Kollektive Verantwortung : Sobald die sieben Minister hinter verschlossenen Türen eine Entscheidung getroffen haben, müssen sie diese in der Öffentlichkeit als Einheit verteidigen, selbst wenn ihre eigene Partei die Entscheidung ablehnt.

Der „**Erste unter Gleichen**“: In der Schweiz gibt es keinen „Ministerpräsidenten“ oder „Präsidenten“ mit übergeordneter Macht. Das Amt des Präsidenten wechselt jährlich zwischen den sieben Mitgliedern. Sie sind im Wesentlichen sieben gleichberechtigte Mitglieder, die gemeinsam das Land regieren.

Misstrauensvoten : Anders als beispielsweise in Großbritannien oder Deutschland kann das Schweizer Parlament die Regierung nicht vorzeitig entlassen, und die Regierung kann das Parlament nicht auflösen. Sie sind für vier Jahre aneinander gebunden und daher gezwungen, Kompromisse zu finden.

Ist es bedroht?

Im Jahr 2025 steht die Formel mehr denn je unter Druck. Die Grünen sind deutlich gewachsen und fordern einen Sitz im Parlament, was den Ausschluss einer der etablierten Parteien bedeuten würde. Bislang haben sich die etablierten Parteien dagegen gewehrt und die Stabilität der traditionellen Formel der „mathematischen Fairness“ vorgezogen.

Zusammenfassung:

Die Zauberformel macht aus politischen Feinden Mitbewohner. Sie mögen in allem unterschiedlicher Meinung sein, aber sie müssen sich darüber einigen, wie das Haus geführt werden soll, sonst wird der „Vermieter“ (das Schweizer Volk) ihre Entscheidungen bei der Wahl blockieren.

4. Die Wahl der sieben Bundesräte

In der Schweiz ist die Wahl der sieben Bundesräte ein hochbrisantes Drama, das eher an ein Konklave des Papstes als an eine moderne demokratische Wahl erinnert.

Während das Parlament vom Volk gewählt wird, wählt das Parlament (die Vereinigte Bundesversammlung) den Bundesrat. Dies geschieht alle vier Jahre im Dezember oder immer dann, wenn ein Sitz frei wird.

Die „Nacht der langen Messer“

Trotz des düsteren historischen Namens (entlehnt von der Nazi-Säuberung von 1934) bezeichnet er in der Schweiz die fieberhafte Nacht des Lobbyings, der Hinterzimmerabsprachen und der taktischen Planung, die in den Bars und Restaurants von Bern (insbesondere im Hotel Bellevue Palace) in der Nacht vor der Wahl stattfindet.

Die Strategie : Die Parteien treffen sich in geheimen „Fraktionen“, um zu entscheiden, welchen Kandidaten sie von den anderen Parteien unterstützen. Da die Wahl geheim ist, spielen die Parteien oft „taktische Manöver“. Beispielsweise könnte eine linke Partei für den gemäßigtsten Kandidaten einer rechten Partei stimmen, um deren Hardliner-Position zu schwächen.

Die „wilden“ Kandidaten : Manchmal ignoriert das Parlament die offiziellen Kandidaten einer Partei und wählt einen „wilden“ (nicht nominierten) Kandidaten derselben Partei. Dies wird als ein bedeutender Machtdemonstrationsschlag angesehen, um die Parteiführung zu demütigen.

Die Spielregeln: Um den Zusammenhalt des Landes zu wahren, müssen während der Wahl mehrere „unsichtbare“ Regeln beachtet werden. Ignoriert das Parlament diese, riskiert es eine nationale Krise.

Sprachliche Ausgewogenheit: Traditionell gibt es üblicherweise 4 Deutschsprachige, 2 Französischsprachige und 1 Italienischsprachigen. Es kann nicht einfach 7 Deutschsprachige geben, auch wenn sie die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ausmachen.

Geschlechtergleichstellung : Obwohl es kein striktes Gesetz ist, besteht ein immenser sozialer und politischer Druck, ein annähernd gleiches Verhältnis zwischen Männern und Frauen aufrechtzuerhalten.

Kantonale Vielfalt : Keine zwei Mitglieder dürfen aus demselben Kanton stammen (dies war bis 1999 ein zwingendes Gesetz; jetzt ist es nur noch eine starke Richtlinie).

Dienstalter : Die Sitze werden nacheinander gewählt, beginnend mit dem dienstältesten Mitglied. Amtierende Mitglieder werden fast immer wiedergewählt. Die Abwahl eines Mitglieds gilt als politisches Erdbeben (dies ist seit 1848 nur viermal vorgekommen).

Das Wahltagsritual

Am Morgen der Wahl versammeln sich die 246 Mitglieder des Parlaments.

1. **Die geheime Wahl :** Die Mitglieder schreiben ihren Namen auf ein Stück Papier.
2. **Die absolute Mehrheit :** Um zu gewinnen, benötigt ein Kandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen.
3. **Die Eliminierung :** Wenn in den ersten beiden Runden niemand gewinnt, scheidet in jeder folgenden Runde der Kandidat mit den wenigsten Stimmen aus, bis jemand die magische Zahl erreicht.

Warum ist das wichtig?

Nach ihrer Wahl müssen diese sieben Personen ihre Parteizugehörigkeit ablegen. Sie bilden ein „kollegiales Gremium“. Selbst wenn das Parlament einen Sozialdemokraten und einen rechtspopulistischen Abgeordneten gewählt hat, die sich im Wahlkampf gegenseitig angegriffen haben, müssen sie nun jeden Mittwoch zusammenkommen und einen Konsens erzielen. Gelingt ihnen das nicht, bleiben sie im Raum.

2.7 Die "Zauberformel" unter Stress

In der langen Geschichte der Stabilität der Schweiz gelten die Ereignisse der Jahre 2003 und 2007 als regelrechtes politisches „Erdbeben“.

Um zu verstehen, wie selten das ist: In über 175 Jahren wurden nur vier amtierende Mitglieder des Bundesrates abgewählt. Zwei davon geschahen im 19. Jahrhundert, die anderen beiden kurz nacheinander Anfang der 2000er Jahre, was die „magische Formel“ beinahe gebrochen hätte.

1. Der Rauswurf 2003: Ruth Metzler³

Im Jahr 2003 wurde die rechtspopulistische SVP (Sozialpartei) zur stärksten Partei der Schweiz. Nach der sogenannten „Magischen Formel“ verfügte sie jedoch nur über einen Sitz, während die kleinere CVP (Zentrumspartei) zwei Sitze innehatte.

Die SVP forderte einen zweiten Sitz, der ihrer Wählerstärke entspräche.⁵ In einem Schritt, der das Land schockierte, stimmte das Parlament diesem Antrag zu. Es verweigerte die

Wiederwahl von Ruth Metzler (CVP) und wählte stattdessen den umstrittenen SVP-Vorsitzenden Christoph Blocher.⁶

Die Folgen: Es war das erste Mal seit 1872, dass ein amtierender Minister abgewählt wurde. Dies verdeutlichte, dass die „Zauberformel“ kein Gesetz, sondern ein mathematisches Problem war. Verliert die Partei zu viele Wählerstimmen, ist der Sitz nicht mehr sicher.

2. Die Rache 2007: Christoph Blocher

Das dramatischste Ereignis war die „Nacht der langen Messer“ im Dezember 2007. Christoph Blocher war ein Milliardär und populistischer Hardliner, der nach Ansicht vieler anderer Parteien die Kollegialität des Rates nicht respektierte. Er kritisierte seine Kollegen häufig öffentlich. Die Mitte-Links- und die zentristischen Parteien planten insgeheim seine Absetzung.

- **Die Wilde Kandidatin** : Anstatt für Blocher zu stimmen, gab das Parlament seine geheimen Stimmen für Eveline Widmer-Schlumpf ab, ein gemäßigteres Mitglied von Blochers eigener Partei (SVP), die noch nicht einmal offiziell nominiert worden war.
- **Der Verrat** : Als sie am nächsten Morgen den Sitz annahm, war die SVP außer sich vor Wut. Sie betrachteten sie als „Verräterin“ und Blochers Absetzung als „Putsch“.

3. Die Folgen: Eine Oppositionspartei

Die Folgen waren für die Schweiz beispiellos:

- **Ausschluss** : Die SVP schloss Widmer-Schlumpf aus ihrer Partei aus. Da sie nun „parteilos“ war, behauptete die SVP, nicht mehr in der Regierung vertreten zu sein.
- **Die BDP** : Widmer-Schlumpf und ihre Unterstützer gründeten eine neue Partei, die Konservativ-Demokratische Partei (BDP), damit sie in der Regierung bleiben konnte.
- **Opposition** : Für kurze Zeit erklärte sich die SVP, die größte Partei des Landes, in „Opposition“ zur Regierung – ein Konzept, das der Schweizer Politik nahezu fremd ist.

Warum das heute wichtig ist

Die Stabilität kehrte schließlich zurück. Bis 2015 war die BDP geschrumpft, Widmer-Schlumpf trat zurück und die SVP erhielt ihren zweiten Sitz zurück, wodurch das Gleichgewicht wiederhergestellt wurde.

Diese Ereignisse haben jedoch gezeigt, dass der „Zauber“ dieser Formel in Wirklichkeit zerbrechlich ist. Er beruht gänzlich auf der Kooperationsbereitschaft der Parteien. Sollte ein Minister zu „unschweizerisch“ (zu aggressiv oder unkooperativ) agieren, hat das Parlament nach wie vor die Befugnis, ihn am Ende seiner vierjährigen Amtszeit zu entlassen.

3 Konsensdemokratie vs. Konfliktdemokratie

Schweizer Politikwissenschaftler bezeichnen ihr Land als eine „Konsensdemokratie“ und nicht als eine „Mehrheitsdemokratie“.

In den meisten repräsentativen Wahlsystemen (wie den USA, Großbritannien oder Frankreich) ist das Ziel, mindestens 50 % der Stimmen zu gewinnen, um die übrigen Stimmen zu ignorieren. Letztere bilden die „Opposition“, sind aber bis auf wenige Ausnahmen bis zur nächsten Wahl praktisch machtlos. In der Schweiz hingegen ist das Ziel, so viele Menschen wie möglich einzubeziehen, damit niemand einen Grund hat, das System durch ein Referendum zu sprengen.

Bei genauerer Betrachtung der Funktionsweise der Schweizer Demokratie zeigt sich, dass das System darauf ausgelegt ist, einen für alle Bürger akzeptablen Konsens zu erzielen. Die Rückkopplungsschleifen sind kurz. In einer repräsentativen Demokratie wie in Belgien hingegen führt die Rivalität zwischen politischen Parteien und Regionen zu einem ständigen Interessenkonflikt (den sogenannten Silos), der oft ohne Beteiligung der Bürger stattfindet.

Diese Unterscheidung ist ein zentraler Pfeiler der vergleichenden Politikwissenschaft, die von Arend Lijphart in seinem bahnbrechenden Werk **Patterns of Democracy (Muster der Demokratie)** berühmt gemacht wurde.

Er kategorisiert Demokratien in zwei Hauptmodelle: **Konsensdemokratie** (wie die Schweiz) und **Mehrheitsdemokratie** (oft gekennzeichnet durch „Konflikt“- oder „Alles-oder-nichts“-Dynamiken, wie Großbritannien oder die USA).

3.1 Wesentliche Unterschiede

1. Konsensdemokratie (Das Schweizer Modell)

- Das **Schweizer System ist darauf ausgelegt, Macht zu verteilen**, damit möglichst viele Menschen an der Regierung beteiligt sind. Es geht davon aus, dass in einer vielfältigen Gesellschaft (mit mehreren Sprachen und Religionen) eine einfache 51-prozentige Mehrheit nicht über die übrigen 49 % herrschen sollte.
- **Demokratie von unten** : Da die Zuständigkeiten auf der niedrigstmöglichen Ebene angesiedelt sind, ist der Feedback-Kreislauf deutlich kürzer. Die Menschen kennen sich auf Dorfebene oft persönlich.
- **Exekutive Machtteilung** : Anstatt dass eine Partei eine Wahl gewinnt und alle Kabinettsposten erhält, nutzt die Schweiz eine „Zauberformel“, nach der die sieben Sitze des Bundesrates unter den größten Parteien aufgeteilt werden. Das politische Spektrum kann sehr breit sein.
- Die „**Referendumsdrohung**“ : Da jedes Gesetz durch ein optionales Referendum vom Volk angefochten werden kann, ist die Regierung gezwungen, während der Entwurfsphase einen „Supermehrheits“-Konsens zu erzielen, um sicherzustellen, dass das Gesetz später nicht von den Wählern gekippt wird.
- **Verhältnismahlrecht** : Die Sitze im Parlament werden nach dem prozentualen Stimmenanteil verteilt, um sicherzustellen, dass auch kleine Parteien Gehör finden.

2. Mehrheitsdemokratie (Das „Konfliktmodell“)

- Viele andere repräsentative Demokratien folgen dem **Westminster-Modell (britisches Modell)**. Diese werden oft als „Konfliktdemokratien“ oder

„adversarische Demokratien“ bezeichnet, da sie auf der Idee eines klaren Wettbewerbs zwischen Regierung und Opposition beruhen.

- **Top-down-Demokratie** : Da die meisten Kompetenzen auf höchster Ebene festgelegt werden, ist der Feedback-Kreislauf viel länger, wobei die Medien als Vermittler fungieren, insbesondere bei leichter zugänglichen Themen.
- **Alles-oder-nichts-Prinzip** : In vielen dieser Systeme (wie in den USA oder Großbritannien) gewinnt die Partei, die in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, den Sitz, und die Partei mit den meisten Sitzen übernimmt 100 % der Exekutivgewalt.
- **Klares Mandat** : Ziel ist nicht Konsens, sondern Effektivität und Verantwortlichkeit. Die siegreiche Partei hat das Mandat, ihr Programm umzusetzen, während die unterlegene Partei (die Opposition) sie kritisiert und sich darauf vorbereitet, sie bei der nächsten Wahl zu ersetzen. Leider entspricht das, wofür sich die siegreichen Parteien entscheiden, oft nicht dem, was sie in ihr Wahlprogramm aufgenommen haben.
- **Zweiparteiensystem** : Diese Systeme neigen dazu, sich auf natürliche Weise in Richtung zweier großer Parteien zu entwickeln, die um die Mitte "kämpfen", was zu einem konfliktreichen politischen Stil führt.

Vergleich: Konsens vs. Mehrheitsentscheidung

Besonderheit	Konsens (Schweiz)	Mehrheitsprinzip (GB / USA)
Wer regiert?	So viele Menschen wie möglich.	Eine knappe Mehrheit (51%).
Führungskraft	Machtteilung (Große Koalition).	Konzentration (Einparteienkabinett).
Legislative	Ausgewogenes Zweikammersystem (gleichstarke Häuser).	Asymmetrisch oder unikameral (ein Haus dominiert).
Wahlsystem	Verhältnisswahl	Mehrheitswahlrecht (Mehrheitswahlrecht).
Primärwert	Inklusivität und Stabilität.	Effizienz und Verantwortlichkeit.

Wichtiger Aspekt: Ist es „konfliktfrei“?

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Schweizer Demokratie nicht in dem Sinne „friedlich“ ist, dass alle einer Meinung sind. Der **Konflikt entsteht vielmehr vor der Verabschiedung des Gesetzes**. In einer „Konfliktdemokratie“ wird das Gesetz von der Mehrheit verabschiedet, der **Konflikt selbst findet aber erst danach** auf der Straße oder bei der nächsten Wahl statt.

In der Schweiz ist der „Konflikt“ im Verhandlungsprozess angelegt. Können die Parteien keine Einigung erzielen, scheitert das Gesetz entweder oder wird vom Volk abgelehnt.

Referenzen

1. McGann, A. J. & Latner, M. (2006). Konsens ohne Vetospieler: Eine Überprüfung von Theorien der Konsensdemokratie. *UC Irvine: Center for the Study of Democracy*. Abgerufen von <https://escholarship.org/uc/item/8t94h85v>
2. Bogaards, Matthijs. (2017). Vergleichende politische Regime: Konsens und Mehrheitsdemokratie. *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. 10.1093/acrefore/9780190228637.013.65.
3. <https://www.swissinfo.ch/eng/swiss-politics/the-swiss-political-system/45810052>

3.2 Charakteristische Merkmale der Schweizer Art

Das Schweizer System vermeidet die üblichen Frustrationen der Demokratie:

1. Die „offene“ Liste: Wähler, nicht Parteien, wählen die Kandidaten.

In vielen Ländern bestimmen die Parteien die Rangfolge der Kandidaten. Wer auf Platz 1 der Parteiliste steht, hat einen garantierten Sitz. In der Schweiz hingegen haben die Wähler die Möglichkeit, Kandidaten abzulehnen oder zu befördern.

- **Kumulation:** Sie können einen Kandidaten Ihrer Wahl auswählen und seinen Namen zweimal auf Ihren Stimmzettel schreiben, um ihm doppeltes Gewicht zu verleihen.
- **Panachage** : Sie können einen Kandidaten einer anderen Partei nehmen und ihn auf die Liste Ihrer bevorzugten Partei setzen.
- **Durchstreichen** : Sie können den Namen eines Kandidaten buchstäblich von der Liste streichen, wenn er Ihnen nicht gefällt.

Aus diesem Grund sind Schweizer Abgeordnete oft stärker ihren Wählern vor Ort als ihren Parteichefs auf Bundesebene verpflichtet. Ignoriert ein Abgeordneter seine Wähler, um der Parteilinie zu folgen, riskiert er, bei der nächsten Wahl nicht mehr berücksichtigt zu werden.

2. Geringe Parteidisziplin

Da Schweizer Abgeordnete oft nebenberuflich tätig sind (die meisten sind nur Teilzeitpolitiker und üben normale Berufe als Anwälte, Landwirte oder Lehrer aus) und da sie namentlich gewählt werden, ist die Parteidisziplin bemerkenswert niedrig.

- Es kommt sehr häufig vor, dass Mitglieder derselben Partei im Parlament gegeneinander stimmen.
- Es gibt kein „Whip“-System wie in Großbritannien, wo man für das Stimmen gegen die Partei bestraft wird.
- Abgeordnete stellen oft ihren Kanton (ihr Bundesland) über ihre Partei. Ein Sozialdemokrat aus einem Bergkanton stimmt möglicherweise bei einem Landwirtschaftsgesetz mit den Konservativen, weil es seinen Nachbarn hilft.

3. „Verhandlungen im Schatten des Referendums“

Der größte Unterschied liegt in dem, was geschieht, bevor ein Gesetz überhaupt fertiggestellt ist. In anderen Ländern verfasst die Mehrheit das Gesetz, und die Minderheit protestiert, oft mit geringem Erfolg, selbst wenn das Gesetz rechtlich fragwürdig und opportunistisch ist. In der Schweiz wissen die Parteien, dass eine bedeutende Gruppe ein Referendum anstoßen wird, wenn sie ignoriert wird.

Damit beginnt die **Vernehmungsphase**. Die Regierung übermittelt einen Gesetzesentwurf an alle Parteien, Gewerkschaften und sogar Nichtregierungsorganisationen. Dies ist von großer Bedeutung, da es eine öffentliche Diskussionsphase ermöglicht, in der der Vorschlag eingehend geprüft werden kann.

Sie fragen: „Was müsste geschehen, damit Sie kein Referendum dagegen starten?“

Das endgültige Gesetz ist meist ein weniger radikaler Kompromiss, der zwar niemandem uneingeschränkt gefällt, mit dem aber alle leben können. Dadurch verringert sich zwangsläufig auch die Anzahl der Gesetze und Verordnungen.

4. Die Realität von 2025: Stabilität vor Mehrheit

Selbst jetzt, im Dezember 2025, sehen wir dies in der Praxis. Nach den Wahlen 2023 und den jüngsten Vakanzen hat das Parlament Martin Pfister in den Bundesrat gewählt, um ein ausscheidendes Mitglied zu ersetzen.

Obwohl die Grünen an Popularität gewonnen haben und die SVP (Rechts) in Umfragen Rekordwerte (über 30 %) erzielt, hat sich das Parlament entschieden, an der „Zauberformel“ festzuhalten.

Sie wählten einen Kandidaten der politischen Mitte, um das Gleichgewicht zu wahren, anstatt die stärkste Partei die Macht übernehmen zu lassen oder eine kleinere Regierungspartei auszuschließen. Es ist der ultimative Ansatz nach dem Motto „Sicherheit geht vor“.

Zusammenfassung der Unterschiede

Besonderheit	Typische repräsentative Demokratie	Schweizer Direkte Demokratie
Der Gewinner erhält alles?	Ja (51 % bestimmen 100 %)	NEIN (Eine Konsensquote von 80 % ist das Ziel)
Wer wählt die Minister aus?	Der Premierminister / die Partei	Das Parlament (oft parteiübergreifend)
Parteidisziplin	Hoch (Stimmen Sie wie angewiesen ab)	Niedrig (Stimme für deinen Kanton/dein Gewissen ab)
Rolle der Minderheit	Sich dagegen stellen und die nächste Wahl abwarten.	An Volksabstimmungen teilnehmen und mit ihnen drohen

3.3 Weniger ist mehr, aber es braucht mehr Zeit und Überlegung.

In der EU und anderen repräsentativen Systemen kann der Top **-down** -Ansatz zu einer schleichenden **Ausweitung der Regulierung führen, wie** Kritiker es nennen. In der Schweiz wirkt der Bottom-up-Druck der direkten Demokratie als natürlicher Filter.

Wie bereits erläutert, tauscht das Schweizer System Geschwindigkeit und eine „visionäre“ Führung gegen langfristige Stabilität und die Zustimmung der Öffentlichkeit ein, selbst wenn dies zu mehr Kompromissen führt.

Man kann sich fragen, ob das Schweizer System langsamer auf wichtige und plötzliche Krisenereignisse, geopolitische Entwicklungen oder rasche wirtschaftliche Veränderungen reagiert. Dies berührt den Kern des „**Schweizer Paradoxons**“. Während viele moderne Demokratien Tausende von Gesetzen schnell verabschieden (was dann weitere Gesetze zur Fehlerbehebung erfordert), ist das Schweizer System bewusst auf Langsamkeit ausgelegt, und genau diese Langsamkeit verhindert oft eine Überregulierung.

1. Das Referendum als „regulierende Bremse“

In den meisten Ländern fürchtet die Regierung am meisten, die nächste Wahl zu verlieren. In der Schweiz fürchtet die Regierung am meisten das optionale Referendum.

- Da jedes Gesetz von 50.000 Bürgern angefochten werden kann, ist die Regierung gezwungen, bei ihrer Gesetzgebung „sparsam“ vorzugehen.
- Sie schlagen selten Gesetze vor, die rein symbolisch oder übermäßig interventionistisch sind, weil sie wissen, dass diese die einfachsten Ziele für ein Referendum darstellen.

Ergebnis: Während die EU in einem Fünfjahreszyklus über 10.000 Gesetze erlässt, produziert das Schweizer Parlament weitaus weniger, und diejenigen, die in Kraft treten, sind in der Regel diejenigen mit breiter, im Vorfeld ausgehandelter Unterstützung.

2. Die vorparlamentarische Qualitätskontrolle

- Bevor ein Gesetz überhaupt das Schweizer Parlament erreicht, durchläuft es die Vernehmlassung .
- Die Regierung sendet den Entwurf an die Kantone, Parteien und Wirtschaftsverbände (wie Economiesuisse).
- Wenn die Unternehmen sagen „das ist zu teuer/zu detailliert“ oder die Kantone sagen „das ist unmöglich umzusetzen“, wird das Gesetz oft sofort verworfen oder vereinfacht.
- In der EU erfolgt diese Art von Rückmeldung von Interessengruppen oft erst, nachdem eine Richtlinie in Brüssel entworfen wurde, wodurch sie den Mitgliedstaaten als „aufgezwungen“ erscheint. Selbst wenn sie dann unter dem Druck der Umstände abgeschwächt wird, hat sie doch eher symbolischen Charakter.

3. Subsidiarität von unten nach oben: „Klein ist schön“

Die Schweizer folgen einem strikten Subsidiaritätsprinzip: Nichts sollte auf Bundesebene entschieden werden, wenn es vom Kanton entschieden werden kann, und nichts vom Kanton, wenn es die Gemeinde (das Dorf) tun kann.

- Dadurch bleibt die Regulierung „bodenständig“. Ein Gesetz über lokale Bauzonen oder Schulzeiten wird von Menschen entschieden, die mit den Folgen leben müssen.
- Im Gegensatz dazu hat die EU oft mit „Einheitsregeln“ zu kämpfen, die in Berlin vielleicht sinnvoll sind, aber in einem kleinen Dorf in Griechenland oder Portugal als „Einmischung“ gelten.

4. Direkte Demokratie und Wohlstand

Es gibt starke ökonomische Argumente dafür, dass direkte Demokratie den Wohlstand steigert, indem sie langfristige Stabilität gewährleistet.

- **Fiskalische Verantwortung** : In vielen Schweizer Kantonen finden Haushaltsreferenden statt, bei denen die Bevölkerung jeder größeren Ausgabe oder Steuererhöhung zustimmen muss. Deshalb hat die Schweiz eine der niedrigsten Schuldenquoten im Verhältnis zum BIP in der entwickelten Welt.

Vertrauen : Unternehmen in der Schweiz wissen, dass sich die Spielregeln nach einer Wahl nicht über Nacht ändern. Da Änderungen einen Konsens oder eine Volksabstimmung erfordern, ist das rechtliche Umfeld äußerst berechenbar.

Vergleich: Schweiz vs. Europäische Union

Besonderheit	Schweizer „Semi-Direct“-Modell	Typisches EU-/Repräsentatives Modell
Ursprung der Gesetze	Bottom-up (konsensbasiert)	Top-down (direktiv gesteuert)
Vetorecht	Die Bürger (Referendum)	Die Gerichte / Zukünftige Regierungen
Regulierungsstil	Minimalistisch (um ein Veto zu vermeiden)	Umfassend (um alle Aspekte abzudecken)
Bürgerbewusstst ein	Hoch (aufgrund von 4 Wahlsonntagen pro Jahr)	Mittel/Niedrig (Gesetze sind oft in Paketen "versteckt")

3.4 Der Kompromiss:

Das Schweizer System kann unglaublich langsam sein. Es dauerte Jahrzehnte, bis Frauen das Wahlrecht erhielten (1971), da die Männer dafür stimmen mussten und ein konservativer Kanton sich dagegen aussprach. Selbst eine einfache Steuerreform braucht Jahre, um verabschiedet zu werden. Doch sobald das Gesetz in Kraft ist, genießt es eine Legitimität von 80 Prozent, wohingegen EU-Gesetze oft mit Umsetzungsproblemen zu kämpfen haben, weil die lokale Bevölkerung nie das Gefühl hatte, mitbestimmen zu können.

Die vermeintliche „Langsamkeit“ des Schweizer Systems ist sein größter Wettbewerbsvorteil in einer schnelllebigen globalen Wirtschaft. Die Spannungen zwischen der Schweiz und der EU im Jahr 2025 liefern ein perfektes Fallbeispiel dafür, wie direkte Demokratie als „zweites Parlament“ fungiert, das internationale Verhandlungsführer respektieren müssen.

Während die EU umfassende, von oben verordnete Verträge bevorzugt, verlangt das Schweizer System, dass jedes Detail im Inland „abstimmungssicher“ ist. Dies zeigt sich in der Art und Weise, wie die Verhandlungen mit der EU geführt werden.

1. Das „Verhandlungsdilemma“

Wenn Schweizer Diplomaten in Brüssel verhandeln, stehen sie vor einem besonderen Handicap: Sie können nichts wirklich versprechen. Sie verhandeln „im Schatten des Referendums“.

- **Das „Bilateral III“-Paket (2025)** : Ende 2025 hat die Schweizer Regierung (Bundesrat) ein umfangreiches neues „Paket“ von Abkommen in den Bereichen Elektrizität, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit abgeschlossen.
- **Die Einschränkung** : Die Verhandlungsführer mussten auf „Schutzklauseln“ (wie eine „Handbremse“ für die Einwanderung) bestehen, nicht weil sie diese unbedingt wollten, sondern weil sie wussten, dass die Schweizerische Volkspartei (SVP) ohne diese Klauseln ein Referendum zur Aufhebung des gesamten Abkommens leicht gewinnen würde.

2. Obligatorische vs. freiwillige Volksabstimmungen

Die Schweiz teilt internationale Verträge für die Regierung in zwei „Gefahrenzonen“ ein:

Das obligatorische Referendum : Will die Schweiz einer supranationalen Organisation (wie der EU oder der NATO) beitreten, ist laut Gesetz eine Volksabstimmung erforderlich. Dafür ist eine doppelte Mehrheit nötig (Mehrheit der Bevölkerung UND Mehrheit der 26 Kantone). Diese Hürde ist extrem hoch und verhinderte 1992 den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Das optionale Referendum : Die meisten anderen Verträge (wie das Bilaterale Abkommen III von 2025) unterliegen einem optionalen Referendum. Unterzeichnen 50.000 Menschen innerhalb von 100 Tagen eine Petition, wird über den Vertrag abgestimmt. Da die EU ein so sensibles Thema ist, wird fast jeder wichtige Vertrag mit Brüssel letztendlich per Volksentscheid geprüft.

3. Die „Guillotine-Klausel“

Die EU, frustriert über diesen „Auswahlprozess“, schuf eine rechtliche Gegenmaßnahme, die sogenannte Guillotine-Klausel.

Wenn die Schweizer Wähler in einer Volksabstimmung nur ein bestimmtes Abkommen aufkündigen (zum Beispiel die Freizügigkeit von Personen), bricht automatisch das gesamte Handelsabkommen mit der EU zusammen.

Das Ergebnis: Dies zwingt die Schweizer Wähler zur „Rationalität“. Sie mögen zwar einen Teil des Abkommens ablehnen, müssen aber entscheiden, ob sie ihn so sehr ablehnen, dass sie die gesamte Wirtschaftsbeziehung des Landes zu seinem größten Handelspartner zerstören wollen.

4. Direkte Demokratie als „Schutzschild“

Die Schweizer Regierung nutzt ihre Bürger oft als Druckmittel. In den Jahren 2024 und 2025 sagten die Schweizer Verhandlungsführer der EU sinngemäß: *„Wir würden Ihren Bedingungen zum Lohnschutz sehr gerne zustimmen, aber wenn wir das tun, wird unser Volk in der Volksabstimmung mit ‚Nein‘ stimmen, und wir werden beide alles verlieren. Sie müssen uns ein besseres Angebot machen.“*

Das macht die Schweiz zu einem sehr „schwierigen“ Partner für die EU, stellt aber sicher, dass alles, was letztendlich unterzeichnet wird, die ausdrückliche Zustimmung der Bevölkerung hat.

Vergleich: Souveränität in der Praxis

Der "EU-Weg"	Die „Schweizer Art“
--------------	---------------------

Integration : Länder übertragen Macht nach Brüssel, um Effizienzgewinne zu erzielen.	Bilateralismus : Die Schweiz behält ihre Macht, verhandelt aber über den „Zugang“ zum Markt.
Richtlinien : Brüssel verabschiedet ein Gesetz; die Mitgliedstaaten müssen es umsetzen.	Dynamische Übernahme : Die Schweiz erklärt sich bereit, Änderungen des EU-Rechts zu prüfen, behält sich aber das Recht auf ein Referendum vor.
Stabilität : Gesetze lassen sich nur schwer ändern, sobald sie von 27 Nationen vereinbart wurden.	Legitimität : Gesetze sind nur dann stabil, wenn die Schweizer Öffentlichkeit sie weiterhin unterstützt.

Der Status 2025

Mit Blick auf Ende 2025 hat die Schweizer Regierung das „Bilateral III“-Paket in die finale Konsultationsphase überführt. Die SVP bezeichnete es bereits als „Kolonialvertrag“, während FDP und Sozialdemokraten es als „einzigen Weg zum Erhalt des Wohlstands“ propagieren.

Die endgültige Entscheidung an der Wahlurne wird voraussichtlich im Jahr 2026 fallen. Das bedeutet, dass jeder Schweizer Haushalt über die technischen Details der Stromnetze und die Standards im Gesundheitswesen diskutieren wird – ein Maß an bürgerschaftlichem Engagement, das in der EU fast nie zu beobachten war.

3.5 Die doppelte Mehrheit

Die Doppelmehrheit (**Ständemehr**) ist der „ **ultimative Sicherheitsmechanismus** “ des schweizerischen Föderalsystems. Sie stellt sicher, dass die großen, urbanen Kantone (wie Zürich oder Genf) die kleinen, ländlichen und konservativen Bergkantone (wie Uri oder Appenzell) nicht einfach überrollen können. Sie ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Schweiz trotz ihrer Vielfalt an Sprachen und Religionen – vier Sprachen und zwei Hauptreligionen – ein stabiles Land bleibt.

1. So funktioniert es

Damit eine Abstimmung die doppelte Mehrheit erreicht, muss sie in zwei separaten Abstimmungen gewinnen:

- Die Volksmehrheit: Mehr als 50 % aller Wahlberechtigten in der Schweiz müssen mit „Ja“ stimmen.
- Kantonale Mehrheit: Eine Mehrheit der 26 Kantone muss mit „Ja“ stimmen.

Die Berechnung:

Zur Ermittlung der „kantonalen Mehrheit“ wird jeder Kanton wie eine Mini-Wahl behandelt.

- Wenn 51 % der Menschen im Kanton Uri mit „Ja“ stimmen, gibt Uri eine volle „Ja“-Stimme an die nationale Auszählung ab.
- Wenn 80 % der Bevölkerung im Kanton Zürich mit „Ja“ stimmen, gibt es in Zürich ebenfalls nur eine einzige „Ja“-Stimme.

Es gibt insgesamt 23 „Stimmen“ (20 volle Kantone und 3 „halbe Kantone“, die jeweils 0,5 Stimmen erhalten). Um zu gewinnen, benötigt man mindestens 12 „Ja“-Stimmen aus den Kantonen.

2. Wann ist es erforderlich?

Nicht jede Abstimmung muss so hohe Anforderungen erfüllen. Sie sind den „großen Dingen“ vorbehalten:

- Verfassungsänderungen: Jede Änderung der Schweizer Verfassung (einschließlich aller Volksinitiativen).
- Beitritt zu supranationalen Organisationen: Sollte die Schweiz jemals für einen Beitritt zur EU oder zur NATO stimmen, wäre eine doppelte Mehrheit erforderlich.
- Dringende Bundesgesetze: Gesetze, die vom Parlament als „dringend“ verabschiedet werden und keine verfassungsrechtliche Grundlage haben.
- Im Gegensatz dazu benötigen fakultative Referenden (die ein vom Parlament verabschiedetes normales Gesetz in Frage stellen) lediglich eine einfache Volksmehrheit.

3. Die „Kollision“ von 2025

Dieses System führt oft zu einer Situation, in der das Volk „Ja“ sagt, die Kantone aber „Nein“. * In diesen Fällen versagt das Gesetz.

Damit hat ein Wähler im winzigen Kanton Appenzell Innerrhoden (16.000 Einwohner) bei der kantonalen Auszählung etwa 30 bis 40 Mal mehr Macht als ein Wähler in Zürich (1,5 Millionen Einwohner).

Das Argument dafür	Das Argument dagegen
Schützt Minderheiten : Verhindert, dass städtische Zentren den Landwirten auf dem Land einen „Lebensstil“ oder hohe Steuern auferlegen.	Antidemokratisch : Eine kleine Minderheit der Bevölkerung (etwa 9-15 %) kann ein Gesetz blockieren, das von den übrigen 85 % unterstützt wird.
Föderales Gleichgewicht : Hält die 26 Kantone als „souveräne“ Partner und nicht bloß als Verwaltungsbezirke vereint.	Fortschrittskiller : Es erschwert die Verabschiedung fortschrittlicher Veränderungen (wie Umweltgesetze oder Sozialreformen), da ländliche Kantone tendenziell konservativer sind.
Stabilität : Veränderungen geschehen nur dann, wenn es eine wirkliche nationale Zustimmung über geografische und sprachliche Grenzen hinweg gibt.	Städtische Frustration : Führt zu Ressentiments in Städten wie Basel oder Zürich, wo die Bewohner das Gefühl haben, ihre „Ja“-Stimmen würden von den „Bergbewohnern“ ignoriert.

4. Auswirkungen in der Praxis: Die EWR-Abstimmung von 1992

Das bekannteste Beispiel für die Anwendung dieses Systems war die Abstimmung von 1992 über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Das Ergebnis war unglaublich knapp: 50,3 % „Nein“ gegenüber 49,7 % „Ja“.

Bei der kantonalen Auszählung war das Ergebnis jedoch eindeutig: 18 Kantone stimmten mit „Nein“, nur 8 mit „Ja“.

Der französischsprachige Teil der Schweiz stimmte mit überwältigender Mehrheit mit „Ja“, während die deutschsprachigen ländlichen Gebiete mit „Nein“ stimmten. Ohne die doppelte Mehrheit wäre das Land möglicherweise auseinandergebrochen; deshalb wurde das „Nein“ als ein entscheidender Sieg der Föderalisten gewertet.

Zusammenfassung des schweizerischen Vetorechts

Das Schweizer System ist darauf ausgelegt, den Status quo gegenüber radikalen Veränderungen zu bevorzugen. Wer in der Schweiz die Regeln ändern will, muss nicht nur die Mehrheit überzeugen, sondern auch die einzelnen Viertel.

3.6 Kantonale Unterschiede in Demokratie, Wirtschaftsleistung und Steuersätzen

Obwohl alle 26 Schweizer Kantone semidirekte Demokratien sind, unterscheiden sie sich deutlich. Die Schweiz ist ein „**Labor des Föderalismus**“, in dem die Verfassung jedes Kantons dessen einzigartige Geschichte, Sprache und wirtschaftliche Prioritäten widerspiegelt. Während dies in vielen Ländern zu Reibungen führt, ist Vielfalt in der Schweiz Teil des Systems. Das macht das Schweizer System umso einzigartiger.

Variationen der kantonalen Demokratie

Die „Stärke“ der Demokratie in einem Kanton wird typischerweise an der Zugänglichkeit ihrer Instrumente gemessen.

- **Unterschriftenschwellen** : Im Kanton Glarus kann ein einzelner Bürger ein Anliegen in die Landsgemeinde einbringen . Im Gegensatz dazu benötigen größere Kantone wie Zürich oder Bern Tausende von Unterschriften, wodurch das „Volksveto“ schwerer durchzusetzen ist.
- **Finanzreferenden** : Dies ist der entscheidendste Unterschied. Einige Kantone (wie Aargau oder Schwyz) haben obligatorische Finanzreferenden, d. h. die Bevölkerung muss über jede Staatsausgabe ab einem bestimmten Betrag (z. B. 25 Millionen CHF) abstimmen.¹ Andere Kantone kennen nur optionale Referenden, bei denen die Bürger aktiv Unterschriften sammeln müssen, um ein Projekt zu stoppen.
- **Einzelanträge** : Einige **Kantone** erlauben eine „Einzelinitiative“, während andere eine Gruppe von Bürgern erfordern.

2. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Besteuerung

Es besteht ein nachgewiesener Zusammenhang zwischen starker direkter Demokratie und Haushaltsdisziplin.

- **Steuerwettbewerb** : Da Kantone und Gemeinden die Befugnis haben, ihre eigenen Steuersätze festzulegen, konkurrieren sie um die Anwerbung von Einwohnern und Unternehmen.
- **Der „Veto“-Effekt** : In Kantonen mit obligatorischen Finanzreferenden sind die Steuern tendenziell niedriger. Warum? Weil Politiker wissen, dass die Bevölkerung bei Steuererhöhungen zur Finanzierung verschwenderischer Projekte einfach mit „Nein“ stimmen wird.
- **Wirtschaftliche Freiheit** : Die deutschsprachigen Kantone (Zentralschweiz) priorisieren im Allgemeinen die wirtschaftliche Freiheit (niedrige Steuern, weniger Regulierungen), während die französischsprachigen Kantone (Romandie) oft die soziale Freiheit priorisieren (höhere öffentliche Dienstleistungen, höhere Sozialausgaben).

3. Vergleichstabelle: Demokratie, Steuern und Wirtschaft (Daten von 2025)

Die folgenden Daten spiegeln die Rangliste des Avenir Suisse Freedom Index 2025 und aktuelle Steuerberichte wider.

Kanton	Demokratiestil	Höchstes Einkommensteuer (2025)	Unternehmenssteuer (2025)	Wirtschaftliche Leistung
Zug (ZG)	Sehr liberal / Niedrige Schwelle	22,2 %	11,85 %	Top Tier: Globales Krypto-/Finanzzentrum.
Schwyz (SZ)	Direkt / Niedrige Schwelle	23,6 %	13,45 %	Stark: Wohngebiet für wohlhabende Familien.
Aargau (AG)	Höchster Freiheitsindex	32,8 %	15,03 %	Ausgewogen: Industrie und Hochtechnologie.
Zürich (ZH)	Hohe Schwelle (repräsentativ)	39,7 %	19,59 %	Finanzmotor: Groß, aber kostenintensiv.
Bern (BE)	Zentralisiert / Repräsentant	41,1 %	20,54 %	Stabil: Starker Fokus auf den öffentlichen Sektor.
Genf (GE)	Sozialorientiert	43,2 %	14,70 %	Internationaler Hub: Sehr hohe Service- und Steuerkosten.

4. Die Auswirkungen der direkten Demokratie auf die Gemeinde

In vielen kleineren Gemeinden ersetzt die Gemeindeversammlung das Parlament.

- Direkte Kontrolle: Die Einwohner stimmen direkt über den lokalen Steuermultiplikator (Steuerfuß) ab.
- Effizienz: Untersuchungen zeigen, dass Gemeinden mit Bürgerversammlungen pro Kopf etwa 10 % weniger ausgeben als solche mit repräsentativen Gemeinderäten, da der direkte Zusammenhang zwischen „Zahlen“ und „Ausgeben“ hier am deutlichsten sichtbar ist.

5. Referenzen:

- Avenir Suisse (2025): Freiheitsindex 2025. Dies ist der Goldstandard für den Vergleich der kantonalen wirtschaftlichen und sozialen Freiheiten.
- PwC Schweiz (2025): Internationaler Steuervergleich. Enthält die Rohdaten für die kantonalen und Hauptstadtsteuersätze von 2025.

- Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) (2024): Nationale und kantonale Volksabstimmungen im Vergleich. Analysiert, wie sich verschiedene „Demokratie-Toolboxen“ auf politische Ergebnisse auswirken.
- Feld & Schaltegger (Aktualisierung 2025): Der Einfluss direkter Demokratie auf Höhe und Struktur lokaler Steuern. Eine wissenschaftliche Studie, die den dämpfenden Einfluss von Volksabstimmungen auf die Steuersätze belegt.

3.7 Abschluss

Wichtigste Vergleichsübersicht

Besonderheit	Schweiz (Konsens)	Mehrheitsprinzip (Konflikt)
Reformtempo	Langsam, aber stetig. Gesetze brauchen Jahre, um verabschiedet zu werden, werden aber selten aufgehoben.	Schnell, aber fragil. Gesetze werden schnell verabschiedet, können aber nach einer Wahl wieder aufgehoben werden.
Behandlung von Minderheiten	Es muss eine Konsultation stattfinden, um ein Referendum zu verhindern.	Kann ignoriert werden, wenn die Mehrheit über genügend Stimmen verfügt.
Hauptarena	Der Verhandlungstisch (Vorparlamentarische Phase).	Das Fernsehstudio / Straße (Nachgesetzliche Phase).
Ziel	Den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ finden.	Umsetzung eines „klaren Mandats“.

Ist es "besser"?

Lijpharts Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Konsensdemokratien (Schweiz, Belgien, Dänemark) im Allgemeinen bei Folgendem besser abschneiden:

- **Höhere langfristige Stabilität** , die sowohl für die Wirtschaft als auch für das soziale Wohlergehen wichtig ist.
- **Vertretung von Frauen und Minderheiten** .
- **Verhinderung von Unruhen** (Konflikte werden durch Wahlen und nicht auf der Straße gelöst).
- **Wettbewerbsfähigere Wirtschaft und niedrigere Steuersätze** . Dies zeigt sich auch im Vergleich der demokratischen Unterschiede zwischen den Schweizer Kanonikern.

Der „Preis“ dieses Modells ist jedoch die Langsamkeit. Die Schweiz brauchte bis 1971, um Frauen das Wahlrecht auf Bundesebene zu gewähren, da erst ein Konsens unter den männlichen Wählern erzielt werden musste.

4 Ein politischer Vergleich zwischen der Schweiz und Belgien



Obwohl www.Schuman2030.eu eine nächste Reform der Europäischen Union anstrebt, ist es interessant, die Schweiz mit einem europäischen Land ähnlicher Größe zu vergleichen. Wir wählen Belgien, das Land, in dem das Europäische Parlament und die Europäische Kommission ihren Sitz haben.

Es gibt viele Parallelen zwischen der Schweiz und Belgien. Beide sind kleine Länder mit einer kleinen, sprachlich und kulturell vielfältigen Bevölkerung. Während die Schweiz 26 Kantone hat, gliedert sich Belgien in 10 Provinzen und 3 Kulturregionen. Obwohl beide Länder Konsensdemokratien sind, die auf die Verwaltung vielfältiger Bevölkerungen ausgelegt sind, sind sie grundlegend gegensätzlich strukturiert. Dies führt zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen, insbesondere auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene.

Notiz Das Kapitel tut nicht enthalten A vollständig Analyse. Das Ist Die Thema von später Veröffentlichungen.

4.1 Bottom-up vs. Top-down

Belgien ist durch eine „**Blockade**“-**Situation** gekennzeichnet, die auf aufeinanderfolgende Reformen zurückzuführen ist, welche die Zuständigkeiten teilweise auf die verschiedenen Regionen dezentralisiert haben.

Die Bundesregierung spielt nach wie vor die dominierende Rolle und leitet die Steuereinnahmen an die Regionen weiter. Die Schweiz verfolgt ein „**Bottom-up**“-Modell, was einen wichtigen strukturellen Unterschied verdeutlicht: Belgien ist ein

zentrifugaler Bundesstaat (die Strukturen entfernen sich voneinander), während die Schweiz ein **aggregativer Bundesstaat ist** (die Strukturen zusammenhalten).

1. Das Parteiproblem: Wer ist der „Boss“?

In Belgien verfügen die Parteivorsitzenden über immense Macht. Sie verhandeln Staatsreformen und Haushaltspläne oft hinter verschlossenen Türen. Von den Abgeordneten wird erwartet, dass sie der Parteilinie folgen, um die fragile Koalition zu erhalten. Andersdenkende werden hart verfolgt.

- **In Belgien** : Die Macht fließt von den Parteien über eine Koalitionsregierung und das Parlament zu den Bürgern (obwohl diese nach den Wahlen nur sehr wenig Einfluss haben).
- **In der Schweiz** : Die Macht fließt von den Bürgern über das Parlament zu den Parteien. Die Bürger können jederzeit per Volksabstimmung eingreifen.

Da jeder Bürger eine Volksabstimmung anstoßen kann, kann ein Schweizer Parteivorsitzender kein Abkommen „diktieren“, das die Öffentlichkeit nicht akzeptiert. Sollte er es versuchen, wird das Volk es einfach an der Wahlurne ablehnen.

2. Sprachliche Barrieren vs. Querschnittskonflikte

Eine der radikalsten Ideen für Belgien ist die Nutzung der direkten Demokratie als Brücke.

- **Das belgische „Silo“** : Derzeit können flämische Wähler nur flämische Parteien wählen, und Wallonen nur französischsprachige Parteien. Es gibt keinen gemeinsamen politischen Raum.
- **Der Schweizer „Mix“** : In der Schweiz stimmen ein Bauer im französischsprachigen Waadt und ein Bauer im deutschsprachigen Bern bei Agrarsubventionen oft gleich ab. Ein Liberaler in Zürich und ein Liberaler in Genf stimmen bei der Unternehmenssteuer gleich ab.

Ein Gedankengang für Belgien : Wenn die Belgier über Sachfragen (z. B. „Sollen wir die Kernenergie ausbauen?“ oder „Sollen wir die Renten reformieren?“) statt über Politiker (d. h. Parteien) abstimmen könnten, würde die Sprachgrenze möglicherweise verschwinden. Man könnte feststellen, dass ein Arbeiter in Lüttich und ein Arbeiter in Antwerpen mehr Gemeinsamkeiten haben als mit ihren jeweiligen Parteieliten.

3. Provinzen als Kantone: Ein Weg zur Einfachheit?

Manche Reformer nennen dies „Provinzieller Föderalismus“:

Aktuelles belgisches Modell (Regionen/Gemeinden)	Belgisches Provinzmodell im „Schweizer Stil“
Überschneidende Kompetenzen: In Belgien gibt es eine flämische Regierung, eine wallonische Regierung, eine Brüsseler Regierung und französisch-flämische Gemeinschaften, die alle um dasselbe Territorium streiten.	Klare Territorialität: Die Provinz (der Kanton) besitzt die Souveränität über ihre Schulen, die Polizei und die Steuern. Es gibt keine sich überschneidenden „Gemeinschaftsregierungen“.
Bipolare Spannungen: Es heißt immer „Nord gegen Süd“, obwohl sich die	Multipolares Gleichgewicht: Mit zehn Provinzen, die als Kantone fungieren,

Spannungen landesweit nun in Richtung Links/Rechts verschieben.	würden sich die Allianzen verschieben. Westflandern könnte sich in einer Frage mit Lüttich verbünden, Limburg in einer anderen mit Luxemburg.
Top-Down-Reformen: Staatsreformen werden alle 10 Jahre von Eliten ausgehandelt.	Evolution von unten nach oben: Die Provinzen können experimentieren. Wenn ein „Kanton von Namur“ einen großartigen Weg findet, neue Technologieunternehmen zu beschleunigen, können andere Provinzen ihn kopieren.

4. Das „Tabu“ des Referendums in Belgien

Trotz dieser Vorteile besteht in Belgien ein historisches "Trauma" in Bezug auf Volksabstimmungen.

- Die „Königsfrage“ von 1950: In Belgien fand ein Referendum über die Rückkehr von König Leopold III. statt. Das Land spaltete sich entlang der Sprachgrenzen (Flandern stimmte mit „Ja“, Wallonien mit „Nein“), was zu Unruhen und beinahe zu einem Bürgerkrieg führte.
- Seitdem betrachten belgische Politiker Referenden als „Sprengstoffe“, die die nationale Einheit gefährden. Die Schweizer hingegen argumentieren, Referenden seien „Sicherheitsventile“, da sie den Menschen ermöglichten, ihren Frust durch eine Abstimmung statt durch Streiks oder Proteste auszudrücken.

4.2 Sind Sprachgrenzen die richtige Lösung?

In Belgien wird die Sprachgrenze oft als unüberwindbare Barriere betrachtet. Dies spiegelt die Geschichte wider, aber auch die Tatsache, dass Grenzen Unterschiede in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen widerspiegeln. Belgien war ursprünglich ein Einheitsstaat, doch in den letzten 50 Jahren wurde das Land entlang sprachlicher Grenzen, hauptsächlich Französisch und Flämisch, in vier Regionen aufgeteilt. Brüssel stellt einen Sonderfall dar. Obwohl offiziell zweisprachig, ist die Stadt heute immer noch überwiegend französischsprachig, doch ihre internationale Bevölkerung spricht rund 150 Sprachen. Die Regierungsführung ist derzeit blockiert, weniger aufgrund sprachlicher Unterschiede als vielmehr aufgrund politischer Machtspiele. Der flämischsprachige Norden ist eher rechtsgerichtet und wirtschaftsorientiert, der französischsprachige Süden hingegen eher linksgerichtet und sozialistisch. Dies verhindert häufig eine kohärente und wirksame Politik auf Bundesebene.

In der Schweiz sind mehrere Kantone offiziell zweisprachig (Freiburg, Wallis, Bern) oder sogar dreisprachig (Graubünden). In der Schweiz orientieren sich die Gemeinschaften an den Menschen; sie nutzen **Territorialität und Subsidiarität**, um den Frieden zu wahren. Dies könnte ein geeignetes Modell für eine Stadt wie Brüssel oder ein reformiertes Belgien sein. Jede Region kann dann die für sie optimalen Entscheidungen vor Ort treffen. Es ist auch zu beachten, dass es heute selbst innerhalb einer Region erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Provinzen gibt.

1. Die Macht der „Kommune“ (der Gemeinde)

In der Schweiz wird die Sprache der Schule und der Verwaltung von der Gemeinde und nicht von der Region bestimmt.

Wer in einem deutschsprachigen Dorf im zweisprachigen Kanton Freiburg lebt, dessen Amtssprache ist Deutsch. Fährt man fünf Minuten ins Nachbardorf, kann es schon mal Französisch sein.

Dadurch werden die Spannungen um die belgischen „Facilitated Communities“ vermieden, da keine übergeordnete Sprachgemeinschaft versucht, das Gebiet für sich zu beanspruchen. Das Dorf selbst entscheidet.

2. Die „fixierte“ Sprachgrenze

Die Schweiz verfolgt das Prinzip des Sprachfriedens. Anders als in Belgien, wo die Sprachausbreitung eine ständige Quelle politischer Spannungen darstellt, sind die schweizerischen Sprachgrenzen historisch festgelegt.

Wenn ein französischsprachiger Mensch in einen deutschen Kanton zieht, bringt er nicht automatisch „französischsprachige Rechte“ für die Schulbildung seiner Kinder mit. Er passt sich der Landessprache an. Das mag hart klingen, verhindert aber die in der belgischen Politik so verbreitete Erzählung von der „Eroberung“.

3. Wie werden Kantone regiert? (Die „Mini-Zauberformel“)

In zweisprachigen Kantonen wie Freiburg oder Bern gibt es nicht einfach nur ein Kabinett, das nach dem Mehrheitsprinzip regiert. Dort wird eine lokalisierte Version der „Magischen Formel“ angewendet.

Die Kantonsverfassung schreibt häufig vor, dass eine bestimmte Anzahl von Sitzen in der Regierung an die sprachliche Minderheit gehen muss.

Im Kanton Bern beispielsweise ist ein Sitz in der siebenköpfigen Exekutive einem französischsprachigen Einwohner des Berner Jura garantiert.

4. Ein Schweizer „Plan“ für Brüssel?

Ein Sonderfall in Belgien ist Brüssel, die offizielle Hauptstadt, die gleichzeitig eine eigenständige Region mit 19 Gemeinden bildet. Schlechtes Management und Machtkämpfe zwischen den zahlenmäßig dominierenden französischsprachigen und flämischen Parteien führen zu einer permanenten Krise. Würde Brüssel das Modell des Schweizer Kantons mit seinen 19 Gemeinden übernehmen, wären die Strukturveränderungen radikal – ganz abgesehen davon, dass eine solche Veränderung möglicherweise eine sehr tiefe Krise voraussetzt. Genau diese Pattsituation könnte 2026 eintreten.

Das aktuelle Brüsseler Modell	Das Brüsseler Modell des „Schweizer Kantons“.
Bipolarität: Ständige Aushandlung zwischen französischen und flämischen „Gemeinschaften“.	Autonomie: Brüssel wird ein vollständig souveräner Kanton, unabhängig von Flandern und Wallonien. Jede Brüsseler Gemeinde kann ihrerseits einen Mini-Kanton bilden.
Komplexität: Die Bürger haben es mit sich überschneidenden Ministerien für Kultur, Bildung und Verkehr zu tun.	Einheitliche Verwaltung: Eine einzige „kantonal“ Regierung für alle Einwohner Brüssels, unabhängig von der Sprache.

Identitätspolitik : Wähler wählen Parteien anhand der Sprache.	Sachbezogene Abstimmungen : Die Wähler nutzen Volksabstimmungen, um über stadtweite Themen (z. B. Verkehrspläne) unabhängig von ihrer Sprache zu entscheiden.
---	--

4.3 Warum das „Schweizer Modell“ dort funktioniert, wo Belgien Schwierigkeiten hat

Der entscheidende Unterschied liegt in der direkten Demokratie. In Belgien ist die Sprache das einzige Mittel, mit dem die Bürger in einem festgefahrenen System ihre Identität ausdrücken können. In der Schweiz kann ein Bürger „Französischsprachiger“, aber auch „Konservativer“, „Wanderer“ und „Steuerzahler“ sein.

Da sie über bestimmte Gesetze (Renten, Klima, Steuern) abstimmen, ist ihre Identität als „Französischsprachiger“ weniger wichtig als ihre Identität als „Hausbesitzer“ oder „Pendler“.

Direkte Demokratie mindert sprachliche Spannungen, indem sie andere Möglichkeiten der Meinungsverschiedenheit bietet. Bürgerinnen und Bürger sind zudem viel direkter in Angelegenheiten eingebunden, die für ihr Leben von Bedeutung sind.

Viele belgische Reformer schlagen vor, mit Bürgerversammlungen oder lokalen Volksabstimmungen auf Provinzebene zu beginnen. Dies würde es den Menschen ermöglichen, direkte Demokratie zu praktizieren, ohne sofort eine nationale Krise auszulösen.

4.4 Gegenteilige Subsidiarität der Kompetenzniveaus

Die Kompetenzverteilung in der Schweiz und in Belgien verläuft in zwei entgegengesetzte Richtungen. Die Schweiz ist eine **basisdemokratische** Konföderation, in der die Macht „nach oben“ delegiert wird (**Bottom-Up-Prinzip**). **Subsidiarität**), während Belgien ein dezentralisierter Bundesstaat ist, in dem die Macht von einer ehemals einheitlichen Ebene **nach unten verlagert wurde** (Devolution), die finanzielle Autonomie jedoch von der Bundesebene kontrolliert wird.

Die folgende Aufschlüsselung zeigt, welche Regierungsebene für einige ausgewählte Sektoren zuständig ist.

4.5 Kompetenzvergleichstabelle

Sektor	Schweiz	Belgien
Verteidigung & Armee	Föderal: Ausschließliche Zuständigkeit. Die Schweizer Armee ist eine nationale Miliz.	Föderal: Ausschließliche Zuständigkeit. Verteidigungspolitik und Streitkräfte sind nationale Angelegenheit.
Sozialversicherung	Bund: Rahmen und Gesetzgebung (AHV, IV). Kantone: Umsetzung und Sozialhilfe.	Bund: 90 % Bund (Solidarität). Regionen/Gemeinden: Kindergeld (seit 2014) und Altenpflege.
Ausbildung	Kantone: Primar- und Sekundarstufe sind streng kantonal. Bund:	Gemeinschaften: Exklusiv. Das Bildungswesen ist nach Sprachen

	Hochschulbildung/Forschung (gemeinsam).	aufgeteilt (flämisch, französisch, deutschsprachig).
Verkehr & Mobilität	Gemeinsam genutzt: Bund (Bundesstraßen/Eisenbahn). Kantone (Regionalstraßen). Gemeinden (Lokal).	Regionen: Straßen, Häfen und öffentlicher Nahverkehr. Bund: Staatsbahn (SNCB) und Flugsicherung.
Außenpolitik	Föderal: Die Konföderation führt. Kantone: Müssen bei Verträgen, die sie betreffen, konsultiert werden.	Aufgeteilt: Regionen/Gemeinschaften können internationale Verträge in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen unterzeichnen.
Öffentliche Gesundheit	Gemeinsam: Bund (Versicherung/Sicherheit). Kantone: Besitzen und betreiben die Krankenhäuser.	Bund: Krankenversicherung und Kostenerstattung für medizinische Leistungen. Kommunen: Prävention, häusliche Pflege und Krankenhausinfrastruktur.
Besteuerung	Alle drei Ebenen – Konföderation, Kanton und Kommune – erheben ihre eigenen Einkommens- bzw. Körperschaftssteuern.	Bund: Erhebt 90 % (Einkommensteuer/Mehrwertsteuer). Regionen: Spezifische Steuern (Zulassungsgebühr, Erbschaftssteuer, Kfz-Steuer).

4.6 Institutionelle Logik: „Subsidiarität von unten“ vs. „Ausschließliche Befugnisse“

Schweiz gilt Das Prinzip von Subsidiarität aus Die von unten nach oben . Der Kanton Ist Die "souverän".

- **Restkompetenzen:** Wenn eine Kompetenz in der Bundesverfassung nicht ausdrücklich als Bundeskompetenz aufgeführt ist, verbleibt sie automatisch beim Kanton.
- **Ausführung:** Auch wenn ein Gesetz auf Bundesebene gilt (wie das Bürgerliche Gesetzbuch), sind es in der Regel die Kantone, die die Gerichte organisieren und das Gesetz ausführen.

Belgien: Das Prinzip der ausschließlichen Zuständigkeiten

In Belgien bestand das Ziel darin, Überschneidungen und „Konflikte“ zwischen den Sprachen zu vermeiden.

- **Exklusivität:** Eine Kompetenz liegt in der Regel, aber nicht immer, zu 100 % in einer Hand. Im Bereich „Umwelt“ liegt die Zuständigkeit bei den Regionen; die Bundesebene hat dabei fast kein Mitspracherecht.
- **Keine Hierarchie:** Anders als in der Schweiz, wo Bundesrecht kantonales Recht bricht, gibt es in Belgien **keine Hierarchie** . Ein flämisches Dekret hat denselben Rechtsstatus wie ein Bundesgesetz.

4.7 Struktureller Zusammenbruch

Die Schweizer „russische Matrjoschka“

1. **Konföderation (Bern):** Fokus „Das große Ganze“ (Diplomatie, Währung, Verteidigung, Mehrwertsteuer).
2. **26 Kantone:** Sie sind zuständig für Polizei, Bildung und den Großteil der Besteuerung. Sie stehen im Wettbewerb.

3. **Etwa 2.100 Kommunen:** Lokale Autonomie. Sie betreiben Grundschulen und legen die lokalen Steuermultiplikatoren fest.

Das belgische "Flickwerk"

1. **Bundesstaat:** Kümmt sich um die "Restposten" (Justiz, Schulden, Sozialversicherung, Verteidigung).
2. **Regionen (Territorium):** Flandern, Wallonien, Brüssel mit insgesamt 581 Gemeinden (Flandern: 300, Wallonien: 262, Region Brüssel-Hauptstadt: 19). Zuständig für territoriale Angelegenheiten (Wirtschaft, Straßen, Umwelt).
3. **Gemeinschaften (Kulturelle Identität):** Flämisch, Französisch, Deutsch. Zuständig für Angelegenheiten der Bevölkerung (Sprache, Kultur, Schulen). Hinweis: Im Norden wurden die Flämische Region und Gemeinschaft zu einer einzigen Verwaltungseinheit zusammengeführt.

4.8 Schweizer Referendum über die Teilung des Jura-Kantons

Das Schweizer Referendum über die Teilung des Kantons Jura ist ein bemerkenswertes Beispiel für die direkte Demokratie der Schweiz und den friedlichen Umgang mit sprachlichen und regionalen Unterschieden. Dieser Ansatz steht im starken Kontrast zum seit Jahrzehnten andauernden Sprachkampf, der nach wie vor eine Hauptursache für Konflikte darstellt. Es ist jedoch anzumerken, dass heute nicht die Sprache an sich, sondern die Unterschiede im wirtschaftlichen und politischen Bereich die Hauptkonfliktursache ist. Während der Norden in den letzten 100 Jahren wirtschaftliche Fortschritte erzielt hat, war Belgien historisch von einer französischsprachigen Elite dominiert, die ihr Vermögen im traditionellen Wirtschaftssektor (Kohle und Stahl) erwirtschaftete. Ihr Reichtum spiegelte sich in einer Reihe von Machtpositionen wider. Daher war die Entstehung der sprachlich geprägten Regionen nicht nur eine Frage der Sprache, sondern auch ein sozioökonomischer Kampf.

Hintergrund:

- Die im Nordwesten der Schweiz gelegene Jura-Region gehörte historisch zum Kanton Bern, war aber im Gegensatz zum überwiegend deutschsprachigen, protestantischen Bern überwiegend französischsprachig und katholisch.
- Spannungen um sprachliche und religiöse Identität führten zu Forderungen nach Autonomie.

Gründung des Kantons Jura

- In den 1970er Jahren wurden eine Reihe lokaler Volksabstimmungen abgehalten, um zu ermitteln, ob die Bezirke im Juragebiet sich von Bern abspalten und einen eigenen Kanton bilden wollten.
- Im Jahr 1978 stimmte die Schweizer Volksabstimmung der Gründung des Kantons Jura zu, der 1979 offiziell zum 26. Kanton der Schweiz wurde.
- Allerdings entschieden sich nicht alle Bezirke für den Beitritt zum neuen Kanton; der südliche Teil (Berner Jura) blieb bei Bern.

Nachfolgende Referenden und die Frage der Spaltung

- Die Frage, ob der Berner Jura dem Kanton Jura beitreten sollte, blieb jahrzehntelang ungeklärt.
- In Gemeinden und Landkreisen wurden mehrere lokale Volksabstimmungen abgehalten, um über den Beitritt zu Jura oder den Verbleib bei Bern zu entscheiden.
- Zuletzt stimmte die Gemeinde Moutier im Berner Jura im Jahr 2017 in einer Volksabstimmung für den Austritt aus Bern und den Beitritt zum Kanton Jura. Dieser Prozess war von juristischen Auseinandersetzungen und wiederholten

Abstimmungen geprägt, um Fairness und ordnungsgemäße Durchführung zu gewährleisten.

- Die Schweizer Bundesregierung und die kantonalen Behörden respektierten das Ergebnis und unterstrichen damit ihr Bekenntnis zur direkten Demokratie und zur lokalen Selbstbestimmung .

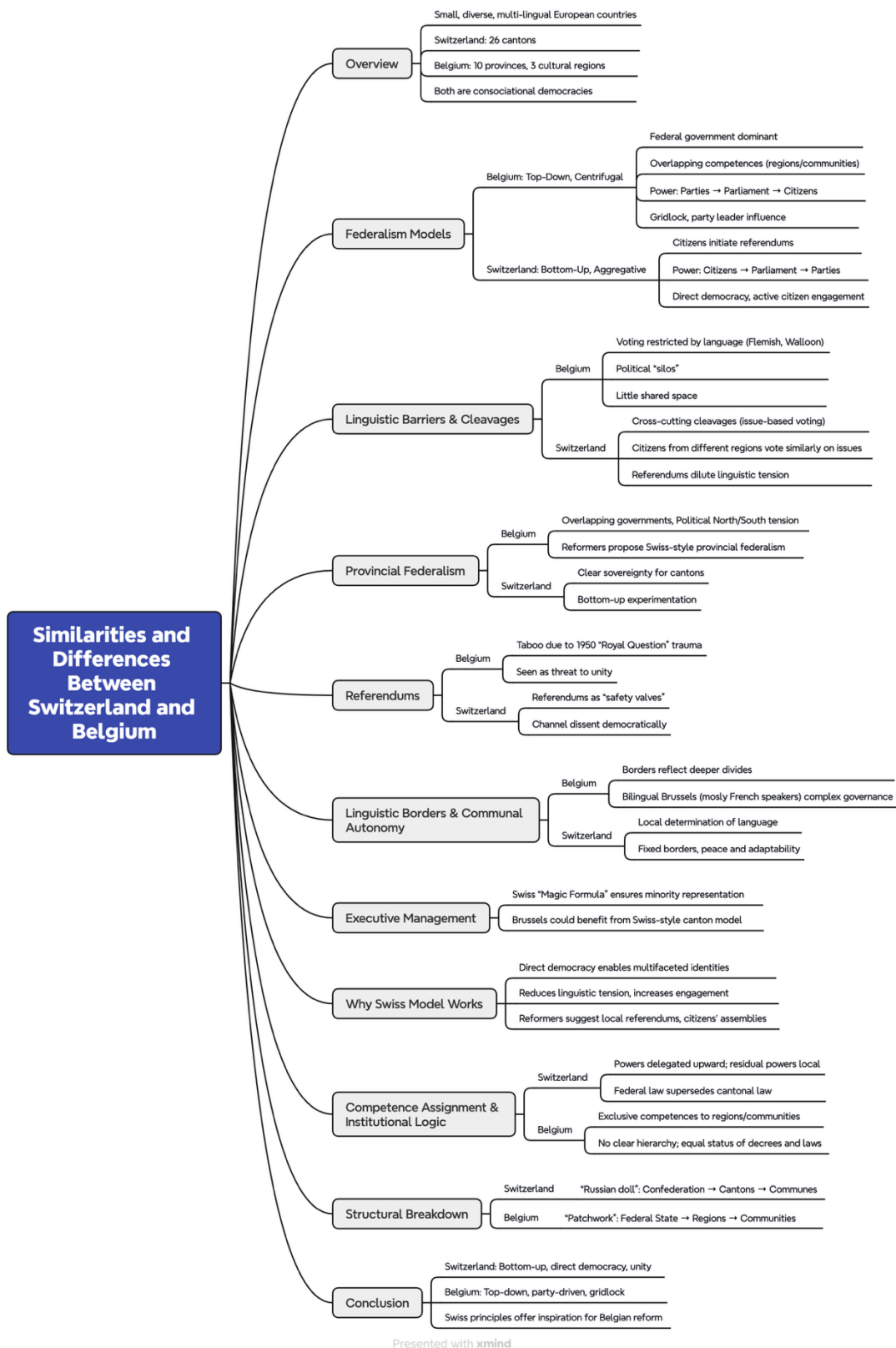
Bedeutung

- Die Jura-Referenden zeigen, wie die Schweiz demokratische Instrumente einsetzt, um regionale, sprachliche und kulturelle Konflikte zu bewältigen.
- Der Prozess war geprägt von friedlichen Verhandlungen, der Achtung lokaler Identitäten und dem Grundsatz, dass Gemeinschaften selbst über ihre Zugehörigkeit entscheiden sollten.
- Die Aufteilung und Neuordnung der Bezirke zwischen Jura und Bern schuf einen Präzedenzfall für die Beilegung ähnlicher Streitigkeiten in der Schweiz.

Wichtigste Punkte

- Jura wurde aufgrund sprachlicher und kultureller Unterschiede zu Bern nach einer Reihe von Volksabstimmungen als Kanton gegründet.
- Nicht alle Gebiete schlossen sich Jura an; einige entschieden sich, bei Bern zu bleiben, was zu andauernden Volksabstimmungen in den Grenzgebieten führte.
- Dieser Prozess ist ein Beispiel für den basisdemokratischen Ansatz der Schweiz und ihren Respekt vor Minderheitenrechten.
- Der schweizerische Ansatz beruht auf der Achtung von Minderheiten durch die Gewährung von Souveränität, während der belgische Ansatz die Macht zentralisiert und ihr durch spezielle Verfassungsbestimmungen Blockademacht einräumt. Letzteres ist mittlerweile eine Hauptursache für die Blockade weiterer Reformen.

4.9 Übersicht in einer Mindmap



Referenzen & Weiterführende Literatur

4. **Lijphart , A. (2025):** *Demokratiemuster* . (Vergleichende Analyse schweizerischer und belgischer Konsensmodelle).
5. **Schweizer Bundesverfassung** (Art. 3 & 42-120): Mit detaillierter Aufteilung der Aufgaben des Bundes.
6. **Belgische Verfassung (Art. 35 & 39):** Regelung des Übergangs zu ausschließlichen regionalen Befugnissen.
7. **V-Dem Institut (2025):** *Bericht zur Mehrebenen-Governance* . Vergleich der regionalen Autonomiewerte.



5 Ein wirtschaftlicher Vergleich zwischen der Schweiz und Belgien

Der Vergleich zwischen Belgien und der Schweiz ist faszinierend, da beide kleine, hochentwickelte, „offene“ Volkswirtschaften im Herzen Europas sind. Ihre strukturellen Ansätze in der Fiskalpolitik und Schuldenfinanzierung könnten jedoch unterschiedlicher nicht sein, was vor allem an den „Bremsen“ der direkten Demokratie in der Schweiz liegt. Stand **Ende 2025** sieht der Vergleich der beiden Länder wie folgt aus:

5.1 Makroökonomische Unterschiede

1. Makroökonomischer Überblick

Die Schweiz zählt konstant zu den wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt, während Belgien zwar weiterhin ein Logistik- und Dienstleistungszentrum ist, aber mit höheren Strukturkosten zu kämpfen hat. Wirtschaftlich gesehen schneidet Belgien jedoch 20 bis 30 % schlechter ab als die Schweiz. Die strukturellen Unterschiede führen zu noch größeren Diskrepanzen, die sich im Laufe der Zeit kumulativ auswirken, sodass die Staatsverschuldung, die Arbeitslosigkeit (siehe auch Inaktivität) und die Inflation deutlich höher sind und langfristig ein enormes Risiko darstellen.

Kennzahl (Schätzungen für 2024–2025)	Belgien 	Schweiz 	Differenz in % (Belgien / Schweiz)
Bevölkerung	11,83 Mio.	9,11 Mio.	+30%
BIP (nominal)	~607,3 Milliarden Euro	~859,3 Milliarden Euro	-30%
BIP pro Kopf (Kaufkraftparität)	~€64445	~€82943	-22%
Reales BIP-Wachstum	~1,1%	~0,9%	--
Öffentliche Ausgaben in % des BIP	52,2 %	32,8 %	+159%
Staatsverschuldung (Bundesverschuldung)	107,1 % des BIP (voraussichtlich 110 % im Jahr 2026)	36,9 % des BIP	+290%
Offizielle Arbeitslosenquote*	~6,1%	~2,19%	+278%
Inflation (Verbraucherpreisindex)	~2,8 %	~0,1%	+2800%

*: Später werden wir die Inaktivitätslücken vergleichen.

2. Die Schulden- und Steuerlücke

Dies ist der auffälligste Unterschied. Die Schweizer *Schuldenbremse*, eine **2001 von den Wählern gebilligte Verfassungsregel**, verpflichtet die Regierung zu einem **ausgeglichenen Haushalt über den** gesamten Konjunkturzyklus hinweg. Belgien hingegen, dem eine solche direkte demokratische Ausgabenbremse fehlt, weist eine der höchsten Schuldenquoten Europas auf. Die Schuldenbremse ist im Zusammenhang mit

Schulden genauer zu betrachten, da sie einen grundlegenden Unterschied in der Haushaltsbildung verdeutlicht.

2.1 Die Schuldenbremse wirkt sich auf den Schweizer Haushalt aus

Die **Schuldenbremse** ist eine verfassungsrechtliche Fiskalregel in der Schweiz, die die Staatsausgaben kontrollieren und die Anhäufung übermäßiger Schulden verhindern soll.

- **Zweck:** Das Hauptziel besteht darin, einen ausgeglichenen Bundeshaushalt über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg zu gewährleisten. Er schützt den Haushalt vor strukturellen Defiziten, indem er vorschreibt, dass alle Ausgaben primär durch Einnahmen finanziert werden müssen.
- **Mechanismus:** Die Regelung legt eine jährliche Obergrenze für die Ausgaben der Bundesregierung fest. Diese Obergrenze wird auf Basis der erwarteten Einnahmen berechnet und um einen Faktor angepasst, der die aktuelle Konjunkturlage berücksichtigt. In wirtschaftlichen Aufschwungsphasen ist der Staat verpflichtet, einen Überschuss zu erwirtschaften und Schulden zu tilgen. In Rezessionen erlaubt die Regelung vorübergehende Defizite, die als automatische Stabilisatoren für die Wirtschaft wirken.
- **Umsetzung:** Die Schuldenbremse wurde 2001 in einer Volksabstimmung von einer großen Mehrheit der Schweizer Wählerinnen und Wähler beschlossen und 2003 in Kraft gesetzt.
- **Wirksamkeit:** Seit seiner Einführung hat der Mechanismus wesentlich zur Stabilisierung oder Reduzierung des Bundesverschuldungsniveaus beigetragen und die Schweiz im internationalen Vergleich gut positioniert.
- **Ausnahmen:** Die Regel sieht Ausnahmen für außerordentliche Ausgaben in Notsituationen (z. B. Naturkatastrophen oder große Rettungsaktionen) vor, aber diese Schulden müssen trotzdem im Laufe der Zeit zurückgezahlt werden.

2.2. Defizitfinanzierung bringt den belgischen Haushalt zum Scheitern.

Das belgische System basiert auf dem Prinzip der Defizitfinanzierung (man leiht sich, was im Defizit vorhanden ist) und steht im deutlichen Gegensatz zum schweizerischen System. Es orientiert sich an den übergeordneten fiskalischen Rahmenbedingungen der Europäischen Union (EU) und ist durch eine deutlich höhere öffentliche Verschuldung gekennzeichnet.

Obwohl die EU Sanktionsmaßnahmen ergreifen kann, ist die Schwelle hierfür sehr hoch (103 %) und wird selten angewendet. Die Folge ist, dass Politiker selten ernsthafte Anstrengungen unternehmen, die Ausgaben zu senken, da sie einen Popularitätsverlust fürchten und stattdessen häufig auf verschiedene Belastungen (Steuern und andere) zurückgreifen. Hinzu kommt, dass die Budgeterstellung sehr langsam verläuft und oft von der wirtschaftlichen Realität überholt wird. Budgets werden zudem für eine volle Legislaturperiode (vier Jahre oder die verbleibende Legislaturperiode) und nicht jährlich erstellt, obwohl Überarbeitungen möglich sind.

2.3 Ergebnisse

- **Staatsverschuldung:**
 - **Belgien:** ~107 % des BIP. Belgien wendet einen erheblichen Teil seines Haushalts allein für die Bedienung der Zinsen dieser Schulden auf.
 - **Schweiz:** ~40% des BIP (einschließlich Kantone/Gemeinden).

- **Steuerbelastung:**

- **Belgien:** Eines der Länder mit der höchsten Steuerbelastung innerhalb der OECD. Die Einkommensteuer kann schnell **50 % erreichen**. Die Sozialversicherungsbeiträge sind hoch, um das umfangreiche (aber angeschlagene) fragmentierte System zu finanzieren.
- **Schweiz:** Deutlich niedriger. Die Einkommensteuer variiert von Kanton zu Kanton (Wettbewerb!), aber die durchschnittliche Gesamtsteuerbelastung liegt für mittlere Einkommen bei etwa **20-25 %**.
- **Mehrwertsteuer:** In Belgien beträgt sie **21 %**, in der Schweiz **8,1 %** (eine der niedrigsten in Europa).

3. Handelsbilanz und Innovation

Beide Länder sind „Exportnationen“, aber ihre Warenkörbe sind unterschiedlich.

Handelsbilanz:

- **Schweiz:** Erwirtschaftet konstant einen **massiven Überschuss**. Sie exportiert hochwertige Güter: Pharmazeutika (Roche, Novartis), Uhren, Maschinen und Finanzdienstleistungen.
- **Belgien:** **Im Allgemeinen weist das Land je nach Energiepreisen einen leichten Überschuss oder ein leichtes Defizit auf. Es ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt (Hafen Antwerpen-Brügge) und führend in den Bereichen Chemie, Biopharmazeutika und Lebensmittelverarbeitung.**

Innovationsranking:

Die Schweiz belegt seit 13 Jahren in Folge **den ersten Platz im globalen Innovationsindex**.

Belgien belegt einen hohen Rang (Top 15), insbesondere im Bereich Biotechnologie, hat aber im Vergleich zum Schweizer Risikokapitalumfeld Schwierigkeiten, Startups zu skalieren.

4. Worin besteht der Unterschied?

Bei der wirtschaftlichen Ungleichheit geht es nicht nur um „wohlhabende Menschen“, sondern auch um die **politische Struktur**, wie bereits erwähnt:

Finanzreferenden: In vielen Schweizer Kantonen muss die Regierung die Wähler befragen, wenn sie mehr als einen bestimmten Betrag ausgeben will (z. B. für ein neues Stadion oder eine Brücke). Dies verhindert die in Belgien bei Koalitionsverhandlungen häufig anzutreffende Vetternwirtschaft.

Arbeitsfrieden: Die Schweiz hat eine unglaublich niedrige Streikquote. Das 1937 in der Maschinenbauindustrie geschlossene „Friedensabkommen“ setzte einen Präzedenzfall: Konflikte werden durch Verhandlungen und nicht durch Streiks beigelegt. In Belgien hingegen sind die Arbeitsbeziehungen deutlich konfrontativer und zentralisierter. Gewerkschaften bilden dort (neben den Medien) eine Art vierte Macht und werden stark öffentlich finanziert.

Währung: Die Schweiz behält den **Schweizer Franken (CHF)** bei , der als „sicherer Hafen“ fungiert. Dies verteuert zwar Exporte, hat aber die Inflation deutlich niedriger gehalten als in der Eurozone.

Zusammenfassung: Der "Preis" des Systems

Die belgische Wirtschaft leidet unter ihrer **institutionellen Komplexität** . Die sich überschneidenden Zuständigkeiten führen zu einem enormen Verwaltungsaufwand und einer ineffizienten Nutzung der verfügbaren Ressourcen. Die Schweizer Wirtschaft profitiert hingegen von **institutioneller Einfachheit und Transparenz** . Die Macht liegt an der Basis, die Verschuldung ist gesetzlich begrenzt, und die „Zauberformel“ sorgt dafür, dass die Wirtschaftspolitik nicht alle vier Jahre extreme Schwankungen unterliegt. Zudem werden Ausgaben vermieden, die nur einem kleinen Teil der Wählerschaft oder einer bestimmten Industriegruppe gefallen.

5.2 Öffentliche vs. private Beschäftigung

In Belgien bezieht etwa ein Drittel der Erwerbsbevölkerung ein Einkommen vom Staat, etwa ein Drittel lebt von Sozialleistungen („inaktiv“) und etwa ein Drittel hat ein Einkommen aus dem privaten Sektor. Diese gängige politische Beobachtung dient dazu, die hohen Staatsausgaben und das umfassende soziale Sicherheitsnetz des Landes hervorzuheben. Obwohl die genauen Zahlen von Jahr zu Jahr leicht schwanken, offenbart der Vergleich mit der Schweiz eine grundlegend andere Wirtschaftsstruktur.

In der Schweiz ist der Privatsektor deutlich größer und die Zahl der Nichterwerbstätigen (Personen, die hauptsächlich von Sozialleistungen leben) wesentlich kleiner als in Belgien. Diese Unterschiede beruhen auf grundlegenden Unterschieden in der Organisation des Landes .

5.2.1 Vergleichende Aufschlüsselung (Schätzungen für 2025)

Kategorie	Belgien	Schweiz
Einkommen des privaten Sektors	~28%	~67%
Staatlich bedingte Einkünfte (Bildung, Gesundheitswesen...).	~14%	- -
Staatseinkommen (Beschäftigte im öffentlichen Dienst)	~19%	~12%
Leistungen / Inaktiv (Sozialleistungen, Renten, Invaliditätsleistungen)	~39%	~21%

In **Belgien** liegt der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor bei etwa 18–20 % der Gesamtbelegschaft. Berücksichtigt man jedoch auch staatlich finanzierte Bereiche wie Bildung, Gesundheitswesen (das größtenteils subventioniert ist) und Staatsbetriebe, entspricht die Schätzung von „einem Drittel“ nahezu der Realität derjenigen, die vom Steuerzahler finanziert werden.

In **der Schweiz** ist der öffentliche Sektor schlank und beschäftigt nur etwa 12–14 % der Erwerbstätigen, hauptsächlich in der Kernverwaltung und im öffentlichen Bildungswesen. Die Schweiz setzt stark auf öffentlich-private Partnerschaften, bei denen der Staat zwar reguliert, aber nicht unbedingt das Personal anstellt (z. B. in der Krankenversicherung und Teilen der Infrastruktur).

5.2.2 Die "inaktive" (Leistungs-)Gruppe

Hier besteht die größte Lücke.

Belgien: Die Nichterwerbsquote zählt zu den höchsten in der EU. Dies betrifft nicht nur Rentner, sondern auch eine beträchtliche Anzahl von Langzeitkranken, Erwerbsunfähigen oder Frühverrentern. In einigen belgischen Regionen sind rund **25 bis 30 %** der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nicht erwerbstätig.

Schweiz: Die Schweiz hat eine der höchsten Erwerbsbeteiligungsquoten der Welt (~84%). Der Anteil der Menschen, die ausschließlich von Sozialhilfe leben, ist sehr gering (etwa **2,9 %**). Zwar gibt es eine Rentnerbevölkerung, doch die Gruppe der „inaktiven Erwerbstätigen“ ist aufgrund strenger Aktivierungsrichtlinien und einer kulturellen Betonung der Erwerbstätigkeit deutlich kleiner.

5.2.3 Wesentliche strukturelle Unterschiede

Die Gruppe „Staatseinkommen“

In der Schweiz ist die Definition von „staatlich finanziert“ viel enger gefasst als in Belgien, da der Staat dort eher als **Regulierungsbehörde** denn als **Arbeitgeber agiert** .

- In **Belgien** liegt der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor bei etwa 18–20 % der Gesamtbelegschaft. Berücksichtigt man jedoch auch staatlich finanzierte Bereiche wie Bildung, Gesundheitswesen (das größtenteils subventioniert ist) und Staatsbetriebe, entspricht die Schätzung von einem Drittel der tatsächlichen Zahl der Steuerzahler in etwa dieser Gruppe.
- **Schweiz** : Der öffentliche Sektor ist schlank aufgestellt und beschäftigt nur etwa 12–14 % der Erwerbstätigen, hauptsächlich in der Kernverwaltung (4 %) und im öffentlichen Bildungswesen (7,2 %). Die Schweiz setzt stark auf öffentlich-private Partnerschaften, bei denen der Staat zwar reguliert, aber nicht unbedingt das Personal anstellt (z. B. in der Krankenversicherung und Teilen der Infrastruktur).

Der Motor des „Privatsektors“

- **Belgien:** Der Privatsektor ist robust, trägt aber eine hohe Steuerlast, um die übrigen zwei Drittel zu unterstützen. Dies führt zu dem Gefühl, dass der von einer Gruppe erwirtschaftete Wohlstand auf die anderen verteilt wird. Dies spiegelt sich auch in der Aufschlüsselung der Lohnkosten wider .
- **Schweiz:** Der Privatsektor ist die unbestritten dominierende Kraft. Da die Sozialausgaben geringer und der öffentliche Sektor kleiner sind, verbleibt ein wesentlich höherer Anteil jedes erwirtschafteten Schweizer Frankens in der Privatwirtschaft oder wird reinvestiert.

Tiefergehende strukturelle Unterschiede

1. **Erwerbsbeteiligung:** In der Schweiz ist die Erwerbsbeteiligung in allen Altersgruppen hoch, auch bei älteren Arbeitnehmern (55-64), die in Belgien häufig frühzeitig in Rente gehen.
2. **Sozialversicherungsstruktur:** Das Schweizer System ist „mehrsäulenig“. Zwar zahlt der Staat eine Grundrente, doch ein großer Teil der „Leistungen“ eines Schweizer stammt aus seiner privaten oder betrieblichen Altersvorsorge (*LPP/BVG*) und nicht direkt aus den laufenden Steuereinnahmen des Staates.
3. **Fiskalpolitik:** Die Schweiz verfügt über eine „Schuldenbremse“ , die den Staat rechtlich daran hindert, mehr auszugeben, als er einnimmt, wodurch die Größe des öffentlichen Sektors natürlich begrenzt wird.

5.3 Die Inaktivitätsfalle Belgiens

Die Inaktivitätslücke in Belgien ist sehr hoch und betrifft etwa 39 % der erwerbstätigen Bevölkerung.

Der Vergleich mit der Schweiz ist frappierend, denn das Schweizer System ist darauf ausgelegt, genau jene Probleme des „Nettoeinkommensrückgangs“ und des „Kontrollmangels“ zu verhindern, die größtenteils die sehr hohe Inaktivitätslücke in Belgien erklären.

1. Die finanzielle „Falle“: Warum sich Arbeit in Belgien nicht lohnt

Auch im Jahr 2025 bleibt Belgien europaweit führend in der Inaktivitätsfalle für Alleinstehende.

- **Die Lücke** : Jüngste Studien zeigen, dass eine alleinstehende Person in Belgien, die von Sozialleistungen zu einer Niedriglohnbeschäftigung wechselt, oft nur einen Nettozuwachs des Einkommens von 6 bis 9 Prozent verzeichnet.
- **Versteckte Kosten** : Berücksichtigt man Pendelkosten, den Verlust von Sozialtarifen und Kinderbetreuungskosten, verlieren viele Menschen Geld, wenn sie wieder arbeiten gehen.
- **Schweizer Kontrast** : In der Schweiz ist die Einkommensteuer niedriger und der Steuerfreibetrag hoch, wodurch die Lücke zwischen Sozialleistungen und Einstiegsgehalt viel größer ist (in der Regel mindestens 30-40 % höheres Nettoeinkommen).

2. Die „Langzeitkranken“ vs. die Schweizer „Kontrollgruppe“

In jüngster Zeit (2025) wurden einige Skandale im belgischen Sozialversicherungssystem aufgedeckt, die die mangelnde Kontrolle innerhalb des Systems verdeutlichen. In Belgien kann man oft jahrelang in der sogenannten „medizinischen Isolation“ verharren, ohne dass aktiver Druck ausgeübt wird, um wieder in die Sozialversicherung zurückzukehren. Abgesehen davon, dass viele Menschen das System als Alternative zur Erwerbstätigkeit nutzen (aus den oben genannten Gründen), zeigt das System auch einen Mangel an Kontrolle, sei es aufgrund von Nachlässigkeit oder aufgrund politischen Drucks.

Belgien	Schweiz
Passive Überwachung : Die Kontrolle ist oft rein administrativ. Sobald man als „ungültig“ eingestuft wird, prüft das System selten, ob eine Teilrückerstattung möglich ist.	Aktives Fallmanagement : Wenn ein Schweizer Arbeitnehmer länger als 30 Tage krank ist, schickt die Versicherung umgehend einen „Reintegrationscoach“ an den Arbeitsplatz.
Alles oder nichts : Entweder Sie sind zu 100 % krank oder zu 100 % arbeitsfähig. Teilweise Rückkehr zur Arbeit ist kompliziert und kann Ihren Leistungsanspruch gefährden.	Teilerwerbsminderung : Im Schweizer System wird der Grad der Erwerbsminderung in Prozent berechnet (z. B. 40 % Erwerbsminderung). Sie werden ermutigt, die verbleibenden 60 % zu arbeiten und eine Teilrente zu beziehen.
Steigende Zahlen : Über 526.000 Menschen sind langfristig erwerbsunfähig, wobei die Zahl der psychischen Erkrankungen (Burnout/Depression) um 44 % gestiegen ist.	Stabile Zahlen : Strenge Volksabstimmungen in den 2010er Jahren begrenzten die Ausgaben für Behindertenleistungen und zwangen den

3. Hohe Gehaltskosten schmälern den Nettogewinn

Die Inaktivitätsfalle ist größtenteils auf die Lohnkosten (für den Arbeitgeber) im Vergleich zum Nettogehalt zurückzuführen, das dem Arbeitnehmer letztendlich ausgezahlt wird. Belgien hat die höchste Steuerbelastung innerhalb der OECD.

- **Die Rechnung** : Um einem belgischen Arbeitnehmer 100 € mehr netto zu zahlen, muss ein belgischer Arbeitgeber oft fast 250 € (brutto + Sozialabgaben) mehr aufbringen.
- **Die Folge** : Dadurch werden Arbeitskräfte extrem teuer, weshalb Unternehmen übermäßig regulieren und automatisieren, was die Menschen noch stärker in den Genuss von Sozialleistungen bringt. Eine weitere Folge ist jedoch, dass die Löhne auf dem Markt sinken, wodurch die Nettoauszahlungen weiter reduziert werden. Zudem entstand eine Vielzahl von gehaltsabhängigen „Zusatzleistungen“, die den Zusammenhang zwischen Arbeit und Vergütung untergraben.
- **Die Reform von 2025** : Der neue belgische Bundesvertrag (Juli 2025) zielt darauf ab, einen Nettounterschied von mindestens 500 € zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen zu gewährleisten. Experten argumentieren jedoch, dass dies ohne massive Kürzungen bei den sich überschneidenden Leistungen, die die hohen Steuern verursachen, kaum zu erreichen sei. Zudem reichen 500 € möglicherweise nicht aus, um Langzeitbezieher von Sozialleistungen zu einer regulären Beschäftigung zu motivieren.

4. Direkte Demokratie als „Aufräumtrupp“

Warum kann Belgien das nicht einfach beheben? Weil das „Silo-System“ sich selbst schützt.

In Belgien ist jede Sozialleistung an eine politische Säule (Gewerkschaften, Krankenkassen) gebunden. Eine Leistungskürzung bedeutet einen politischen Krieg.

In der Schweiz ist die Schuldenbremse gesetzlich verankert. Verschuldet sich der Behindertenfonds, muss die Regierung ihn reformieren oder die Steuern per Volksabstimmung erhöhen. Die Bevölkerung entscheidet sich in der Regel für die Reform und gegen höhere Steuern, was die politische Grundlage für strengere Regeln und mehr Kontrolle bietet.

Ausblick 2025

Gemäß dem belgischen „Sommerabkommen“ werden die Arbeitslosenleistungen auf 24 Monate begrenzt und die Kontrollen für Langzeitkranke verschärft. Da jedoch die territoriale Einfachheit nach Schweizer Vorbild (Aufhebung der regionalen Überschneidungen) fehlt, übersteigen die Verwaltungskosten für die „Kontrolle“ dieser zwei Millionen Menschen oft die Leistungen selbst. Zudem wurden die Realsteuern erhöht, sodass die Differenz zwischen Nettoeinkommen und Lohnkosten nicht verringert wurde.

5.4 Einkommensteuer für natürliche Personen (Persönliche Personen)

Der Vergleich der Steuersätze in der Schweiz und Belgien verdeutlicht das Verhältnis von **Dezentralisierung und Zentralisierung**. In der Schweiz sind die lokalen Ebenen (Kanton

und Gemeinde) die primären Steuerbehörden, während in Belgien die Bundesebene den Einzugsprozess dominiert.

Ebene	Schweiz (Sehr variabel)	Belgien (Hochgradig standardisiert)
Bundes	0 % – 11,5 % (Progressiv)	25 % – 50 % (Progressiv)
Regional / Kantonal	2 % – 25 % (Abhängig von Kanton)	0 % (In der Bundesbasis enthalten)
Gemeinde / Lokal	~2 % – 15 % (Steermultiplikator)	0 % – 9 % (Regionaler/Kommunaler Zuschlag)
Gesamthöchste Bewertung	~22 % (Zug) bis ~45 % (Genf)	~50 % – 53,5 % (Landesweit)

Hauptunterschiede:

Der Schweizer „**Steuerfuss**“: In der Schweiz legt Ihre Gemeinde ihren eigenen „Multiplikator“ fest. Wenn Sie fünf Kilometer in das nächste Dorf ziehen, kann Ihre Steuerlast um 10 % sinken.

Belgischer Zuschlag: In Belgien erhebt Ihre Gemeinde einfach einen kleinen Prozentsatz (in der Regel zwischen 6 % und 9 %) zusätzlich zu dem, was Sie bereits der Bundesregierung schulden.

5.5 Körperschaftsteuer (Unternehmen)

Der effektive Steuersatz (ETR) umfasst alle Regierungsebenen.

Ebene	Schweiz	Belgien
Bundes	8,5 % (Gesetzlich vorgeschrieben)	25 % (Pauschale)
Kantonal / Regional	~3 % – 12 %	0 % (Minimale regionale Abgaben)
Gesamteffektiver Zinssatz	~11,9 % (Zug) bis zu ~21 % (Bern)	25 % (Standard)

Hauptunterschiede:

- Steuerwettbewerb: Die Schweizer Kantone konkurrieren heftig um die Ansiedlung von Unternehmenszentralen. Zug und Schwyz sind dafür bekannt, dass sie ihre kombinierten Steuersätze bei etwa 12 % halten.
- Belgiens KMU-Zinssatz: Belgien bietet kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) einen ermäßigten Steuersatz von 20 % für die ersten 100.000 € Gewinn, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

5.6 Verbrauchssteuer (MwSt. / MWST)

Typ	Schweiz	Belgien
Standardtarif	8,1 %	21 %
Ermäßigter Tarif	2,6 % (Essen, Bücher, Medizin)	6 % (Lebensmittel, Bücher) 12 % (Gastronomie)
Sonderpreise	3,9 % (Unterkunft)	0 % (Tageszeitungen)

5.7 Zusammenfassende Tabelle zur Steuerautonomie

Besonderheit	Schweiz	Belgien
Primärsammler	Kanton (Der "Souverän")	Bundesstaat (Das "Zentrum")
Steuerprogression	Hoch (Variiert stark je nach Standort)	Hoch (Variiert je nach Einkommensgruppe)
Vermögenssteuer?	Ja (auf kantonaler Ebene)	Nein (nur bei großen Wertpapierdepots)
Erbschafts- / Schenkungssteuer	Variiert je nach Kanton (0 % für direkte Erben)	Variiert je nach Region (Hoch bei indirekten Verbindungen)

Die Schweiz nutzt **vertikalen und horizontalen Wettbewerb**. Kantone und Gemeinden konkurrieren darum, die Steuern niedrig zu halten, um Einwohner anzulocken.

Belgien nutzt das Prinzip **der vertikalen Solidarität**. Die Bundesregierung vereinnahmt den Großteil der Steuereinnahmen und verteilt sie an die Regionen und Gemeinden, um ein einheitliches Leistungsniveau im ganzen Land zu gewährleisten. Die durchschnittlichen Steuern sind jedoch deutlich höher, was unter anderem an der Ineffizienz des Systems liegt. Die Betriebskosten der Regierung selbst verschlingen einen großen Teil der Steuereinnahmen.

5.8 Lohnbesteuerung

Nachfolgend ein Vergleich des Nettogehalts einer alleinstehenden Person ohne Kinder mit Wohnsitz in Zürich (dem Schweizer Finanzzentrum) bzw. Brüssel (dem belgischen Verwaltungszentrum). Für den „durchschnittlichen Kanton“ verwenden wir einen Standort im mittleren Bereich wie Aargau oder Solothurn, der zwischen den Steueroasen (Zug) und den Städten mit hohen Steuern (Genf/Zürich) liegt.

5.8.1 Gehaltsaufschlüsselung: 100.000 € brutto

Hinweis: Alle Angaben sind Näherungswerte für das Jahr 2025 und basieren auf der Annahme eines durchschnittlichen Berufsstands.

Komponente	Brüssel (Belgien)	Zürich (Schweiz)
Bruttogehalt	100.000 €	100.000 € (ca. 94.000 CHF)
Sozialversicherung (EE)	~13.070 € (13,07 %)	~10.200 € (ca. 10,3 % AHV/VV/ALV)
Pensionsfonds (2. Säule)	Im obigen Abschnitt enthalten/freiwillig	ca. 6.500 € (altersabhängig)
Steuerpflichtiges Einkommen	~86.930 €	~77.300 €
Einkommensteuer	~36.500 € (Obere Gruppe 50%)	~9.500 € (Bund + Kanton + Lokal)
Krankenversicherung	von der Steuer abgezogen/ Sozialversicherung	~4.500 € (Privat, aber obligatorisch)
Jährliches Nettoeinkommen	~50.430 €	~69.300 €
Effektiver Steuersatz	~49,6 %	~30,7 %
Kosten für den Arbeitgeber	~127.000 €	~112.000 €

(Brutto + soziale Beiträge)		
-----------------------------	--	--

5.8.2 Gehaltsaufschlüsselung: 50.000 € brutto

	Zürich	Durchschnittlicher Schweizer Kanton	Brüssel (Belgien)
Effektiver Steuersatz für 50.000 € Brutto	~30,7 %	~32,3 % (inkl. Krankenversicherung)	~36,7 %

5.8.3 Warum ist der Unterschied so groß ?

Das belgische "Solidaritätssystem"

- **Hohe Steuersätze** : In Belgien greift der 50%-Steuersatz relativ früh (bei etwa 48.320 € im Jahr 2025). Der größte Teil eines Gehalts von 100.000 € wird mit dem Höchststeuersatz besteuert.
- **Soziales Sicherheitsnetz** : Die hohen Sozialversicherungsbeiträge decken eine umfassende Gesundheitsversorgung, großzügige Arbeitslosenleistungen und staatliche Renten ab.
- **Firmenwagen** : Um die hohe Steuerbelastung auszugleichen, nutzt Belgien eine Vielzahl von Maßnahmen zur Gehaltsoptimierung (außergesetzliche Leistungen). Viele Fachkräfte in dieser Position erhalten einen Firmenwagen, eine Tankkarte und Essensgutscheine, die einen realen Wert von 10.000 bis 15.000 € ausmachen können, der nicht im Nettogehalt ausgewiesen wird.

Das Schweizer "Wettbewerbs"-System

- **Dezentrale Besteuerung** : Ihre Steuern werden dreigeteilt: Bund (niedrig), Kanton (mittel) und Gemeinde (variabel). Zürich ist wettbewerbsfähig, aber ein Umzug ins nahegelegene Zug würde Ihr Nettoeinkommen noch weiter erhöhen.
- **Eigenverantwortung** : Obwohl die Steuer niedriger ist, müssen Sie Ihre private Krankenversicherung aus Ihrem Nettogehalt selbst bezahlen (ungefähr 350–500 €/Monat).
- **Kaufkraft** : Obwohl das Nettogehalt höher ist, sind die Lebenshaltungskosten in Zürich (Miete, Lebensmittel, Dienstleistungen) deutlich höher als in Brüssel.

5.8.4 Die Unternehmensperspektive: Kosten für den Arbeitgeber

Um Ihnen ein Bruttogehalt von 100.000 € zu zahlen, muss der Arbeitgeber zusätzlich „Arbeitgeberbeiträge“ entrichten.

- **Belgien**: Der Arbeitgeber zahlt zusätzlich zu den 100.000 € etwa **25-30 %**.
○ (Gesamtkosten: ca. 127.000 €).
- **Schweiz**: Der Arbeitgeber zahlt zusätzlich zu den 100.000 € etwa **10-15 %**.
○ (Gesamtkosten: ca. 112.000 €).

5.8.5 Zusammenfassende Tabelle zur Steuerautonomie

Besonderheit	Schweiz	Belgien
Vertikaler Wettbewerb	Hoch (Die Kantone konkurrieren über die Tarife)	Niedrig (Die Leitzinsen der Federal Reserve sind fest)
Horizontale Solidarität	Niedrig	Hoch

	(Reiche Kantone zahlen an arme Kantone)	(Massive Transfers über die Sozialversicherung)
Transparenz	Hoch (Die Steuerzahlung erfolgt später per Rechnung)	Niedrig (Die Steuer wird an der Quelle einbehalten.)
Vermögenssteuer?	Ja (Jährliche Steuer auf das Nettovermögen)	NEIN (Nur für bestimmte Aktienkonten)

Der Wechsel von einer hohen Einkommensklasse (100.000 €) in eine mittlere Einkommensklasse (**50.000 € brutto pro Jahr**) verändert die Dynamik erheblich. In Belgien bleibt die Steuerbelastung aufgrund des raschen Anstiegs der Steuerklassen hoch, während in der Schweiz ein Durchschnittsverdiener auf Bundesebene oft in einen sehr niedrigen Steuerbereich fällt.

5.9 Die Analyse der „Mittelschicht“

Belgien: Die fiskalische „Kneife“

- **Das Schwellenwertproblem:** In Belgien gerät man bereits bei einem Einkommen von 50.000 € in die **45%-Steuerklasse** (die bei etwa 28.000 € beginnt) und bewegt sich in Richtung der **50%-Steuerklasse**.
- **Die „unsichtbare“ Steuer:** Obwohl das Nettoeinkommen niedriger ist, ist die Krankenversicherung durch Ihre Sozialbeiträge aus dem Bruttoeinkommen und einen vom Arbeitgeber gezahlten Überschuss abgedeckt.
- **Nettoergebnis:** Ein Durchschnittsverdiener in Belgien behält etwa **63 %** seines Gehalts.

Schweiz: Die Fixkostenbelastung

- **Niedrige Besteuerung:** Bei einem Einkommen von 50.000 € beträgt die Schweizer Bundessteuer nahezu null (etwa 50 €). Der Großteil der gezahlten Steuern fließt an den Kanton.
- **Die Krankenversicherungspauschale:** In der Schweiz ist die Krankenversicherung nicht prozentual, sondern basiert auf einer festen Prämie. Unabhängig davon, ob Sie 50.000 € oder 100.000 € verdienen, zahlen Sie etwa **4.500 € pro Jahr**.
- **Der regressive Effekt:** Da die Krankenversicherung eine fixe Kostenart ist, trifft sie den Verdiener mit einem Jahreseinkommen von 50.000 € **doppelt so hart** (9 % des Bruttogehalts) wie den Verdiener mit einem Jahreseinkommen von 100.000 € (4,5 % des Bruttogehalts).
- **Nettoergebnis:** Nach Abzug der obligatorischen Krankenversicherung bleiben dem Schweizer Durchschnittsverdiener etwa **67 %** seines Gehalts.

Vergleich der Kaufkraft (KKP)

Obwohl das Nettogehalt in der Schweiz auf dem Papier etwas höher erscheint, kann die **Kaufkraft** bei 50.000 € in Belgien höher sein. Dies ist jedoch kantonabhängig.

Ausgabenkategorie	Brüssel	Zürich
Miete (1-Zimmer-Wohnung im Stadtzentrum)	~1.100 €	~2.200 €
Lebensmittel (monatlich)	~350 €	~700 €

Öffentliche Verkehrsmittel	ca. 50 €	~85 €
Ergebnis	Nachhaltiger Lebensstil.	Sehr knappes Budget (Zürich ist die teuerste Stadt der Welt).

Zusammenfassung

- **In Belgien:** Der „Konsens“ ist ein **soziales Sicherheitsnetz**. Mit 50.000 € nimmt der Staat zwar mehr ein, schützt die Bürger aber auch durch Subventionen und sozialisierte Systeme vor hohen Kosten im Gesundheits- und Wohnbereich.
- **In der Schweiz** herrscht die Devise : **Geringe staatliche Eingriffe**. Der Staat greift kaum ein, dafür trägt man selbst die hohen Lebenshaltungskosten. Bei einem Jahreseinkommen von 50.000 € kann die Lebensqualität eines Zürchers *geringer sein als die eines Brüssellers, da die Fixkosten sein verfügbares Einkommen auffressen*.
- Betrachtet man die Situation nicht nur in Zürich (einem städtisch geprägten Gebiet mit vergleichsweise hohen Steuern), sondern auch in einem durchschnittlichen Schweizer Kanton, so zeigt sich ein noch deutlicherer Kontrast zu Belgien. Im Schweizer System kann bereits ein Umzug von 20 Kilometern die Steuerlast erheblich beeinflussen, während das belgische Steuersystem weitgehend einheitlich ist.

5.10 Institutionelle Auswirkungen: Warum der Durchschnitt niedriger ist

Der Grund, warum ein durchschnittlicher Schweizer Kanton für einen Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 50.000 € so viel günstiger ist als Belgien, liegt an den Instrumenten **der direkten Demokratie, die wir bereits besprochen haben:**

- **Die Gemeindesteuer:** In Belgien erhebt die Stadt, in der man wohnt, einen kleinen Prozentsatz der Bundessteuer. In einem durchschnittlichen Schweizer Kanton verfügt die Gemeinde über eine eigene **Haushaltshoheit**. Kleine Städte beschränken oft ihre Dienstleistungen auf ein Minimum, um den „Steermultiplikator“ niedrig zu halten und so Familien der Mittelschicht anzuziehen.
- **Das Ausgabenreferendum:** In einem durchschnittlichen Kanton wird jede neue Schule oder Sporthalle, die einige Millionen Franken kostet, häufig einer obligatorischen Volksabstimmung unterzogen. Dies verhindert die zuvor erwähnten „ideologischen“ Ausgaben und hält die Gesamtsteuerbelastung niedrig. In Belgien neigen Städte und Gemeinden dazu, zu viel für öffentliche Infrastruktur auszugeben, oft in Verbindung mit einem Haushaltsdefizit.

5.11 Korruption

Vergleicht man Belgien und die Schweiz, so zeigt sich der Kontrast zwischen einem Land, das zwar „sauber, aber im Niedergang begriffen“ ist (Belgien), und einem Land, das „konstant zur Spitzenklasse gehört, aber vor besonderen Herausforderungen steht“ (Schweiz).

Laut dem neuesten **Korruptionswahrnehmungsindex 2024** (veröffentlicht im Februar 2025) ergibt sich folgendes Bild:

Vergleichsrankliste (Stand 2025)

Die Schweiz zählt beständig zu den fünf am wenigsten korrupten Ländern der Welt, während Belgien kürzlich aus den Top 20 herausgefallen ist.

Zusammenfassung	Zusammenfassung	Zusammenfassung
Punktzahl (von 100)	69	81
Weltrangliste	22.	5.
5-Jahres-Trend	Deutlicher Rückgang	Stabil (leichter Rückgang)
Primäres Risiko	Öffentliche Ausgaben und Lobbyarbeit	Finanzgeheimnis & Geldwäsche

Geschätzte Kosten in Euro

Da die Schweizer Wirtschaft wesentlich größer und wohlhabender ist als die belgische, äußern sich die „Kosten“ der Korruption anders.

- **Belgien** : Geschätzter Verlust von 4,4 Milliarden Euro pro Jahr. Dieser ist hauptsächlich auf Ineffizienzen im öffentlichen Beschaffungswesen, Grauzonen bei politischen Subventionen und mangelnde Kontrolle zurückzuführen. Das Problem hat jedoch ein Ausmaß erreicht, das sich in der mangelhaften Ausführung von Infrastrukturprojekten und aufkommenden Skandalen manifestiert.
- **Schweiz** : Obwohl sich der Schaden durch Korruption im Inland nur schwer beziffern lässt (er ist sehr gering), ist die Schweiz ein globales Zentrum für ausländische Korruption. Schätzungen zufolge wurden zwischen 1985 und 2025 illegale Vermögenswerte aus anderen Ländern in Höhe von 112 bis 514 Milliarden US-Dollar (100 bis 470 Milliarden Euro) auf Schweizer Banken zurückverfolgt.
- **Pro Bürger:** In Belgien kostet Korruption den Durchschnittsbürger rund 1.100 € an potenziellem wirtschaftlichem Gewinn. In der Schweiz ist die Korruption im öffentlichen Sektor so gering, dass diese „Steuer“ für den Durchschnittsbürger vernachlässigbar ist, obwohl das Land international einen hohen Reputationsverlust erleidet.

Wesentliche Unterschiede in der „Art“ der Korruption

Die beiden Länder haben mit sehr unterschiedlichen Problemen zu kämpfen:

Belgien (Die "politische" Herausforderung):

- **Öffentliches Beschaffungswesen** : Hohe Risiken bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf lokaler/regionaler Ebene. Zudem mangelt es bei der Durchführung an Kompetenz in der Überwachung öffentlich finanzierter Projekte, was häufig zu erheblichen Kostenüberschreitungen führt.
- **Drehtüreffekt** : Es fehlen strenge Regeln für Politiker, die in hochbezahlte Lobbypositionen wechseln. Manche Politiker gehören bereits der dritten Generation an und übernehmen häufig Lobbytätigkeiten in dem Sektor, für den sie zuvor zuständig waren.
- **Strafverfolgung** : Belgien wurde von der EU dafür kritisiert, dass es nicht über genügend spezialisiertes Personal verfügt, um Wirtschaftskriminalität effektiv zu verfolgen.

Schweiz (Die "finanzielle" Herausforderung):

- **Geldwäsche** : Die Hauptursache für Korruption in der Schweiz sind weder Bestechungsgelder noch die Übernahme von Beziehungen zur Polizei, sondern die Tatsache, dass sie ein sicherer Hafen für illegales Geld aus dem Ausland ist. Dies hat jedoch keine direkten negativen Auswirkungen auf die Bürger.

- **Anwaltslücken** : Bis vor kurzem waren Anwälte und Notare, die Briefkastenfirmen gründeten, in den Schweizer Geldwäschegesetzen nicht streng erfasst.
- **Bankenaufsicht** : Die Schweizer Aufsichtsbehörde (FINMA) hatte im Vergleich zu ihren US-amerikanischen oder EU-Pendants historisch gesehen nicht die Befugnis, hohe Geldstrafen zu verhängen, dies wird jedoch derzeit reformiert.

Zusammenfassung: Wahrnehmung vs. Realität

In Belgien sind die Bürger eher skeptisch; etwa 66 % halten Korruption für ein gravierendes Problem. In der Schweiz ist das Vertrauen der Öffentlichkeit deutlich höher; der Durchschnittsbürger kommt im Alltag selten mit Korruption in Berührung (etwa bei der Beantragung einer Genehmigung oder im Umgang mit der Polizei). Internationale Nichtregierungsorganisationen sehen die Schweiz jedoch als „blinden Fleck“ im globalen Kampf gegen grenzüberschreitende Finanzkorruption.

6 Das Risiko einer Diktatur durch eine versteckte Mehrheit

Das Problem, dass eine „Mehrheit“ nicht nur ein Wahlergebnis darstellt, sondern eine tiefgreifende ideologische Ausrichtung in öffentlichen und privaten Institutionen (Medien, Wissenschaft, öffentlicher Dienst) widerspiegelt, ist ein in der Politikwissenschaft gut dokumentiertes Phänomen. Es wird oft als **„institutionelle Vereinnahmung“** oder, traditioneller, als moderne Form der **„Tyrannei der Mehrheit“ bezeichnet** ; einmal etabliert, wirkt sie wie ein Trojanisches Pferd. In repräsentativen Konflikt-demokratien (wie Frankreich oder Großbritannien) kann dies zu dem Gefühl führen, dass „das System“ vom einfachen Bürger entfremdet ist. Im Folgenden wird detailliert untersucht, wie die einzigartige Architektur der Schweiz dieses Problem anders angeht.

6.1 Das Problem: „Der lange Marsch durch die Institutionen“

Die Beobachtungen stimmen mit der soziologischen Theorie überein, dass bestimmte Berufsgruppen (Journalisten, Akademiker, NGO-Leiter) tendenziell ähnliche Bildungshintergründe und Werte teilen (oftmals Mitte-links oder umweltbewusst).

- **Die Voreingenommenheit:** Eine **Studie der Universität Tilburg aus dem Jahr 2025** über institutionelle Voreingenommenheit in Europa bestätigte, dass in vielen EU-Ländern Journalisten und Akademiker von der Öffentlichkeit als deutlich linksgerichteter wahrgenommen werden als die Gesamtbevölkerung, während Polizei und Richter oft als rechtsgerichteter wahrgenommen werden.
- **Die Folgen:** In einem Mehrheitssystem gibt es keine Kontrollinstanz, wenn sich die gewählte Regierung der „institutionellen Ideologie“ anpasst. Dadurch entsteht eine **„Diktatur des Konsenses“**, in der alternative Ansichten sozial oder beruflich marginalisiert werden.

6.2 Die Schweizer Lösung: Das Konkordanzsystem

Vielfalt institutionalisiert , nicht indem sie Vorurteile beseitigt .

- **Die Zauberformel:** Die Schweizer Regierung (Bundesrat) ist immer eine „Große Koalition“. Sie ist gesetzlich verpflichtet, die wichtigsten Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum einzubeziehen, von der rechtsgerichteten SVP bis zu den linksgerichteten Sozialdemokraten.
- **Ressortübergreifende Vielfalt:** Jeder Minister (einer anderen Partei angehörig) leitet ein anderes Ressort. Das bedeutet, dass die „Regierung“ nie ideologisch monolithisch ist. Ein konservativer Minister wird sein Ressort anders besetzen und leiten als ein sozialistischer Minister.
- **Ergebnis:** Der Schweizer öffentliche Dienst ist gezwungen, **polyideologisch** statt eines einheitlichen ideologischen Blocks zu agieren.

6.3 Medienbalance: Die "fög"-Ergebnisse

Die Medien sind ein wesentlicher Treiber dieser „ideologischen Mehrheit“. In der Schweiz zeigen die Daten einen anderen Trend als in den Nachbarländern.

- **Die Studie:** Das **Forschungszentrum für Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög)** der Universität Zürich führt jährlich ein „Jahrbuch zur Medienqualität“ durch.

- **Ergebnis:** Ihre **Analyse für 2023/2024** ergab, dass reichweitenstarke Schweizer Medien (wie SRF/RTS und *20 Minuten*) zu den **politisch neutralsten** in Europa zählen. Da sie die Bürger auf vier Volksabstimmungen pro Jahr vorbereiten müssen, beruht ihr Geschäftsmodell darauf, Pro- und Contra-Argumente unvoreingenommen darzustellen.
- **Das Sicherheitsventil:** Anders als die BBC oder France Télévisions, die mitunter als Spiegelbild einer einzigen staatlichen/elitären Ideologie wahrgenommen werden, ist der Schweizer öffentlich-rechtliche Rundfunk ständig von einer **Finanzierungsabstimmung bedroht**. Wenn die Öffentlichkeit die Medien als zu einseitig empfindet, kann sie eine Initiative zur Budgetkürzung starten (wie beispielsweise die „No Billag“-Initiative).

6.4 Das „Volksveto“ gegen ideologische Übergriffe

Das wirksamste Mittel gegen eine „Diktatur der Mehrheit“ in Institutionen ist das **fakultative Referendum**. In der EU tritt eine „Klimasteuer“ in Kraft, wenn sie von einer Koalition aus Medien, Aktivisten und Politikern beschlossen wird – unabhängig von der öffentlichen Meinung. In der Schweiz hingegen schlägt die Elite etwas vor, das Volk entscheidet.

- **Ergebnisse aus dem Jahr 2025:** Am **30. November 2025** lehnten die Schweizer Stimmberechtigten die „Initiative für eine Zukunft“ **deutlich** ab. Diese sah eine Erbschaftssteuer von 50 % für Superreiche zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen vor. Trotz massiver Unterstützung durch Klimaaktivisten in Medien und Wissenschaft wurde sie von über **78 % der Stimmberechtigten abgelehnt**.
- **Ergebnisse vom Februar 2025:** Die „Initiative für Umweltverantwortung“ wurde ebenfalls von fast 70 % der Wähler abgelehnt.²
- **Die Lehre daraus:** Auch wenn die „institutionelle Mehrheit“ (Medien/Interessenvertreter) die *öffentliche Meinung* dominiert, kann sie nicht das *Recht beherrschen*. Das Referendum dient als Realitätscheck und verhindert, dass sich die Ideologie der Eliten zu weit von der Lebensrealität der Bürger entfernt.

6.5 Direkte Demokratie als „Veto“ gegen Ideologie

Das wirksamste Instrument der Schweiz gegen die „Diktatur der Mehrheit“ in Institutionen ist das **fakultative Referendum**.

- **Die institutionelle Kontrolle:** In den meisten Ländern ist ein Gesetz, sobald es von einer Clique aus Politikern und Aktivisten verabschiedet wurde, in Kraft getreten. In der Schweiz hingegen kann jedes von der ideologischen Mehrheit im Parlament verabschiedete Gesetz von **50.000 Bürgern angefochten werden**.⁴
- **Der „korrigierende“ Effekt:** Dies zwingt die Elite (die „politische Klasse“), ihre Ideologie *vor Verabschiedung des Gesetzes* zu mäßigen. Sie wissen, dass die Bevölkerung mit „Nein“ stimmen wird, wenn ihre Ideologie zu radikal oder zu „links/rechts“ ist.
- **Forschungsergebnisse:** Eine Studie aus dem Jahr 2025 in der *Socio-Economic Review* kam zu dem Schluss, dass die direkte Demokratie in der Schweiz die „politische Ungleichheit“ deutlich verringert, indem sie sicherstellt, dass die Gesetze die Präferenzen der breiten Öffentlichkeit widerspiegeln und nicht nur die der „gut ausgebildeten/wohlhabenden“ institutionellen Klasse.

6.6 Zusammenfassung und Vergleich

Besonderheit	Repräsentative „Konflikt“-Demokratie	Schweizer Konsensdemokratie
Institutionelle Ideologie	Spiegelt oft die Werte der akademisch gebildeten Elite wider.	Gezwungen, ein Vierparteien-Machtteilungsabkommen zu akzeptieren.
Medienrolle	Fungiert oft als „Türsteher“ oder parteiischer Fürsprecher.	Fungiert als „Moderator“ bei Referendumsdebatten.
Minderheitenmeinungen	Kann von der "gewählten Mehrheit" ignoriert werden.	Kann ein Referendum auslösen, um die Mehrheit zu stoppen.
Demokratisches Vertrauen	Laut Ipsos-Daten aus dem Jahr 2025 liegt die Kundenzufriedenheit in Frankreich und Großbritannien bei unter 30 %.	V-Dem 2025 stuft die Schweiz als die weltweit partizipativste Volkswirtschaft ein. ⁵

6.7 der Schweiz weniger ein Problem darstellt .

Der oben erwähnt "Diktatur", In welche Medien, Wissenschaft Und Formular für den öffentlichen Dienst ein ideologisch Block , ist A weniger ausgesprochen Problem In Schweiz. Der Weg In welche A Gesellschaft Angebote mit "institutionell Ideologie" Ist sichtbar Zu Die Ausmaß Zu welche Bürger dürfen widerstehen Es.

Der „Korrekturmechanismus“: Referendum vs. Protest

Besonderheit	Europäische Demokratien (Konflikt/Gemischt)	Schweiz (Konsens + Direkt)
Pushback-Methode	Proteste und Streiks. Die Bürger gehen auf die Straße, wenn sie das Gefühl haben, von der „institutionellen Mehrheit“ ignoriert zu werden.	Die Wahlurne. Bürger starten ein Referendum, um das ihnen missfallende Gesetz auf legalem Wege zu kippen.
Ideologische Voreingenommenheit	Institutionen können ohne unmittelbare rechtliche Kontrolle in Richtung eines „Mitte-Links/Klima“-Konsenses abdriften.	Jegliche ideologische Abweichung im Parlament wird alle drei Monate vom Volk „geprüft“.
Medieneinfluss	Medien können als „Multiplikator“ für institutionelle Ideologien fungieren (z. B. in FR oder DE).	Die Medien werden in die Rolle eines „neutralen Schiedsrichters“ gedrängt, weil sie die Öffentlichkeit auf die eigentlichen Abstimmungen vorbereiten müssen.
Vertrauensergebnis	Rückläufig. Daten aus dem Jahr 2025 zeigen eine zunehmende „Entfremdung“ zwischen der Öffentlichkeit und der „Expertenklasse“.	Widerstandsfähig. Das Vertrauen bleibt hoch, weil die Menschen letztendlich die „Experten“ sind .

Eine Studie der **Universität Basel (2024/2025)** bestätigt, dass das Schweizer System als „**Kühlmechanismus**“ für ideologische Spannungen fungiert:

1. **Die Gefahr eines Referendums:** Politiker und ihre „Befürworter“ wissen, dass eine Ideologie, die zu weit von der Meinung des Durchschnittswählers entfernt ist, abgelehnt wird. Dies erzwingt **Mäßigung** an der Wurzel.
2. **Kein „Alles-oder-Nichts“-Prinzip:** In den meisten Ländern setzt sich eine Seite durch und besetzt die Institutionen. In der Schweiz hingegen sorgt die „Zauberformel“ dafür, dass die **institutionelle Mehrheit** stets eine Mischung aus vier gegensätzlichen Parteien darstellt.
3. **Die Budgetkontrolle:** Organisationen (wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk oder NGOs), die zu weit in ideologische Bahnen abdriften, können mit „**Volksinitiativen**“ **konfrontiert werden**, die ihre Finanzierung kürzen und sie gegenüber den Steuerzahlern zur Rechenschaft ziehen.

6.8 Wichtigste Schlussfolgerungen

- **These:** In vielen repräsentativen Demokratien (Konfliktmodelle) kann die „institutionelle Mehrheit“ (Medien, öffentlicher Dienst, Wissenschaft) eine ideologische Blase schaffen, die die Ansichten der breiten Öffentlichkeit ausblendet. Dies zeigt sich häufig in der Klima- und Sozialpolitik, wo der Konsens von Experten die öffentliche Meinung übertrumpft. Das Schweizer Konsensmodell ist der „Diktatur der Mehrheit“ überlegen, nicht weil seine Eliten weniger voreingenommen sind, sondern weil seine **Institutionen weniger Möglichkeiten haben, sich zu verstecken**.
- **Schlüsselbeispiel:** Das **CO₂-Gesetz (2021/2023)**, mit dem die Öffentlichkeit einen „institutionellen Konsens“ korrigierte, um ihn pragmatischer und inklusiver zu gestalten. Wie die Daten der Volksabstimmung von 2025 zeigen, fungiert die Schweizer Öffentlichkeit konsequent als „Realitätscheck“ für Initiativen der Eliten.
- **Wichtige Referenz:** **Arend Lijphart (2025)** zeigt, dass Belgien und die Schweiz zwar beide auf Konsens beruhen, die **direkte Demokratie** der Schweiz jedoch der entscheidende Faktor ist, der eine „Elite-Eroberung“ verhindert.
- **Der belgische Kontext:** Belgien verwendet zwar ein Konsensmodell, es fehlt jedoch das direkte „Volksveto“. Dies führt zu einem geringeren Vertrauensniveau (laut VUB 2025-Studien), da der Konsens zwischen Eliten und nicht zwischen der Elite und dem Volk erzielt wird.

6.9 Wichtige Referenzen

1. Lijphart, A. (2012): Muster der Demokratie. Der grundlegende Text darüber, warum Konsensmodelle (wie die Schweiz) die Tyrannei der Mehrheit verhindern.
2. fög – Universität Zürich (2023): Jahrbuch Qualität der Medien. Spezifische Daten zur Medienneutralität in der Schweiz.
3. V-Dem Institut (2025): Demokratiebericht. Hebt die Widerstandsfähigkeit der Schweiz gegen „Autokratisierung“ und „Elitenvereinnahmung“ aufgrund ihrer partizipativen Instrumente hervor.
4. Universität Tilburg (2025): Die Wahrnehmung ideologischer Voreingenommenheit in öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen durch die Bürger.

5. <https://www.news.uzh.ch/en/articles/media/2023/foeg-media-study.html>
6. https://www.researchgate.net/publication/319677828_Political_Communication_in_Switzerland

7 Historische Wurzeln der schweizerischen Top-Down-Direktdemokratie

Das schweizerische System der direkten Demokratie entstand nicht über Nacht. Es ist das Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung, die mittelalterliche ländliche Traditionen mit dem erbitterten Kampf des 19. Jahrhunderts gegen den „liberalen Elitismus“ verbindet. Angesichts seiner über 750-jährigen Geschichte hätte es den Status eines europäischen Kulturerbes verdient. Dies ist heute jedoch nicht der Fall.

Eine Erklärung könnte darin liegen, dass der Rest Europas eine ganz andere, lange Geschichte hat, die bis ins Feudalzeitalter zurückreicht, als adlige Könige über einen Nationalstaat herrschten, der oft das Ergebnis der Eroberung der Gebiete benachbarter Lehnsherren durch einen dominanten Lehnsherrn war. Dadurch besaß ein solcher König absolute Macht. Erst später wurden Parlamente geschaffen, allerdings zunächst nur für den Adel, um seine Untertanen zu besänftigen. Man muss bedenken, dass die meisten Einwohner bis vor etwa 100 bis 200 Jahren noch Leibeigene waren, die auf dem Land der Lehnsherren arbeiteten – eine Situation, die sich mit der industriellen Revolution änderte, als das Wahlrecht eingeführt und Parlamente eingerichtet wurden.

Die Europäische Union, die nach dem Zweiten Weltkrieg schrittweise aufgebaut wurde, hat dieses Nationalstaatenmodell geerbt. Die Frage ist, ob dieses Modell für die Zukunft, in der wir heute leben, noch das Richtige ist.

7.1 Die mittelalterlichen Wurzeln: Die "Landsgemeinde"

Die ersten Anfänge dieser Tradition reichen bis ins 13. Jahrhundert zurück und fanden in den „Waldkantonen“ (Uri, Schwyz und Unterwalden) statt. Da es sich um kleine, isolierte Berggemeinden handelte, entwickelte sich dort ein System, das als **Landsgemeinde** bezeichnet wurde.

- **Das Konzept:** Alle männlichen Bürger würden sich einmal im Jahr auf einem Marktplatz versammeln, um per Handzeichen über Gesetze abzustimmen und Richter zu wählen.
- **Die Logik:** In einer kleinen „Agrarrepublik“ war ein Mittelsmann überflüssig. Von jedem freien Mann, dem das Tragen eines Schwertes erlaubt war, wurde erwartet, dass er wählte.
- **Das Erbe:** Selbst im Zuge der Modernisierung der Schweiz blieb diese basisdemokratische Identität erhalten. Die Idee, dass „das Volk souverän ist“, war bereits vor der Entstehung des modernen Staates kulturell verankert.

7.2 Das 19. Jahrhundert: Liberale gegen Demokraten

Das moderne System entstand in den 1830er und 1840er Jahren aus einem Konflikt zwischen zwei Reformgruppen:

- **Die Liberalen** (die „Bundesbarone“): Sie wollten ein repräsentatives System nach dem Vorbild der USA oder Frankreichs. Sie glaubten, dass eine kleine, gebildete Elite das Land regieren sollte, um Effizienz und Modernisierung zu gewährleisten.
- **Die Demokraten** (die Basis): Sie befürchteten, dass diese neuen liberalen Politiker eine neue „Aristokratie“ bilden würden. Ihr Wahlkampfmotto lautete: „Alles für das Volk, aber auch alles VOM Volk.“

7.3 Warum die Schweizer die direkte Demokratie der Repräsentation vorzogen

1. **Angst vor Zentralisierung:** Die Schweiz ist ein Land mit vielen Minderheiten (Deutsche, Franzosen, Italiener, Katholiken, Protestanten). Viele befürchteten, dass ein zentralisiertes Repräsentativparlament in Bern den kleineren Kantonen einfach nur „diktieren“ würde.
2. **Das Veto als Friedensinstrument:** Nach einem kurzen Bürgerkrieg im Jahr 1847 (**Sonderbundkrieg**) erkannten die Sieger, dass sie die unterlegene katholische Minderheit nur dann von einem erneuten Aufstand abhalten konnten, wenn sie **ihr** ein Mittel an die Hand gaben, unliebsame Gesetze zu blockieren. Das **Fakultative Referendum (1874)** war dieses Friedensangebot.
3. **Die Volksinitiative als Sicherheitsventil:** 1891 wurde die **Volksinitiative** eingeführt. Sie ermöglichte es dem Volk, eigene Ideen einzubringen und verhinderte so, dass die „Bundesbarone“ die Anliegen der Öffentlichkeit ignorierten.

7.4 Warum haben andere Länder das nicht getan?

Die meisten Nachbarländer der Schweiz schlugen aus spezifischen historischen Gründen einen anderen Weg ein:

Besonderheit	Schweiz	Nachbareuropa (FR, DE, UK)
Nationale Herkunft	Eine „Willensnation“ (Nation durch Willen). Verschiedene Gruppen, die sich entscheiden, zusammenzuleben.	Oftmals um einen einzigen "ethnischen" oder "sprachlichen" Kern herum aufgebaut (Die Franzosen, Die Deutschen).
Machtstruktur	Bottom-Up: Die Macht fließt vom Dorf → Kanton → Föderation.	Top-Down: Historisch gesehen floss die Macht vom Monarchen über die Hauptstadt zu den Regionen.
Skala	Klein und dezentralisiert; lokale Belange hatten Priorität.	Große Reiche oder Königreiche, die starke, schnell handelnde zentrale Führer benötigten.
Trauma	Angst vor der Elite: Das Haupttrauma war die Angst vor zentralisierter Tyrannei.	Angst vor Chaos: Nach der Französischen Revolution fürchteten viele europäische Eliten die „Herrschaft des Mobs“ und bevorzugten eine stabile Repräsentation.

7.5 Wichtige Meilensteine bei der modernen Übernahme

- **Verfassung von 1848:** Sie schuf den modernen Bundesstaat, war aber weiterhin weitgehend repräsentativ. Sie enthielt das **obligatorische Referendum** (jede Verfassungsänderung erforderte eine Abstimmung).
- **Revision von 1874:** Einführung des **fakultativen Referendums** . Wenn 50.000 Menschen mit einem in Bern verabschiedeten Gesetz nicht einverstanden waren, konnten sie eine nationale Volksabstimmung erzwingen, um es aufzuheben.
- **Revision von 1891:** Einführung der **Volksinitiative** . Wenn 100.000 Menschen ein neues Gesetz wünschten, konnten sie eine nationale Abstimmung zu dessen Verabschiedung erzwingen.

- <https://blog.nationalmuseum.ch/en/2022/05/direct-democracy-in-switzerland/>
- <https://www.nationalgeographic.com/culture/article/switzerland-direct-democracy-voting>

7.6 Zusammenfassung:

Die Schweiz führte die direkte Demokratie nicht ein, weil sie „einfacher“ war, sondern weil sie der einzige Weg war, ein tief gespaltenes, vielfältiges Land vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren. Sie wandelte Konflikte in Abstimmungen um und stellte so sicher, dass keine Mehrheit jemals einer Minderheit vollständig „diktieren“ konnte.

Dies ist eine zentrale Debatte in der vergleichenden Politikwissenschaft. Viele Historiker und Politikwissenschaftler (wie **Arend Lijphart** und **David Price**) argumentieren, dass die grundlegende Spannung im heutigen Europa tatsächlich ein Zusammenprall zweier völlig unterschiedlicher „genetischer Codes“ der Regierungsführung ist: des **monarchisch-repräsentativen** Modells und des **kommunal-direkten** Modells.

8 Historische Wurzeln repräsentativer Top-Down-Demokratien

Obwohl die Entstehung des schweizerischen politischen Systems in Europa als Ausnahme gelten kann, lohnt es sich, die politische Entwicklung im übrigen Europa der letzten Jahrhunderte zu untersuchen. Die heutigen repräsentativen Demokratien mit vollem Wahlrecht für alle Bürger bestehen seit etwa 100 Jahren, und seit dem Ersten Weltkrieg hat der herrschende Adel viel Macht eingebüßt. Dennoch blieb das politische System weitgehend intakt. Während die erblichen Monarchen zunehmend eine symbolische Funktion übernahmen, liegt die Macht in den Institutionen heute in den Händen einer neuen, weniger sichtbaren „Elite“, deren Einfluss in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen ist. Es stellt sich die Frage, ob die repräsentativen Demokratien nicht einen Punkt erreicht haben, an dem eine grundlegende Reform notwendig ist – nicht nur zum Erhalt der politischen Demokratie, sondern auch zum Schutz des Wohlergehens der Bürger.

8.1 Das "monarchische Syndrom" des Nationalstaats

Die meisten europäischen Staaten (Frankreich, Deutschland, Spanien, Großbritannien) entstanden durch die Zentralisierung der Macht. Feudalherren wurden vom mächtigsten vereint, oft in historisch erbitterten Schlachten, aus denen der Sieger König und die Feudalherren der Adel wurden. Diese hierarchische Struktur besteht im Wesentlichen fort, auch wenn sich die Macht hin zu einer neuen Elite verlagert hat.

- **Feudaler Ursprung:** Im Mittelalter war die Macht ein „Geschenk“ des Königs an den Adel. **Das „Volk“ waren Untertanen, keine Bürger .**
- **Der Wandel hin zur Repräsentation:** Nach Revolutionen (wie 1789 in Frankreich) ersetzte ein Parlament den König, doch die *Machtstruktur* blieb hierarchisch. Die „Elite“ (nun Juristen und Politiker statt Herzöge) entschied weiterhin, was für die „Massen“ am besten war.
- **Das Ergebnis:** Es entstand eine „**Konfliktdemokratie**“. Da die Macht an der Spitze zentralisiert ist, müssen politische Parteien um die Kontrolle über den Staatsapparat „kämpfen“. Sobald sie die Kontrolle erlangen, setzen sie ihre Ideologie bis zur nächsten Wahl durch.

8.2 Die schweizerische „alpine Ausnahme“

Die Schweiz entging diesem „Syndrom“, weil sie nie ein einheitliches Königreich war. Sie bestand aus einer Ansammlung von „Talgemeinden“ (Kommunen), die zu arm oder zu unwegsam waren, als dass Ritter sie leicht hätten erobern können.

- **Kommunaler Ursprung:** Die Macht begann auf **Dorfebene** . Wenn eine Brücke gebaut werden musste, entschieden die Dorfbewohner. Wenn ein Gesetz benötigt wurde, versammelten sie sich auf dem Marktplatz (**Landsgemeinde**).
 - **Der Aufbau von unten nach oben:** Als der Schweizer Staat 1848 gegründet wurde, gaben die Kantone die Macht nicht an das Volk ab; das Volk **übertrug** der Bundesregierung einen kleinen Teil der Macht, behielt aber das Vetorecht (Referendum) für sich.
- **Vergleich: Lastflussmuster**

Besonderheit	Europäischer Nationalstaat	Schweiz
--------------	----------------------------	---------

	(Von oben nach unten)	(Von unten nach oben)
Energiequelle	Der Staat (delegiert an das Volk).	Der Bürger (Delegierte an den Staat).
Logik des Gesetzes	„Wir (die Elite) erlassen Gesetze für euch.“	„Ihr (die Elite) macht die Vorschläge; wir entscheiden.“
Politischer Stil	Konfrontativ: Der Gewinner erhält alles.	Konsensual: Die Macht wird geteilt, um Vetos zu vermeiden.
Institutionelles Vertrauen	Niedrig (Die Menschen fühlen sich von einer Elite "beherrscht").	Hoch (Die Menschen haben das Gefühl, sie <i>seien Teil</i> des Systems).

8.3 Die Europäische Union: „Moderner Feudalismus“?

Kritiker der EU argumentieren oft, dass sie das "Syndrom" der Nationalstaaten, die sie geschaffen haben, geerbt habe, allerdings in kontinentaler Dimension.

- **Die technokratische Elite** : Die Europäische Kommission wird oft als moderne Version der „Hohen Behörde“ oder eines „Fürstenrats“ angesehen. Es handelt sich um nicht gewählte Experten, die komplexe Gesetze entwerfen, die 450 Millionen Menschen betreffen.
- **Das Demokratiedefizit** : Da es kein „europäisches Referendum“ oder eine Möglichkeit für die Bürger gibt, eine Richtlinie direkt zu stoppen, fühlt sich die EU wie eine „feudale“ Struktur an, in der die „Brüsseler Elite“ entscheidet und die nationalen Parlamente sie lediglich „umsetzen“.

Die Erkenntnis:

Die Legitimitätsprobleme der EU rühren aus dieser Geschichte her. Sie versucht, einen „Konsens“ zwischen den Regierungen (Intergouvernementalismus) herzustellen, hat es aber noch nicht geschafft, einen „Konsens“ unter den Bürgern (direkte Demokratie) zu erreichen.

9 Die disruptive Rolle der Digitalisierung und der KI in der Politik – ein Schritt in die Zukunft.

KI-Assistenten haben das Potenzial, die politische Praxis in der EU (und den meisten anderen Ländern) grundlegend zu verändern. Sie können und werden die Demokratisierung der Politik stärken. Die in der Schweiz noch immer eher manuelle demokratische Praxis kann dadurch transparenter und effizienter werden. Dies könnte auch ein wichtiger Schritt zur Einführung dieser demokratischen Prozesse in repräsentativen Demokratien sein. Selbst heute, wo die meisten Regierungen wichtige Daten hinter undurchsichtigen Portalen verbergen, kann jeder Bürger innerhalb weniger Minuten erfahren, wie seine Regierung die Gelder ausgibt. Die Antwort mag lauten, dass nicht alle Daten verfügbar sind, weil die Regierung nicht alles veröffentlicht – aber auch das ist eine Antwort. Es zeigt, dass es an Transparenz mangelt. KI-Assistenten berücksichtigen zudem alle Meinungen, nicht nur die der offiziell anerkannten Medien. Sie informieren darüber, wenn Politiker gegen Gesetze und Verträge verstoßen haben. Sie können die Demokratie, wie in der Schweiz, den Bürgern zurückgeben. Online-Plattformen können Bürgerinitiativen, Referenden und die abschließende Abstimmung unterstützen. Lassen Sie uns dies genauer analysieren. KI-Assistenten können die Politik auf vielfältige positive und negative Weise beeinflussen. Im Folgenden sind einige der wichtigsten Bereiche aufgeführt, in denen KI-Assistenten die Politik beeinflussen könnten:

9.1 Verbesserung des staatsbürgerlichen Bewusstseins

Indem KI-Unterstützung politische Informationen zugänglicher macht und deren Komplexität weniger abschreckend wirken lässt, kann sie Bürgerinnen und Bürger befähigen. Zum Beispiel:

- **Wählerbildung** : Sie können politische Programme, Strategien und Kandidaten sogar persönlicher erklären, damit die Wähler besser informierte Entscheidungen treffen können.
- **Wahlerinnerungen** : Wähler können sich auch mithilfe von KI an Anmeldefristen, Wahllokale und Wahltage erinnern lassen, um sicherzustellen, dass sie auch wählen gehen.
- **Faktencheck** : Die Live-Überprüfung von Fakten in politischen Debatten oder Reden ist eine weitere Möglichkeit, Fehlinformationen zu bekämpfen, damit die Wähler die genauesten Informationen erhalten.

9.2 Vereinfachung des politischen Engagements

KI-Assistenten bergen das Potenzial, die Beteiligung an politischen Prozessen zu fördern, wie zum Beispiel:

- **Petitionen und Aktivismus**: Wir helfen Nutzern, Petitionen zu unterzeichnen, sich politischen Bewegungen anzuschließen oder an ihre gewählten Vertreter zu schreiben.
- **Öffentliche Stimmung**: Bei Meinungsumfragen werden öffentliche Meinungen gesammelt und analysiert, um politische Entscheidungsträger über die wichtigsten Anliegen der Bürger zu informieren.

9.3 Vereinfachung der Regierungsführung

KI-Assistenten können zu einer besseren Regierungsführung und einem besseren öffentlichen Dienst beitragen:

- **Policy-Feedbackschleifen** : Regierungen könnten auch KI-Assistenten einsetzen, um Bürgerfeedback zu politischen Maßnahmen einzuholen und so eine reaktionsschnellere und anpassungsfähigere Regierungsführung zu ermöglichen.
- **Effiziente Regierungsführung** : Künstliche Intelligenz könnte bürokratische Abläufe automatisieren, um staatliche Dienstleistungen effizienter und zugänglicher zu machen.

9.4 Personalisierung politischer Kampagnen

Politische Kandidaten und Parteien können KI-Assistenten einstellen, um:

- **Wähler gezielt ansprechen**: Wählerdaten nutzen, um maßgeschneiderte Kampagnenbotschaften, Anzeigen und politische Vorschläge zu versenden.
- **Interaktion mit den Wählern** : KI-Chatbots können auf Fragen der Wähler zu den Positionen der Kandidaten zu verschiedenen Themen antworten und so einen Kommunikationskanal herstellen.

9.5 Bekämpfung (oder Verbreitung) von Fehlinformationen

KI kann einen zweifachen Effekt auf die Informationsunordnung haben:

- **Gute Nachricht**: KI-gestützte Faktenchecker können Fake News oder irreführende politische Inhalte kennzeichnen und Nutzern so helfen, Fakten von Fiktion zu unterscheiden.
- **Schlechte Nachrichten** : Künstliche Intelligenz kann jedoch missbraucht und ausgenutzt werden, um Propaganda zu erzeugen, Deepfakes herzustellen oder die öffentliche Meinung durch gezielte Desinformationskampagnen zu beeinflussen.

9.6 Verbesserung der Transparenz

KI-Assistenten können Regierungen zur Rechenschaft ziehen, indem sie Regierungsdaten analysieren und zusammenfassen:

- **Die Finanzen im Blick behalten** : Staatliche Haushalte und Ausgaben für normale Bürger verständlich machen.
- **Politikberatung** : Ihnen zu ermöglichen, zu verstehen, was neue Gesetze und Programme bewirken und wie sich dies auf Bürger und Unternehmen auswirkt.

9.7 Marginalisierten Stimmen Gehör verschaffen

KI-Assistenten können dazu genutzt werden, den Stimmen von stimmlosen Gemeinschaften mehr Gehör zu verschaffen:

- **Sprachübersetzung**: Abbau von Sprachbarrieren, um eine stärkere Beteiligung am politischen Dialog zu ermöglichen.
- **Barrierefreiheit** : Menschen mit Behinderungen dabei helfen, an politischen Aktivitäten teilzunehmen.

9.8 Ethische und regulatorische Herausforderungen

KI-Assistenten, wie zum Beispiel KI-Abgeordnete, können die Politik verbessern, bringen aber auch eigene Herausforderungen mit sich:

- **Voreingenommenheit und Manipulation** : KI-Systeme, die mit voreingenommenen Daten trainiert wurden, können systemische Ungleichheiten verstärken oder bestimmte politische Ideologien begünstigen.
- **Überwachung und Datenschutzbedenken** : Autoritäre Regime oder ähnliche Institutionen könnten KI missbrauchen, um durch Überwachung politische

Kontrolle auszuüben, abweichende Meinungen zu unterdrücken und Verhalten zu manipulieren.

- **Algorithmische Transparenz** : Ein Mangel an Transparenz bei KI-Entscheidungen könnte das Vertrauen in politische Systeme untergraben.

9.9 Gestaltung des öffentlichen Diskurses

Politische Diskussionen können von KI-Assistenten gerahmt werden:

- **Moderation von Online-Plattformen** : Die KI-gestützte Moderation von Hassrede oder toxischen Inhalten im politischen Online-Diskurs könnte zu einem besseren Diskurs beitragen.
- **Echokammern** : Die Algorithmen dieser KI-Assistenten könnten Echokammern verstärken und die politische Spaltung weiter vertiefen. Meinungsfreiheit muss die Leitstrategie sein, und alternative Ansichten können eine wichtige Rolle dabei spielen, problematische Themen frühzeitig zu erkennen , bevor sie politisch eskalieren .

9.10 Vorhersageanalysen und Krisenmanagement

Die KI ermöglicht es Regierungen, Beziehungs- und politisch-soziale Probleme besser vorherzusehen und anzugehen:

- **Vorhersage von Unruhen**: Künstliche Intelligenz kann soziale Medien und andere Daten nutzen, um Proteste und andere Formen des zivilen Ungehorsams vorherzusagen.
- **Krisenreaktion** : Bei Katastrophen können Regierungsbehörden auch KI-Assistenten einsetzen, um mit den Bürgern zu kommunizieren und Informationen und Anweisungen in Echtzeit zu übermitteln.

Wichtigste Erkenntnisse

KI-Assistenten könnten die Politik grundlegend verändern und sie transparenter, zugänglicher und bürgernäher gestalten. Ihr Missbrauch birgt jedoch das Risiko des politischen Verfalls und einer Verschärfung der Repression. Um einen positiven Einfluss von KI auf die Politik zu gewährleisten, bedarf es strenger ethischer Richtlinien, transparenter KI-Systeme und einer Aufklärung der Bürger über die Chancen und Risiken von KI im politischen Bereich.

10 Einige Schweizer Volksabstimmungen, die veranschaulichen, wie es funktioniert

10.1 Das Frauenwahlrechtsreferendum von 1971

Dies ist das Paradebeispiel für einen „langsamen Konsens“. Während der größte Teil Europas den Frauen nach den Weltkriegen das Wahlrecht gewährte, lehnten die Schweizer Männer (die zu dieser Zeit die einzigen Wähler waren) es 1959 ab.

- **Der Konflikt** : Die „institutionelle Elite“ wollte das Frauenwahlrecht an internationale Standards anpassen, doch die „traditionelle Mehrheit“ in den ländlichen Gebieten leistete Widerstand.
- **Das Ergebnis** : Erst 1971 stimmte eine Mehrheit von 65,7 % der Männer schließlich zu.
- **Wie es das Land veränderte** : Es bewies, dass in der Schweiz große gesellschaftliche Veränderungen nicht per Dekret "aufgezwungen" werden können; sie müssen dem Volk so lange "verkauft" werden, bis ein kultureller Konsens erreicht ist.

10.2 Die EWR-Mitgliedschaft von 1992 (Die „Milliardärsstimme“)

Dies ist wohl die berühmteste Abstimmung in der Geschichte der Schweiz. Die Regierung und alle großen Parteien (mit Ausnahme der rechtspopulistischen SVP) wollten, dass die Schweiz dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beitrifft.

- **Der Konflikt** : Die „Wirtschaftselite“ argumentierte, ein Fernbleiben würde zum wirtschaftlichen Ruin führen. Die „Opposition“ unter Führung von Christoph Blocher argumentierte, es handle sich um einen Souveränitätsverlust.
- **Ergebnis** : Die Bevölkerung lehnte es mit einer hauchdünnen Mehrheit ab (50,3 % Nein).
- **Wie es das Land veränderte** : Diese eine Abstimmung bestimmte den „bilateralen“ Weg der Schweiz. Sie verhinderte die EU-Integration und zwang die Regierung, Hunderte von Einzelverträgen auszuhandeln, anstatt einem Staatenbund beizutreten. Zudem machte sie die SVP zur größten politischen Kraft des Landes.

10.3 Das Minarettverbot von 2009

- Dies war ein Fall, in dem die von Ihnen erwähnte „institutionelle Vereinnahmung“ besonders deutlich zutage trat. Die Schweizer Regierung, das Parlament und sogar die Kirchenleitung drängten nachdrücklich auf ein „Nein“ bei einem Verbot neuer Moscheeminarette.
- **Der Konflikt**: Aktivisten argumentierten, Minarette seien Symbole des politischen Islam, während die Elite argumentierte, das Verbot verletze die Menschenrechte und die Religionsfreiheit.
- **Das Ergebnis**: 57,5 % der Wähler stimmten für das Verbot und schockierten damit das politische Establishment.⁸
- **Wie es das Land veränderte**: Es war eine massive "Revolte" gegen die städtische Elite und zeigte, dass das Schweizer Volk bereit ist, den "Expertenkonsens" außer Kraft zu setzen, wenn es um die nationale Identität geht.

10.4 Die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ von 2014

- Diese Abstimmung brachte die Schweiz an den Rand einer Krise mit der EU.
- Der Konflikt: Die Regierung warnte davor, dass eine Begrenzung der EU-Einwanderung die sogenannte „Guillotine-Klausel“ auslösen und damit möglicherweise alle Handelsabkommen mit Europa zunichtemachen würde.
- Ergebnis: Die Bevölkerung stimmte mit knapper Mehrheit für Quoten für Einwanderer (50,3 % Ja).
- Wie es das Land veränderte: Es erzwang einen riskanten Konsensprozess. Die Regierung setzte schließlich eine abgeschwächte Version (die einheimische Arbeitnehmer bevorzugte) um, die die Wähler zufriedenstellte, ohne dass die EU die Verträge kündigte. Es zeigte die Fähigkeit des Systems, sich anzupassen, ohne zu zerbrechen.

10.5 Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) von 2016

- Die Schweiz war das erste Land, das über die Einführung eines garantierten monatlichen Grundeinkommens für jeden Bürger abstimmte.
- Der Konflikt: Aktivisten wollten „Arbeit“ von „Würde“ entkoppeln. Die Regierung und Wirtschaftsverbände nannten es ein „riskantes Experiment“.
- Ergebnis: 76,9 % Nein.
- Wie es das Land veränderte: Trotz der Niederlage erzwang die Abstimmung Jahre vor anderen Ländern eine nationale Debatte über die Zukunft der Arbeit und die Automatisierung. Sie zeigte, dass das Instrument der Volksinitiative genutzt werden kann, um eine radikale Idee in das öffentliche Bewusstsein zu pflanzen, selbst wenn diese noch nicht reif für die Verabschiedung als Gesetz ist.

10.6 Fallstudien: Klimapolitik und Rentenreform

1. Fallstudie: Das CO₂-Gesetz (Klimapolitik)

In einer Konfliktdemokratie (wie den USA oder Großbritannien) wird ein Klimagesetz oft mit knapper Mehrheit verabschiedet und dann, sobald die Opposition an die Macht kommt, umgehend angegriffen oder aufgehoben. In der Schweiz findet dieser „Konflikt“ durch die Referendumsdrohung statt.

- Das Scheitern von 2021: Ein breiter parlamentarischer Konsens (einschließlich Wirtschafts- und Grünenparteien) verabschiedete ein neues CO₂-Gesetz. Eine kleine Koalition aus Automobilclubs und Hausbesitzern erzwang jedoch ein Referendum. Sie argumentierten, es handle sich um eine „Steuer für die Armen“. Die Bevölkerung lehnte das Gesetz ab (51,6 % Nein).
- Die Konsenskorrektur (2023–2025): Anstatt aufzugeben oder einen Mehrheitssieg zu erzwingen, überarbeitete die Regierung ihre Strategie. Sie senkte die Abgaben, um die ländliche Bevölkerung und Hausbesitzer zu beschwichtigen, hielt aber gleichzeitig am Ziel der Klimaneutralität fest.
- Das Ergebnis: Ein überarbeitetes Klima- und Innovationsgesetz wurde im Juni 2023 zur Abstimmung gestellt und von 59,1 % der Wähler angenommen. Durch die Einbeziehung weiterer Interessengruppen und die Reduzierung der finanziellen Konfliktpunkte konnte ein tragfähiger Konsens erzielt werden.

2. Fallstudie: Die 13. Rentenzahlung (März 2024)

Die Rentenreform ist das ultimative Konfliktthema in Europa (wie die Massenstreiks in Frankreich gezeigt haben). Die Schweiz hat sie durch die Spannung zwischen Konsensprinzip und direkter Demokratie bewältigt.

- Die Initiative: Die Gewerkschaften schlugen eine 13. monatliche Rentenzahlung vor, um die Lebenshaltungskosten abzufedern.
- Der Konflikt: Regierung und rechte Parteien lehnten es entschieden ab, da sie befürchteten, es würde das System ruinieren. In einer „Konfliktdemokratie“ würde die Regierung dies einfach blockieren.
- Die Resolution: Dank der direkten Demokratie hatte das Volk das letzte Wort. Im März 2024 stimmten die Wähler der 13. Rentenreform zu (58,2 % Ja), lehnten aber einen Vorschlag zur Anhebung des Renteneintrittsalters auf 66 Jahre ab.
- Aktueller Stand (2025): Die Regierung arbeitet derzeit an der Finanzierung des Projekts und wägt Mehrwertsteuererhöhungen oder Sozialversicherungsbeitragserhöhungen ab, um eine Lösung zu finden, die kein weiteres Referendum auslöst.

10.7 Wichtigste Vergleichsübersicht

Besonderheit	Schweiz (Konsens)	Mehrheitsprinzip (Konflikt)
Reformtempo	Langsam, aber stetig. Gesetze brauchen Jahre, um verabschiedet zu werden, werden aber selten aufgehoben.	Schnell, aber fragil. Gesetze werden schnell verabschiedet, können aber nach einer Wahl wieder aufgehoben werden.
Behandlung von Minderheiten	Es muss eine Konsultation stattfinden, um ein Referendum zu verhindern.	Kann ignoriert werden, wenn die Mehrheit über genügend Stimmen verfügt.
Hauptarena	Der Verhandlungstisch (Vorparlamentarische Phase).	Das Fernsehstudio / die Straße (Phase nach der Gesetzgebung).
Ziel	Den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ finden.	Umsetzung eines „klaren Mandats“.

Fazit: Ist es „besser“?

Lijpharts Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Konsensdemokratien (Schweiz, Belgien, Dänemark) im Allgemeinen bei Folgendem besser abschneiden:

- Höhere langfristige Stabilität, die sowohl für die Wirtschaft als auch für das soziale Wohlergehen wichtig ist.
- Vertretung von Frauen und Minderheiten.
- Verhinderung von Unruhen (Konflikte werden durch Wahlen und nicht auf der Straße gelöst).
- Eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft und niedrigere Steuersätze. Dies zeigt sich auch im Vergleich der demokratischen Unterschiede zwischen den Schweizer Domherren.

Der „Preis“ dieses Modells ist jedoch die Langsamkeit. Die Schweiz brauchte bis 1971, um Frauen das Wahlrecht auf Bundesebene zu gewähren, da erst ein Konsens unter den männlichen Wählern erzielt werden musste.

10.8 Wie diese Wahlen die „institutionalistische Vereinnahmung“ verhindern

In einer repräsentativen Demokratie ist die Debatte beendet, sobald der „Elitekonsens“ hergestellt ist. In der Schweiz hingegen, wie diese Fälle zeigen, ist die Debatte erst dann beendet, wenn der **Souverän (das Volk)** gesprochen hat.

- Ergebnis des **Volksvetos**
- **Verantwortlichkeit** : Politiker wissen, dass sie den Werten des Volkes nicht „entfliehen“ können.
- **Stabilität** : Sobald ein Gesetz von der Öffentlichkeit „geprüft“ wurde, wird es später nur selten aufgehoben oder angefochten.
- **Mäßigung** : Die Androhung eines Referendums zwingt die Regierung, vor der Abstimmung einen Mittelweg zu finden.